Nr. 273. 23. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 23. November 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Zum Raub des Koalitionsrechts der Landarbeiter.

Aus Anlaß des in dem Antigewerkschaftsgesetz enthaltenen Angriffs gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter erscheint es angebracht, einige Vorgänge aus der Geschichte der Erringung des Koalitionsrechts in Erinnerung zu rufen und die ausnahmerechtliche Stellung der Landarbeiter besonders hierbei zu skizzieren.

Die preußische Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 enthielt in den §§ 181 und 182 folgende Koalitionsverbote:

„§ 181. Gewerbetreibende, welche ihre Gehülfen, Gesellen oder Arbeiter oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen zu bestimmen suchen, daß sie sich miteinander verabreden, die Ausübung des Gewerbes einzustellen oder die in ihren Anforderungen nicht nachgebenden Gehülfen, Gesellen oder Arbeiter zu entlassen oder zurückzuweisen, ingleichen diejenigen, welche zu einer solchen Verabredung andere auffordern, sollen mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

§ 182. Gehülfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche entweder die Gewerbetreibenden selbst oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Gewerbetreibenden verabreden oder zu einer solchen Verabredung andere auffordern, sollen mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

Diese Bestimmung ist auch anzuwenden auf Arbeiter, welche bei Berg- und Hüttenwerken, Landstraßen, Eisenbahnen, Festungsbauten und anderen öffentlichen Anlagen beschäftigt sind."

Im § 183 war eigenmächtiges Verlassen der Arbeit, beharrlicher Ungehorsam und Widerspenstigkeit mit Gefängnis bis 14 Tagen bedroht.

Die Artikel 29 und 30 der Verfassung von 1850 verliehen volle Vereins- und Versammlungsfreiheit. Trotzdem erachtete man das Fortbestehen der eben angeführten Bestimmungen für gültig. In den 50er Jahren wurde von ländlichen Arbeitgebern darum petitioniert, ähnliche Strafbestimmungen gegen die ländlichen Arbeiter zu erlassen, wie sie die Gewerbeordnung für die gewerblichen Arbeiter enthielt. Darauf kam das noch heute bestehende Gesetz vom 24. April 1854 zustande, welches im § 1 hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zu seiner Aufsicht bestellten Person, unberechtigtes Versagen oder Verlassen des Dienstes mit Geldstrafe bis zu fünf Talern oder mit Gefängnis bis zu drei Tagen bedroht. In § 2 dieses Gesetzes werden diese Bestimmungen auf die Schiffsknechte und auf Personen ausgedehnt, welche von den zu Diensten verpflichteten bäuerlichen Besitzern zur Verrichtung dieser Dienste gestellt werden, sowie auf Dienstleute, welche gegen Gewährung einer Wohnung in den ihnen gehörigen oder auf dem Gute befindlichen Gebäuden und gegen einen im voraus bestimmten Lohn behufs der Bewirtschaftung angenommen sind (herrschaftliche Tagelöhner, Einlieger, Katenleute, Instleute usw.), endlich auf Handarbeiter, welche sich zu bestimmten land- oder forstwirtschaftlichen Arbeiten wie z. B. Erntearbeiten auf Acker und Wiese, Meliorationsarbeiten, Holzschlagen usw. verdungen haben. Der § 3 dieses Gesetzes vom 24. April 1854 bedroht Gesinde, Schiffsknechte, Dienstleute oder Handarbeiter der eben bezeichneten Art, „welche die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden oder zu einer solchen Verabredung anderer auffordern", mit Gefängnisstrafe bis zu **einem Jahr**. Diese erhebliche Beschränkung des Koalitionsrechts ist rücksichtlich der Schiffsknechte und Flößer, wenn nicht durch die Gewerbeordnung von 1869, so spätestens durch das Binnenschiffahrtsgesetz vom 15. Juni 1895 beseitigt.

Dieser § 3 des Gesetzes von 1854 wurde mit knapper Mehrheit (140 gegen 134 Stimmen) in der Landratskammer angenommen. Arbeitgeber, welche sich zusammentun, um geringere Löhne zu vereinbaren oder durchzusetzen, sind straflos. Das preußische Bergarbeitergesetz vom 21. Mai 1860 erhielt ähnliche Koalitionsverbote in seinen Paragraphen 16 bis 18.

In Deutschland sind die Koalitionsverbote gegenüber gewerblichen Arbeitern zuerst durch die sächsische Gewerbeordnung vom Jahre 1861 beseitigt.

Am 8. Juli 1861 stimmte das preußische Abgeordnetenhaus der Resolution betreffend Vorlegung eines Gewerbegesetzes zu. Am 24. Mai 1862 legten die Abgeordneten Dr. Faucher, Michaelis und Genossen dem Abgeordnetenhause den Entwurf zu einem vollständigen Gewerbegesetz vor. In diesem wurde die Aufhebung der Titel 2 bis 10 der Allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 und damit auch die Aufhebung der §§ 181 bis 184, welche die Verbote und Strafbestimmungen gegen das Koalitionsrecht enthielten, beantragt.

In den eigenartigen Motiven zu diesem Entwurf heißt es: „In betreff der Arbeitseinstellungen rechtfertigt sich nur das Verbot der Anmaßung der Strafgewalt und der Anwendung physischer Zwangsmittel. Die Bestrafung der freiwilligen Verabredungen in Beziehung auf übereinstimmendes Verfahren beim Geben und Nehmen von Arbeit ist eine Verletzung der persönlichen Freiheit. Solange dies Verbot besteht, bleiben die Arbeiter in dem Wahn, daß ihr Lohn durch eine gewisse Willkür zu ihrem Nachteil gestellt wird und daß sie durch übereinstimmendes Handeln den Lohn auch willkürlich zu ihren Gunsten anders stellen könnten. Sie kommen nicht zu der praktischen Einsicht, daß ihr Lohn allemal volkswirtschaftlich auf ganz naturgesetzliche Weise durch Angebot und Nachfrage sich bestimmt. Die Folgen versuchter Arbeitseinstellungen sind die besten Abschreckungen gegen die Wiederholung des Versuchs."

Die Kommission, der dieser Gesetzentwurf Dr. Samter, Michaelis und Genossen überwiesen war, nahm ihn an und dehnte das Koalitionsrecht auf die Bergarbeiter aus. Es wurden in den §§ 59 und 60 des Entwurfs nur die Anmaßung von Strafgewalt über Gewerbsgenossen und die Anwendung physischer Zwangsmittel gegen Arbeiter, welche einer Koalition nicht beitreten wollen, ebenso unter Gewerbetreibenden die Verabredung von physischen Zwangsmitteln gegen die, welche einer Koalition über Preise oder Löhne nicht beitreten wollen, als die Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums gefährdend bei Strafe untersagt.

Der Kommissionsbericht gelangte nicht zur Beratung im Plenum.

In der nächsten Session legten am 30. April 1863 Dr. Faucher und Ziegler den Entwurf vom 24. Mai 1862 in der von der Kommission ihm gegebenen Form vor. Dieser Antrag gelangte jedoch nicht zur Beratung.

In den Kommissionsberatungen betonte ein Regierungsvertreter, die Arbeiter hätten ja noch gar nicht um das Koalitionsrecht petitioniert, sie wollten es also wohl schwerlich haben. Bald darauf gingen Petitionen um Bewilligung des Koalitionsrechtes aus Arbeiterkreisen ein.

Im Jahre 1865 wurden Anträge auf Aufhebung der Koalitionsverbote wiederum im Abgeordnetenhause gestellt. Am 21. August 1865 trat eine zur Beratung der Koalitionsfrage berufene Kommission zusammen, die bis zum 4. September 1865 tagte. Diese aus 34 Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Pastoren und Abgeordneten bestehende Kommission sprach sich für die Aufhebung der Koalitionsverbote rücksichtlich aller Arbeiter aus.

Unter dem 10. Februar 1866 legte nunmehr die preußische Regierung dem Abgeordnetenhause folgenden Gesetzentwurf vor:

§ 1. Aufgehoben werden:

1. Die §§ 181, 182, 183 der allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845,

2. die §§ 31, 32, 47 und 48 der Verordnung vom 9. Februar 1849 betreffend die Errichtung von Gewerberäten und verschiedene Abänderungen der allgemeinen Gewerbeordnung,

3. der § 3 des Gesetzes vom 24. April 1854 betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter,

4. die §§ 16 und 17 des Gesetzes vom 21. Mai 1860, betreffend die Aufsicht der Bergbehörden über den Bergbau und das Verhältnis der Berg- und Hüttenarbeiter,

5. die Art. 43 und 44 der Allgemeinen Gewerbeordnung im Fürstentum Hohenzollern-Hechingen vom 7. April 1842.

§ 2. Verabredungen unter Gewerbetreibenden, welche darauf gerichtet sind, ihre Gehülfen, Gesellen oder Arbeiter zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen, daß sie die Arbeit einstellen, oder die ihren Anforderungen nicht nachgebenden Gehülfen, Gesellen oder Arbeiter entlassen oder zurückweisen, desgleichen Verabredungen unter Gehülfen, Gesellen oder Arbeitern, welche darauf gerichtet sind, Gewerbetreibende dadurch zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen zu bestimmen, daß sie die Arbeit einstellen oder dieselbe verhindern, sind für die Teilnehmer rechtlich unverbindlich.

§ 3. Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 2) teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder wer andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft, sofern nicht nach dem allgemeinen Strafgesetz eine härtere Strafe eintritt.

§ 4. Die Bestimmungen der §§ 2 und 3 finden auf die in den §§ 1 und 2 des Gesetzes, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter vom 24. April 1854, bezeichneten Arbeiter beziehungsweise deren Arbeitgeber, auf Bergleute beziehungsweise Bergwerkseigentümer oder deren Stellvertreter und auf Arbeiter, welche bei Landstraßen, Eisenbahnen, Festungsbauten oder anderen öffentlichen Anlagen beschäftigt sind, Anwendung.

Dieser Gesetzentwurf kam nicht zur Beratung. Es folgte der österreichische Krieg.

Nach dem Kriege legte die preußische Regierung einen ähnlichen Entwurf nicht wieder vor.

Im Jahre 1867 brachten die Abgeordneten Schulze-Delitzsch und Dr. Becker einen aus folgenden zwei Paragraphen bestehenden Gesetzentwurf ein:

§ 1. Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Arbeitgeber oder Arbeiter sämtlicher Gewerbszweige — einschließlich der Landwirtschaft, des Berg- und Hüttenbetriebes, der Stromschiffahrt, des Gesinde- und Tagelohndienstes — wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben.

§ 2. Ferner werden aufgehoben:

1. Solche Beschränkungen, welche der Freiheit der Arbeitgeber in der Annahme von Arbeitern sowie der Freiheit der Arbeiter in der Wahl der Arbeitgeber durch Forderung handwerksmäßiger Qualifikationsnachweise noch entgegenstehen,

2. Diejenigen Strafbestimmungen, welche gegen die im § 1 bezeichneten Arbeiter wegen Verletzung der Arbeits- und Dienstverträge andere als die nach dem gemeinen, an dem betreffenden Orte geltenden Zivilrecht den Kontraktbruch treffenden Folgen festsetzen.

Demgegenüber beantragte der Abgeordnete Stumm, unterstützt durch die Mitglieder der freikonservativen Partei: „Unter Ablehnung des Antrages der Abgeordneten Schulze und Genossen den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung auf den Grundlagen des dem preußischen Landtage vorgelegten Gesetzentwurfs vom 10. Februar 1866 einen Gesetzentwurf zur Reform der Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bei dem Reichstage einzubringen". Die Abgeordneten Lasker und Genossen beantragten, die Schiffsmannschaften, die nationalliberalen Abgeordneten Baehr, Römer, Weber das Gesinde und die Mannschaften auf Seeschiffen von den Bestimmungen des Gesetzes auszuschließen. Der Antrag Schulze u. Genossen wurde jedoch mit 126 gegen 71 Stimmen angenommen. Für die Aufhebung des gegen Landarbeiter bestehenden Koalitionsverbotes hatten sich also **alle** Parteien ausgesprochen.

Erwähnt möge werden, daß Stumm auch in einer zweiten Resolution die Beseitigung der die Freiheit der Arbeitgeber und Arbeiter zu Verabredungen und Vereinigungen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen einengenden Ausnahmebestimmungen verlangte und diese Resolution nicht auf die gewerblichen Arbeiter beschränkte.

Bei der Beratung der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 war das Koalitionsrecht der Landarbeiter vom Reichstag in der zweiten Lesung angenommen, fiel jedoch in der dritten Lesung infolge des Widerspruchs der Regierung.

Aus den vorstehend zusammengestellten Materialien, die noch erheblich erweitert werden könnten, ergibt sich, daß das Koalitionsrecht den ländlichen Arbeitern vorenthalten ist, wiewohl die Beschränkung des Koalitionsrechtes der ländlichen Arbeiter nur damit begründet wurde, daß ja die gewerblichen Arbeiter kein Koalitionsrecht hätten. Wiewohl seit Beseitigung der Koalitionsverbote gegen gewerbliche Arbeiter 37 Jahre verflossen sind, ist den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht noch geraubt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. November.

Kleinigkeiten.

Das Gerede um Einführung einer Kontrolle für das Baugewerbe und der Meisterprüfung (kleiner Befähigungsnachweis) nahm auch heute noch im Reichstage seinen Fortgang, ohne daß neue Momente in die Debatte geworfen wurden. Gegen die verblümte Zünftlerei des Zentrumsabgeordneten Erzberger polemisierten mit Geschick noch unsere Genossen Herbert und Ehrhart, während Hilpert vom bayerischen Bauernbund und Pauli-Potsdam natürlich wieder am Zunftzopf Gefallen fanden. Letzterer rempelte die Sozialdemokratie in kindischer Weise an, worauf er ein herzhaftes ironisches Bravo von unseren Genossen erntete.

Nachdem Graf Posadowsky zur Verteidigung der angekündigten Vorlage über die Meisterprüfung den Ausspruch getan: im Volke bestehe die Sucht nach Bildung korporativer Vereinigungen — schloß die Generaldiskussion.

In der Spezialdiskussion wurden die sozialdemokratischen Anträge nach unwesentlicher Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen Vereinigung abgelehnt.

Nur Artikel 2a wurde — nach unserem Antrage — gestrichen. Artikel 3 ward nach den Anträgen Trimborn gestaltet und angenommen, ebenso Artikel 5 nach dem Antrag des Zentrums. Die Resolution 1 wird angenommen, Resolution 2 nach einem Hammelsprung mit 130 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Resolution 3 wird angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie. Ohne wesentliche Debatte (von unserer Seite beteiligte sich Fischer-Sachsen) wurde die Spezialberatung bis zum § 22 geführt. Alle Paragraphen fanden Annahme gemäß den Kommissionsbeschlüssen. Dann trat die Vertagung ein.

Morgen „großer Tag"; denn auf der Tagesordnung steht: **Erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die gewerblichen Berufsvereine.**

Das amerikanische Wahlresultat.

Das Resulat der amerikanischen Wahlen, soweit es unsere Partei anbetrifft, ist nach den bisherigen Nachrichten als befriedigend zu bezeichnen. Kein Sturmlauf, keine eroberten Positionen von Wichtigkeit, aber ein langsames, sicheres Vordringen mit wenigen Ausnahmen auf der ganzen Linie! Sogar in New York, wo der Hearst-Taumel die ganze Arbeiterschaft ergriffen hatte, ist eine Zunahme an Stimmen gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Die Nach-

richt, die das „Berl. Tagebl.“ brachte, daß ein sozialistischer Kongreßabgeordneter gewählt worden sei, hat sich nicht bestätigt. In Milwaukee im Staate Wisconsin hat die Partei die besten Resultate erzielt. Dort wurden vier Mitglieder in das Staatsparlament gewählt. Dabei verdient bemerkt zu werden, daß in Milwaukee das Deutschtum sehr stark vertreten ist, und daß dort die Führer der Partei deutsche Sozialdemokraten sind. Wer seine Erwartungen auf einen Fortschritt unserer Partei in den Vereinigten Staaten hoch spannte, wurde durch das Resultat enttäuscht, aber es lag auch keine Berechtigung vor, große Erwartungen zu hegen. Man konnte sich im Gegenteil der Annahme nicht verschließen, daß die amerikanische Arbeiterschaft, soweit sie den alten Parteien die unbedingte Gefolgschaft versagen würde, hier dem Demagogen Hearst, dort vielleicht dem Gewerkschaftsführer Gompers zu folgen bereit sei, sicherlich aber zuletzt für die Sozialisten eintreten werde, denen das amerikanische Proletariat zum größten Teil noch verständnislos gegenüber steht.

Hearst hat selbst durch seine Niederlage nichts an Popularität verloren, denn der Sieg seines Gegners Hughes wurde ungeheuer schwer erkämpft. Das „Philadelphia Tageblatt“, Organ der deutschen Sozialisten von Philadelphia, schreibt über Hearst:

„Als der wirkliche Held der letzten Wahlen erweist sich, trotz seiner Niederlage, William Randolph Hearst von New York. Bis auf ungefähr 60 000 Stimmen ist er, bei einem wahrscheinlichen Votum von anderthalb Millionen, an den Sieg herangekommen. 338 000 Stimmen hat er in der Stadt New York erhalten. Die demokratische Partei hat er zersprengt, aber für die „konservativen“ Demokraten, welche sich ins republikanische Lager schlugen, hat er starken Ersatz erhalten durch die sonst republikanisch stimmenden Arbeiter im Staate. In fast allen industriellen Städten desselben hat er die Mehrheit. Die Kapitalisten und die Bauern zusammen haben ihn überwältigt; aber die industriellen Massen folgten ihm in kolossalen Haufen.

Darin liegt die Bedeutung — nicht des Mannes, sondern der Sache. Hearst persönlich würde keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Und kaufen konnte er die vielen Hunderttausende von Wählern auch nicht. Sie folgten ihm, weil er sich aufspielt als den Anwalt des armen Mannes. Darin liegt die Bedeutung der Sache. Das Votum der Arbeitermassen für Hearst ist ein mächtiges Zeichen für die Emanzipation der Arbeiter von den kapitalistischen Parteien. Daß sich diese Emanzipation — vorerst — vollzieht in dieser Weise, mag bedauerlich sein. Aber Emanzipation ist es doch oder wenigstens der Wille dazu. Hearst repräsentiert eine Phase in der Emanzipation der amerikanischen Arbeiter; sie bildet die Vorstufe zu ihrer Bekehrung zum Sozialismus.“

Samuel Gompers, der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes, der mit der Macht der Gewerkschaften sich an dem Wahlkampf beteiligen wollte, hat eine große Niederlage erlitten. Seine neue Arbeiterpolitik versagte. Die von ihm befehdeten Kongreßmitglieder sind sämtlich wiedergewählt worden. Er mag sich trösten, weil zwei Beamte der Bergarbeiter-Vereinigung in den Kongreß und eine Anzahl Kohlengräber in ein Staatsparlament gewählt wurden, aber diese Leute wurden als Demokraten gewählt, und der Einfluß von Gompers fällt dabei nur gering ins Gewicht. Nach der Wahl ließ sich Gompers bereits wieder vom Präsidenten Roosevelt empfangen, um ihn ergebenst zu bitten, bei seiner Botschaft an den Kongreß auf Arbeiterforderungen Rücksicht zu nehmen. Als Sieger hätte er fordern können, aber die Unselbständigkeit und Haltlosigkeit der Gompersschen Arbeiterpolitik konnte der Niederlage kaum entgehen. Trotzdem erhielt er auf dem Jahreskongreß, der gegenwärtig von dem „Arbeiterbund“ in Minneapolis abgehalten wird, ein Vertrauensvotum. Die Gewerkschaften erklärten sich damit einverstanden, ihrem Präsidenten weiter auf diesem Wege zu folgen, um Arbeiterpolitik zu treiben. Auf Anregung von Gompers wählte der Kongreß eine Delegation, die nach Australien gehen soll, um zu erforschen, wie die Arbeiterpartei dort zu ihrem Einfluß gelangt ist. — Das könnte sehr nützlich sein, wenn die amerikanischen Arbeiter sich ihre australischen Brüder zum Vorbild nehmen, die ihre beste Stärke dadurch gewonnen haben, daß sie viele Forderungen der Sozialisten aufnahmen und mit den Sozialisten Hand in Hand gehen. —

* * *

Deutsches Reich.

Der hinkende Bote.

Der „Reichs-Anzeiger“ verkündet heute endlich auch amtlich die Berufung des Herrn Bernd v. Arnim-Kriewen zum Landwirtschaftsminister.

Gleich der „Deutschen Tageszeitung“ rühmt auch die offiziöse „Köln. Ztg.“ die agrarische Sachverständigkeit des neuen Landwirtschaftsministers. Der ehemalige Marineleutnant habe seine Güter in musterhafter Weise bewirtschaftet und namentlich auch durch Benutzung von Maschinen den Ertrag seiner beiden Güter außerordentlich gesteigert.

Von anderer Seite wird erzählt, daß Arnim-Kriewen auch Hohenzollernblut in seinen Adern habe. Kein Geringerer als Prinz August von Preußen sei sein Großvater gewesen. Die Mutter des Landwirtschaftsministers stamme nämlich aus einer Verbindung des Hohenzollernprinzen mit einer früheren Marie Arndt, „einer Berliner Israelitin einfachen Standes“.

Diese genealogischen Entdeckungen sind herzlich gleichgültig. Um so wichtiger ist die Stellung des Nachfolger Pods zur Fleischnot. Darüber ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden! —

Gegen den Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine

nahm am Mittwoch eine stark besuchte Berliner Gewerkvereinsversammlung Stellung, die der Zentralrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine einberufen hatte. Der Referent Redakteur Goldschmidt besprach den Entwurf und kam zu dem Ergebnis, daß derselbe den Berufsvereinen mehr Nachteile wie Vorteile bringe und daß die Gewerkvereine aus diesem Grunde die Ablehnung dieses Entwurfes verlangen müßten, besonders deshalb, weil er das Koalitionsrecht aller Arbeiter bedrohe und den Landarbeitern sowie den Eisenbahn- und staatlichen Arbeitern das Koalitionsrecht überhaupt abspreche. — In gleichem Sinne sprachen der zweite Referent Gleichauf sowie mehrere Diskussionsredner. Einer der letzteren wandte sich an den anwesenden Abgeordneten Bassermann mit dem Ersuchen, im Reichstag „geradezustehen“ und dafür einzutreten, daß die Rechte der Arbeiter gewahrt werden und dieser Entwurf nicht Gesetz werde. Auch den ebenfalls anwesenden Abg. Mugdan forderte der Redner auf, gegen den Entwurf einzutreten. Dies sei eine Gelegenheit, bei der die Gewerkvereine sehen könnten, ob die Abgeordneten, auf die sie sich verlassen, falsches Spiel treiben.

Mugdan nahm hierauf das Wort und erklärte, er werde den Entwurf mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Er könne auch annehmen, daß seine politischen Freunde bei dieser Gelegenheit hinter ihm ständen.

Herr Bassermann schwieg! Als Nationalliberaler kann er natürlich nicht die Versicherung abgeben, daß er für die Rechte der Arbeiter „geradestehen“ wird.

Nach Schluß der Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung richtet an den Reichstag das dringende Ersuchen, dem Gesetzentwurf die Genehmigung zu versagen. Die Versammlung hat den dringenden Wunsch, daß den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit verliehen wird. Das muß aber in einer Form geschehen, wie sie der Zentralrat im Jahre 1885 in einer Petition an den Reichstag verlangt hat. Jedenfalls darf die rechtmäßige Ausübung des Koalitionsrechtes keinerlei Einschränkung erfahren. Insbesondere verlangt die Versammlung das Koalitionsrecht auch für die Landarbeiter sowie für die in Staats- und Eisenbahnbetriebswerkstätten beschäftigten Arbeiter.“

Die Protestbewegung gegen den Lebensmittelwucher.

In Chemnitz fanden am Sonnabend und Sonntag in sieben der größten Säle der Stadt massenhaft besuchte Versammlungen statt.

Im Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb fanden am Sonntag, den 18. November elf Protestversammlungen statt. Am selben Tage hat auch eine Anzahl Protestversammlungen in dem Wahlkreise Höchst-Homburg-Usingen stattgefunden. Alle Versammlungen waren sehr stark besucht.

In vier durchweg sehr gut besuchten Versammlungen, die sämtlich einen ausgezeichneten Verlauf nahmen, demonstrierte am Montag das Proletariat von Kiel-Gaarden gegen die Wucherpolitik der Regierung.

Herr Giesberts.

Es war gegen Ende des Jahres 1898. Der Kaiser hatte in Oeynhausen jene Rede gehalten, worin er das Gesetz ankündigte, durch das „jeder, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll“.

Die Rede rief die deutsche Arbeiterschaft auf die Schanzen; eine machtvolle Protestbewegung gegen das Attentat auf das Koalitionsrecht setzte ein. Selbstverständlich war es die klassenbewußte Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die die Führung dieser Protestbewegung übernahm.

Um dieselbe Zeit wurde in Köln das Annahaus eingeweiht, ein katholisches Arbeitervereinshaus. Die weltlichen und geistlichen Spitzen der Stadt fanden sich zu der Feier ein und auch Herrn Johann Giesberts, der damals noch in Diensten der Firma J. P. Bachem stand, hatte man mit einer Rede betraut.

Herr Giesberts, der es damals schon eilig hatte, sich als den Mann der „guten Gesinnung“ zu empfehlen, meinte, daß durch die Oeynhausener Kaiserrede eine „große Verstimmung“ in Arbeiterkreisen entstanden sei, aber, so sagte er weiter:

„Wir katholischen Arbeiter lehnen es ab, diesen Vorfall auszuschlachten und durch Hetz- und Protestversammlungen das monarchische Gefühl noch weiter herunterzudrücken, als es leider schon geschehen ist.“

Indessen blieb die Protestbewegung nicht auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft beschränkt; die Empörung über die Zuchthausvorlage griff auch auf die christliche Arbeiterschaft über und Herr Giesberts selber sah sich, von der Strömung im eigenen Lager fortgerissen, gezwungen, in „Hetz- und Protestversammlungen“ gegen die Vernichtung des Koalitionsrechtes zu reden!

* * *

Unterdes sind acht Jahre ins Land gegangen. Herr Giesberts, der ehemalige Kesselwärter, ist zum Führer der christlichen Arbeiterbewegung emporgestiegen, er gehört als einziger Arbeiter der Zentrumsfraktion an und ist jüngst in Essen für würdig befunden worden, zusammen mit einem Landgerichtsrat und einem Freiherrn dem Katholikentage zu präsidieren.

Und wiederum ist die deutsche Arbeiterschaft bedroht von einem Gesetz, das ihre Bewegungsfreiheit zu hindern bestimmt ist, und wiederum hat sich Herr Giesberts vor einer auserlesenen Reihe von Würdenträgern zu diesem Gesetz geäußert, indem er in der Berliner Versammlung der christlichnationalen Arbeiter sagte:

„Der Entwurf enhält gewiß viele schlechte Bestimmungen, aber dazu liegt kein Grund vor, ihn als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter zu stigmatisieren. Die christlichnationale Arbeiterschaft macht die Verleherung des Entwurfes nicht mit.“

Herr Giesberts bewährt sich hier, genau wie vor acht Jahren gegenüber dem Zuchthausgesetz, wieder in der Rolle des „Gutgesinnten“. Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird sich dadurch nicht abhalten lassen, das neue Gesetz zu kennzeichnen als das, was es ist: als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter!

Es wird sich zeigen, ob die christliche Arbeiterschaft sich dem Protest, wie bei der Zuchthausvorlage, anschließt oder ob sie diesmal Herrn Giesberts folgt. Unser Schade wird es nicht sein, wenn das letztere der Fall ist! —

Verspätete Einsicht.

Das Zentrum hat infolge des Mißbrauchs des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuchs folgende Interpellation eingebracht:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in preußischen Volksschulen Kindern deutscher Reichsangehöriger die Erteilung des Religionsunterrichts in ihrer Muttersprache vorenthalten und daß Fürsorgeerziehung gegen Kinder angeordnet wird, welche im Religionsunterrichte nicht in deutscher Sprache geantwortet haben? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese mit reichsgesetzlichen Vorschriften im Widerspruche stehenden Eingriffe in das Recht der elterlichen Fürsorge für die Person des Kindes zu verhindern?“

Hätte das Zentrum bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt, so hätte es sich seine jetzige Interpellation erspart! —

Der Fall Hauth.

Zur Verhaftung des Genossen Hauth in Mannheim wegen angeblicher Fahnenflucht wird uns mitgeteilt, daß sich Genosse Hauth in der Kaserne des 3. Infanterieregiments zu Mannheim befindet. Er wurde sogleich nach seiner Festnahme dorthingebracht und eingekleidet.

Ueber die Rechtslage wird uns geschrieben:

Wahrscheinlich erweist sich diese schneidige militärische Attacke als ein Schlag in die Luft, denn erstens kann jemand, der sich nicht unter der Fahne befindet, nicht wegen Fahnenflucht bestraft werden und zweitens wird es nicht gut gehen, den schon einmal Gestraften nun nach der Rückkehr noch einmal zu strafen.

Von anderer Seite wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn auch keine Fahnenflucht und keine erneute Bestrafung in Frage kommen kann, doch vielleicht bei der Militärbehörde die Absicht besteht, den Genossen Hauth zum Nachdienen zu zwingen. Die Verpflichtung hierzu bestreitet Genosse Hauth natürlich.

Armes Bernhardchen!

„Unserm“ Kanzler kann eigentlich nichts Schlimmeres passieren, als daß er in einem der Blätter seines Intimus, des Herrn August Scherl, desavouiert wird. Das ist ihm jetzt passiert. Am Bußtag brachte „Der Tag“ einen kleinen Artikel von Karl Eugen Schmidt-Paris. Da erhält der große Zitatenkünstler eine kleine Lektion, die er sich durch seine „geistreiche“ Aeußerung über „Jaurès, die Schwalbe“ redlich verdient hat. — Schmidt schreibt:

„Das Auftreten des französischen Sozialistenführers in der Kammer ist doch ein wichtigeres Symptom als das Erscheinen einer Schwalbe im Februar, obgleich auch diese einzelne Schwalbe verkündet, daß es bald warm wird. Jaurès ist zwar der einzige Politiker, der in öffentlicher Kammersitzung für die Freundschaft mit Deutschland eingetreten ist, aber rund hundert Deputierte bekannten sich bei der Abstimmung zu seinen Anschauungen.“

Und dann hält Schmidt dem Herrn von Bülow eine historische Vorlesung, deren Hauptteil also lautet:

„Wenn vor dreißig Jahren ein französischer Deputierter so gesprochen hätte wie Jaurès vor einem Jahre, was hätte man mit ihm getan? Ich glaube, man hätte ihn ohne weiteres in die Zwangsjacke gesteckt und in die Irrenanstalt von Charenton gebracht. Vor zwanzig Jahren aber, als man die Sache schon nicht mehr für so ganz und gar absurd halten konnte, hätte man den Verwegenen als meineidigen Verräter in Stücke gerissen. Und vor zehn Jahren hätte ein so allgemeines Heulen, Pfeifen und Pultdeckelklappen seine Worte erstickt, daß nichts davon an die Ohren der Oeffentlichkeit gelangt wäre. Vor einem Jahre aber hörte man Jaurès an von Anfang bis zu Ende. Er wurde hier und da unterbrochen, aber stets in durchaus höflicher Weise. Kein Mensch dachte daran, ihn einen verkauften Verräter zu schelten. Ja, kein Mensch fand auch nur etwas Unerhörtes und Undenkbares in seinen Ausführungen.

Nicht die Rede selbst, sondern ihre Aufnahme in der Kammer und im Lande zeigte aufs allerdeutlichste, daß sich in den Anschauungen des französischen Volkes ein gewaltiger Umschwung vollzogen hat. . . .“

Nun ist „unser“ beredter Kanzler um eine Erfahrung reicher und um ein Zitat ärmer. —

Es war einmal!

Ein alter Leser schreibt uns: Der Besuch des Dänenkönigs erweckt die Erinnerung an die Zeit, als Schleswig und Holstein noch unter der damals „angestammten“ Herrschaft des Dänenkönigs standen, der es für seine „Gottes Gnaden Pflicht“ hielt, den deutschen Kindern in „seinen“ Provinzen das Deutschreden genau so mit Prügeln auszutreiben, wie es jetzt mit den polnisch sprechenden Kindern geschieht. So alt ich bin, erinnere ich mich noch lebhaft der mitfühlenden Begeisterung, mit der wir damals diese tapferen schleswig-holsteinschen deutschen Kinder betrachteten, und der flammenden Zornesausbrüche der preußischen Zeitungen aller Schattierungen über diese „empörenden Gewaltmaßregeln gegen die Muttersprache“. —

Zentrum und Nationalliberale.

Der Provinzialvorstand der rheinischen Zentrumspartei hat jüngst in Köln eine Sitzung abgehalten. Wie bei dieser Gelegenheit die „Kölnische Zeitung“ mitteilt, hat infolge neuerlicher Anfrage der Provinzialvorstand nochmals Veranlassung genommen, zu erklären, daß er von einer Vereinbarung, mit dem Zentrum ein Wahlbündnis für die Hauptwahlen einzugehen, unbedingt Abstand nehmen wird.

„Für die Hauptwahlen“ ist also keine Vereinbarung mit dem Zentrum in Aussicht genommen. Also wohl für die Stichwahlen! —

Disziplin und Leidenschaft. Wegen tätlichen Vergreifens an einem Vorgesetzten hatte sich vor dem Kriegsgerichte München der Reiter des zweiten schweren Reiterregiments Georg Felber zu verantworten. Auf einem Reisemarsch, den das zweite schwere Reiterregiment am 5. Juni nach München unternahm, wurden 17 Mann im Dorfwirtshause in Kletthorn einquartiert. Um die Gunst der einzigen im Wirtshause bediensteten Magd buhlte außer dem Angeklagten auch der Unteroffizier Kaiser. Um nun seinen Rivalen matt zu setzen, sagte der Angeklagte Felber dem Mädchen, daß der Unteroffizier Kaiser ein ganz schlechter Kerl sei und schon wiederholt auf Oberhaus gesessen habe. Um aber seiner Sache auf alle Fälle sicher zu sein, nahm Felber den Schlüssel zur Kammer der Dienstmagd an sich und als sich die Dorfschöne des Abends zur Ruhe begab, schloß Felber das Mädchen in die Kammer ein und nahm den Schlüssel an sich. Spät abends ging der Stellvertreter Gottes wirklich ans Kammerfenster, und als die Dorfschöne hoch und teuer versicherte, daß sie ihm unmöglich öffnen könne, da sie der Angeklagte Felber eingeschlossen und den Schlüssel an sich genommen habe, begab sich der Unteroffizier gravitätisch nach dem Zimmer, in dem Felber lag und forderte einen Soldaten auf, die Taschen des Felber nach dem Schlüssel zu durchsuchen. Der Angeklagte Felber sprang auf, stieß seinen Kameraden zur Seite und versetzte dem Unteroffizier einen derartigen Stoß vor die Brust, daß er zur Türe hinausflog und auf dem Gang zu Falle kam. — Das Kriegsgericht verurteilte Felber wegen tätlichen Vergreifens an einem Vorgesetzten sowie wegen einfacher und verleumderischer Beleidigung zu insgesamt **elf Monaten Gefängnis**! Vier Monate der erlittenen Untersuchungshaft kommen in Abrechnung. —

Preußisches aus Baden. In den großen badischen Städten werden im allgemeinen die Lehrer nicht schlecht bezahlt, denn die Städte gehen, um gute Lehrer zu bekommen, weit über das im Schulgesetz festgelegte Gehaltsminimum hinaus. Das galt für die Volksschullehrer, die statt des bisher landesgesetzlich festgesetzten Maximums von 2200 M. in den großen Städten bis 3600 M. ansteigen konnten, und jetzt sollten aus Anlaß der steigenden Teuerung die Real- und Gewerbeschullehrer auch von den Städten eine besondere Gehaltszulage bekommen. Durch Ministerialerlaß ist nun den Lehrern die Annahme dieser Zulage verboten worden. Diese unglaubliche Maßregel wird ihre Wirkung auf die badischen Lehrer nicht verfehlen. Vorerst ist Baden doch noch nicht Preußen und die Lehrer werden sich derartigen Stadtschen Praktiken nicht stillschweigend unterwerfen. Wäre der Landtag beisammen, so dürfte die Zulagensperre bald rückgängig gemacht sein; so müssen die Lehrer es jetzt bei Eingaben bewenden lassen, aber im kommenden Landtag wird sicher Vorsorge gegen solche Uebergriffe der Regierung getroffen werden. —

Unterschlagungen in Südwestafrika.

Einem Briefe aus Windhuk entnimmt die „Germania“ folgende Stelle:

„An einem Tage wurden hier 24 Personen, Militärs und Zivilisten, wegen Veruntreuung fiskalischer Gegenstände verhaftet. Einer von diesen, ein besonders schwerer Junge, der als solcher aber schon längst bekannt war, soll nicht weniger als 250 000 M. zuungunsten der Militärverwaltung „gemacht“ haben. Der Kerl war früher in der Kapkolonie, wurde dort wegen eines gemeinen Verbrechens zu acht Jahren Kerkers mit Zwangsarbeit verurteilt, entwischte aber bei seiner Ueberführung nach Bermuda und kam 1904 nach Deutsch-Südwestafrika. Zuerst war er hier Assistent des Burengenerals Maritz, dem hier der Fuhrpark der Militärverwaltung übertragen war. Als der „General“ wegen Unterschlagung verhaftet werden sollte, verabschiedete er sich französisch, und nun wurde seinem seitherigen „Assistenten“, Leutnant der ehemaligen Burenarmee Teinert, das gesamte Fuhrwesen der Truppe gegen ein Jahresgehalt von zirka 10 000 M. übertragen. Mit Hülfe einer anderen gleichgesinnten Seele, die ihm als Strohmann diente, hat er dann die Frachtenbetrügereien zum Nachteil des Militärfiskus unternommen. Er sitzt nun mit seinen Kumpanen hinter Schloß und Riegel, aber seinen Raub hat er bei außerdeutschen Banken in Sicherheit gebracht. Die übrigen Verhafteten wurden zum größten Teil wegen Unterschlagung von Ausrüstungsgegenständen der Truppe dingfest gemacht. Das Interessanteste ist, daß die Zivilbehörden den Schwindel

aufdeckten und daß . . . die Zivilbehörden mit der Untersuchung und Verfolgung der Durchstechereien betraut sind."

Diese schurkischen Buren! Sie dachten offenbar, daß, was deutschen Monopolfirmen recht sei, auch ihnen, den vielgefeierten Stammesverwandten billig wäre! —

Schutz gegen Photographieren wider Willen.

Als § 23 des Gesetzes über Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie hat die Regierung vorgeschlagen, zu setzen:

Für amtliche Zwecke dürfen Bildnisse von den Behörden ohne Einwilligung des Berechtigten sowie des Abgebildeten oder seiner Angehörigen vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden. In der Kommission wurde dieser Paragraph dahin geändert, daß der Eingang lauten soll: „Für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit dürfen auf richterliche Anordnung von den Behörden usw." Bekanntlich ist das Photographieren wider Willen des Photographierten wiederholt Arbeitern gegenüber sowohl aus Anlaß von Streiks wie wegen der politischen Gesinnung des Photographierten mißbraucht worden. Die sozialdemokratische Fraktion hat deswegen beantragt, dem § 23 in der Fassung der Regierungsvorlage folgenden Zusatz zuzufügen:

„Als amtlicher Zweck gilt nicht die Einleitung einer Strafverfolgung wegen Streikvergehen, wegen einer Handlung, die einen politischen Charakter an sich trägt oder wegen einer Uebertretung im Sinne des § 1 des Reichs-Strafgesetzbuches. In diesen Fällen ist auch die Anfertigung eines Bildnisses ohne Einwilligung des Berechtigten nicht gestattet;"

eventuell aber in der Fassung der Kommissionsvorlage vor auf richterliche Anordnung nur einzuschalten, ferner vor vervielfältigt angefertigt einzufügen und endlich den Zusatz zu machen: Die „angefertigt" einzufügen und endlich den Zusatz zu machen: Die richterliche Anordnung darf nur auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmung erteilt werden. —

Ausland.

Schweiz.

Der „berühmte" Polizeileutnant Locher in Zürich ist endlich von seinem Amte, das er durch seine Skandalaffären unheilvoll kompromittierte, zurückgetreten. Er bleibt wohl für sein ganzes Leben mit dem Titel „Gummischlauch-Locher" belastet.

Für die eidgenössische Initiative betreffend das Verbot des Absinths sind bereits 50 643 Unterschriften aufgebracht, doch hofft man die Gesamtzahl auf 100 000 bringen zu können.

Für die Initiative betreffend die Trennung der Kirche vom Staate im Kanton Neuenburg sind bereits zirka 7000 Unterschriften gesammelt, für die Gegen-Initiative 7712. Eine Versammlung der Angehörigen der reformierten Landeskirche beschloß mit allen Mitteln für deren Beibehaltung zu wirken, und bestellte zugleich ein bezügliches Aktionskomitee von 27 Mitgliedern. Es stehen also harte Kämpfe in Aussicht. —

Frankreich.

Die Radikalen verraten die Sonntagsruhe.

Paris, 16. November. (Eig. Bericht.) Die radikalen Kleinbürger zeigen immer unverhohlener ihre Arbeiterfeindlichkeit. Im Pariser Gemeinderat haben sie sich mit den Reaktionären verschworen, die Arbeiter um die Sonntagsruhe zu bringen. Den Gemeinden ist die Aufgabe zugefallen, die Ansuchen um Ausnahmen von den allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes zu begutachten. Am 12. November cr. nahm nun der Pariser Gemeinderat mit 51 gegen 22 Stimmen eine Resolution an, die die Notwendigkeit betont, bei der Anwendung des Gesetzes auf „die Bedürfnisse des Publikums" Rücksicht zu nehmen, d. h. den Ladeninhabern zuliebe die Angestellten zur Sonntagsarbeit zu zwingen! Die Minorität setzte sich aus den geeinigten und unabhängigen Sozialisten zusammen. Außerdem stimmten zwei Radikale mit ihr, darunter der Präsident des Gemeinderats, Chautard, ein Mann, der das sozialpolitische Programm seiner Partei doch ernster nimmt als seine Kollegen. Als der Gemeinderat gestern beschloß, sich als geheim tagendes Begutachtungskomitee zu konstituieren, erhoben die Sozialisten Protest und erklärten, **in keinem Falle an den geheimen Beratungen teilzunehmen.** — Chautard schloß sich dem Protest an und verließ den Präsidentenstuhl. Die Mehrheit wählte hierauf den Nationalisten Patenne zum Präsidenten der Sonntagsruhekommission.

Die Sozialisten sind entschlossen, gegen den Block der Arbeiterfeinde mit den stärksten Mitteln — die Obstruktion inbegriffen — vorzugehen. Da etwa 3500 Gesuche um Bewilligung von Ausnahmen vom Gesetze vorliegen, die einzeln zu erledigen sind, würde die Obstruktion nicht schwer fallen. —

Clémenceaus Erklärung.

Paris, 21. November. Nach der von einigen Blättern veröffentlichten Fassung lautet die infolge der Interpellation des Senators Gaudin de Villaine vom Ministerpräsidenten Clémenceau in Betreff der äußeren Politik abgegebene Erklärung folgendermaßen:

„Ich sei ein Anhänger der englischen Politik, haben Sie gesagt, ohne irgend etwas näheres hinzuzufügen, und ohne daß man weiß, was das eigentlich ist, und Sie benutzen dies, um Frankreich das größte Unglück vorauszusagen." Gaudin de Villaine unterbrechend: „Ja oder nein? Gibt es eine Militär-Konvention mit England?" (Sehr gut! rechts.) Clémenceau fortfahrend: „Glauben Sie, daß ich eine solche Frage mit „ja" oder „nein" beantworten kann, obgleich der Herr Minister des Auswärtigen mir — wie allen seinen Kabinettskollegen — Depeschen übermittelt hat, von deren sich einige auf die englisch-französische Entente beziehen? — Nein, so habe ich die Frage nicht studiert: Gibt es eine Militär-Konvention? Ich weiß es nicht, aber glaube es nicht." — Gaudin de Villaine unterbrechend: „Das ist ungeheuerlich!" Clémenceau: „Was ist ungeheuerlich?" Gaudin de Villaine: „Das, was Sie gesagt haben: (Heiterkeit links) Ihr Geständnis!" Clémenceau fortfahrend: „Sie haben sodann von Diktatur und von Revancheministern gesprochen. Das ist ein Wort, welches auszusprechen Sie nicht das Recht haben. Was soll ich Ihnen erwidern? Wollen Sie, daß ich die Gesinnungen desavouiere, welche im Herzen vieler Franzosen sind? Das ist es, was Sie zu verlangen wagen! (Lebhafter Beifall links.) Wollen Sie, daß ich Frankreich den schlimmsten Abenteuern ausliefere, indem ich sage, daß Sie recht haben? Das ist eines guten Franzosen unwürdig!"

Man nennt so etwas: „Nicht Vogel noch Fisch." —

Die Inventuraufnahmen fanden am Dienstag in 48 Departements statt. Es kam dabei nur zu unbedeutenden Zwischenfällen. In Landerneau und Ploudaniel im Departement Finistère sowie in Brest wurden die Türen der Kirchen zerbrochen, einige Gendarmen und Bauern verwundet und mehrere Verhaftungen vorgenommen. In Pomérols (Departement Hérault) kam es zu Zusammenstößen in der Kirche, wobei ein Gendarm verwundet wurde. Auch hier wurden mehrere hundert Personen verwundet. Während der Inventaraufnahme in der Kirche von Linselles wurde ein Offizier des 127. Infanterie-Regiments am Kopfe verwundet. Sein Zustand ist ernst.

Nach einer im Ministerium des Innern veröffentlichten Aufstellung ist die Kircheninventaraufnahme nunmehr in 65 Departements völlig beendet. In den noch ausstehenden 21 Departements sollten die Aufnahmen am Mittwoch stattfinden.

•

Paris, 22. November. (W. T. B.) Bei der Kircheninventaraufnahme in St. Jean-Cappel bei Lille weigerte sich der Hauptmann des 8. Infanterieregiments Magnier, dem Polizeikommissar die von demselben zur Sprengung des Kirchentores verlangten Soldaten zur Verfügung zu stellen mit der Begründung, daß Soldaten nur dann zur Verwendung gelangen dürften, wenn es unmöglich sei, Zivilarbeiter für dieses Geschäft aufzutreiben. Der Polizeikommissar war genötigt, zwei Arbeiter holen zu lassen, welche das Kirchentor sprengten. Bei der Inventaraufnahme in Waereghem, Departement Nord, wurden 12 Soldaten verwundet und 6 Ruhestörer verhaftet.

Einen Antrag auf Erhöhung der Entschädigung für die Deputierten auf 15 000 Fr. nahm die Kammer gestern (Donnerstag) ohne Debatte an.

England.

Die Schulvorlage im Oberhause.

London, 19. Nov. (Eig. Ber.) Die liberale Schulvorlage befindet sich bereits die vierte Woche im Oberhause, wo ihr der ganze liberale Charakter genommen wird. In liberalen Kreisen herrscht darüber viel Aufregung, jedoch läßt sich vorläufig nicht sagen, wohin die Aufregung führen wird. Nach Ansicht der Lords entspricht die Vorlage nicht den Wünschen der großen Mehrheit der Nation. Die bisherigen Aenderungen, die das Oberhaus vornahm, beziehen sich auf folgende Punkte:

1. Die Regierungsvorlage stellte es den Lokalbehörden anheim, darüber zu entscheiden, ob der Religionsunterricht überhaupt in der Volksschule erteilt werden soll. Die Lords machten dagegen den Religionsunterricht obligatorisch.

2. In den Schulen, die bisher konfessionell waren, gestattete die Vorlage zwei Stunden konfessionellen Religionsunterricht wöchentlich. Die Lords erhöhten die Stundenzahl auf fünf.

3. Um in irgend einer Schule konfessionellen Religionsunterricht zu erteilen, war die Zustimmung von 80 Prozent der Eltern nötig. Jetzt soll die einfache Mehrheit genügen.

4. Die Religionsfreiheit der Lehrer wurde von den Lords erheblich eingeschränkt; ebenso die Befugnisse der Lokalbehörden gegenüber den konfessionellen Schulen. —

Dänemark.

Allgemeines Kommunalwahlrecht.

Kopenhagen, 21. November. Der Landsthing verhandelte in seiner heutigen Sitzung über den Entwurf der Regierung betreffend Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für die Kommunen. Der Führer der Freikonservativen Graf Frijs erklärte, daß der Ausfall der diesjährigen Reichstagswahlen unzweideutig die Sympathie der Bevölkerung für den Regierungsentwurf kundgetan habe und daß seine Partei die Konsequenzen daraus ziehen wolle! — Der Minister des Inneren dankte Frijs für seine für die Durchführung des Gesetzes bedeutungsvollen Erklärungen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

34. Sitzung vom Donnerstag, den 22. November, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. **Langerhans** eröffnet die Verhandlungen um 5½ Uhr.

Der Oberbürgermeister Kirschner hat bekanntlich auf Veranlassung des Ministers des Innern eine Denkschrift über die Verhältnisse Groß-Berlins ausgearbeitet. Namens der Versammlung spricht der Vorsteher dem Oberbürgermeister den Dank für seine den Standpunkt der städtischen Behörden voll wahrenden Darlegungen aus.

Für die Beschaffung der eisernen Rohre zu neuen Druckrohrleitungen für die Radialsysteme XII und VII, für die Verbindungsleitung zwischen den Pumpstationen Radialsystem V und XII, sowie für die Anschlußleitung der Pumpstation Radialsystem III an die vorhandene Druckrohrleitung Radialsystem III/VII sind nach dem Ergebnis der am 13. Oktober stattgehabten Submission 3 170 000 M. erforderlich, deren Bewilligung aus Anleihemitteln vorbehaltlich der Vorlage genauerer Projekte der Magistrat nachsucht.

Stadtv. **Herzberg** (Fr. Fr.) beantragt Ausschußberatung. Man wolle zwei Drittel des Quantums aus Schmiedeeisen, ein Drittel aus Gußeisen herstellen lassen; die Gründe für diese Verteilung seien nicht durchsichtig. Die technische Seite der Frage sei aber von höchster Wichtigkeit.

Stadtv. **Gronewaldt** (A. L.) verweist auf die heutige Hochkonjunktur des Eisens, in der mit so enormen Bestellungen vorzugehen doch seine große Bedenken habe, und befürwortet ebenfalls Niedersetzung eines Ausschusses.

Auch Stadtv. Dr. **Paul** (N. L.) spricht sich dafür aus.

Stadtbaurat **Krause:** Es handelt sich bei den schmiedeeisernen Röhren allerdings um etwas Neues. Schreiben wir erst im Frühjahr aus, so werden wir sehr kurzfristige Termine und sehr hohe Preise haben, während uns jetzt Gußeisen für 14 M. angeboten ist.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß, den der Vorstand sofort ernennt.

Nach Erledigung einiger unwesentlicher Vorlagen geht die Versammlung über zur Beratung eines Zusatzabkommens der

Stadt Berlin und der Berliner Elektrizitätswerke.

Zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke ist zu dem Vertrage von 1899 in den letzten Wochen ein Zusatzabkommen vereinbart worden, welches heute zur Beratung der Versammlung steht. Den wesentlichsten Inhalt dieses Abkommens haben wir dieser Tage bereits wiedergegeben.

Es wird beantragt, die Vorlage einem sofort zu ernennenden Ausschuß zu überweisen.

Stadtv. **Jacobi** (A. L.): Der Grund für § 4 des Vertrages war seinerzeit, daß die Stadt nicht unnützerweise Aktiva übernehmen wollte, die vielleicht erst später eingerichtet zu werden brauchten. Bedauerlicherweise hören wir, daß die Maxima schon erreicht sind und zahlreiche Interessenten vergeblich Elektrizität verlangen. Mit Recht hat der Magistrat die Anträge betreffs des Erneuerungsfonds und der Gewinnverteilung abgelehnt. Dagegen hat er — und ich meine mit Recht — die Klausel wegen des einfachen Erlöschens des Vertrages fallen lassen; die Gründe der Berliner Elektrizitätswerke dafür scheinen mir durchaus durchschlagend. Ich glaube, das Zusatzabkommen wird ebenso segensreich wirken, wie der Vertrag, der von 7 bis 8 Jahren hier in fast unglaublicher Weise angefochten wurde. Die damaligen Gegner werden ja nicht bekehrt sein, obwohl ihre Auffassung sich als irrtümlich erwiesen hat. Man sagte damals den Ruin der städtischen Gaswerke voraus; der Konsum hat sich gegen 1898 verdoppelt! Von einer Gewinnbeteiligung über die Bruttoabgabe hinaus sollte keine Rede sein; tatsächlich erhielt Berlin 1905 Abgabe 1 750 000 M., Gewinnbeteiligung 1 790 000 M.! Die Gesellschaft würde die Preise hochzuhalten verstehen; tatsächlich hat sie den Preis von 55 auf 40 Pf. herabgesetzt. Berlin hat den billigsten Preis von allen Kommunen für elektrisches Licht und elektrische Kraft! Wir wollen uns heute dennoch nicht bereits für die Uebernahme aussprechen; endgültig kann das Urteil noch nicht sein, die Entwickelung der Werke muß abgewartet werden. Tatsache ist aber, daß die Erwartungen der Freunde des Vertrages weit übertroffen sind und Herr Kirschner sich um Berlin wohl verdient gemacht hat.

Stadtv. **Kyllmann** (Fr. Fr.): Auch wir sind erstaunt über die so glänzende Entwickelung der Werke, über den Aufschwung in kurzen sieben Jahren! Diesen schönen Erfolg auch für die Stadt verdanken wir dem gediegenen Vertrage, dessen Zustandebringen dem Oberbürgermeister allein schon die Bürgerkrone verschaffen muß. (Beifall.) Es soll hier nun ein Eckstein des Vertrages ausgebrochen werden; die tatsächliche Lage macht das aber zur Notwendigkeit, und die gebotenen Aequivalente sind nicht zu unterschätzen. Wir haben gegen Ausschußberatung nichts einzuwenden, nachdem sie einmal von anderer Seite beantragt ist.

Stadtv. **Singer** (Soz.): Die Reden der beiden Vorredner machten den Eindruck, als wenn wir uns auf einem Jubiläumsfest der B. E.-W. befänden; namentlich hätte Herr Jacobi, wenn auch nicht mit der Aufforderung, die Gläser zu erheben, aber doch mit derjenigen, sich von den Sitzen zu erheben, sehr wirksam schließen können. (Heiterkeit.) Auch wir können ja anerkennen, daß der Bürgermeister Kirschner damals alles aufgeboten hat, dem Interesse der Stadt zu dienen; aber darüber, was Interesse der Stadt ist, kann man sehr verschiedener Meinung sein. Wir sind einverstanden mit Ausschußberatung und wollen auch zugestehen, daß der Ausschuß schon heute ernannt wird. Aber es liegt hier wieder einmal ein Schulfall vor darüber, wie die Versammlung gezwungen wird, wichtigste Vorlagen zu behandeln. Der Magistrat hat eine Reihe von Monaten gebraucht, die Vorlage vorzuberaten; uns wird zugemutet, in vierzehn Tagen damit fertig zu sein, damit am ersten Januar 1907 angefangen werden kann zu bauen. Wir müssen auch hier wieder dringend wünschen, daß uns genug Zeit zur Durchberatung gelassen wird. Bei der Hurrastimmung der Vorredner und ihrer Fraktionen wird ja die Zeitfrage kein Hindernis sein; selbst die Ausschußberatung erscheint ja der Mehrheit schon als eine Konzession. Die Vorlage präsentiert sich in sehr harmlosem Gewande. Wem nutzt sie? Nicht den B. E.-W., nicht der Stadt nach meiner Meinung. Also wem? Der tatsächliche Inspirator der Vorlage, dem sie einen Millionennutzen verspricht: das ist die A. E.-G., die hat so kolossale Interessen an der Vorlage, daß diese Tatsache mindestens in der Diskussion erwähnt werden muß, was die beiden Vorredner unterlassen haben. Die B. E.-W. sind eine Tochtergesellschaft der A. E.-G. Während sonst die Kinder die Eltern erst in höherem Lebensalter zu ernähren verpflichtet sind, ist die A. E.-G. eine Mutter, die ihre Kinder von allem Anfang an dazu verpflichtet. Neben anderen großen Einnahmen hat die A. E.-G. das Baumonopol für die B. E.-W. Wenn hier von 40 Millionen die Rede ist, so können Sie sich etwa denken, was die A. E.-G. an diesem Baudertrag verdient; das materielle Interesse an dieser ganzen Transaktion liegt also bei der A. E.-G., mit der wir ja nichts zu tun haben. Es ist ja ein Zeichen von Geschicklichkeit, wie diese Gesellschaften sich gegenseitig maskieren. Der Hauptnutzen der A. E.-G. aus diesem Geschäft ist aber noch ein anderer: die B. E.-W. müssen von allen neuen Aktien 50 Proz. der A. E.-G. zum Parikurse überlassen (Hört! hört!), die diese dann an die Börse bringt, um den Gründergewinn einzustecken. Stehen die Papiere der B. E.-W. jetzt 190, so wird eine solche Gesellschaft neues Kapital nicht mit 100 auflegen, sondern höher, und die Differenz schluckt die A. E.-G. Trotz aller Abgaben, die unsere Gesellschaften an die Stadt zahlen, erkläre ich: Die Stadt ist nicht dazu da, **den Fußschemel für solche privatkapitalistischen Gesellschaften zu bilden!** (Ah! bei der Mehrheit.) Der Vertrag der A. E.-G. mit den B. E.-W. dauert gerade solange wie der Vertrag der B. E.-W. mit der Stadt Berlin; wir haben also eigentlich nur mit der A. E.-G. und dem kapitalistischen Klüngel, der mit ihr verbunden ist, zu tun, mit dem machen wir die Verträge. Tatsächlich werden diese denn auch in den Bureaus der großen Kapitalsmächte formuliert, und je mehr Sie diese stärken, desto mehr geben Sie von den noch verbliebenen Rechten der eigenen Verwaltung aus der Hand; schließlich wird die Stadt zu weiter nichts als zu einem Bureau, wo sie die Abgaben der Gesellschaft in Empfang nimmt. Der Kursgewinn für die Aktien der A. E.-G. ist der springende Punkt in diesem ganzen Vorgang. Die Kapitalsgesellschaften wollen verhindern, daß dieses so gute Geschäft 1915 aufhört. Bei der Stimmung in der Mehrheit dieser Versammlung und beim Magistrat sind diese Herren äußerst gute Psychologen; die 40 Millionen werden 1915 von der Stadt mit übernommen werden müssen. Die Vorlage spricht noch davon, es sei wahrscheinlich, daß die Stadt 1915 die Werke übernimmt, Herr Kyllmann und Herr Jacobi behalten sich die Entscheidung vor; ich sage, die Entscheidung darüber wird heute gefällt, denn diese Bewilligung schließt es in sich, daß man 1915 nicht mehr daran denkt, die Werke zu übernehmen. Nun soll § 31 Abs. 2 gestrichen werden. Daß 1915 die Werke gekündigt, aber nicht übernommen werden, diese Möglichkeit scheidet damit aus; wir werden dann vor die Frage gestellt sein, entweder zu übernehmen oder den Vertrag zu verlängern, das einzig wirksame Pressionsmittel, welches die Stadt in der Hand hatte, wird aufgegeben. Warum will man nun die Bestimmung aufgeben? Die Begründung meint, eine wesentliche Schädigung der städtischen Interessen würde durch die Beseitigung nicht entstehen. Ueber „wesentlich" kann man verschieden denken, nach meiner Meinung werden alle Vorteile des Vertrages mit der Aufgabe dieser Kombination aufgegeben. Eigentümlich ist, daß die Berliner Elektrizitätswerke erst in diesem Sommer bekannt gegeben haben, daß sie die Ansprüche, die an sie herantreten, nicht mehr befriedigen kann. Trifft das zu, dann zeugt das nicht gerade für große Voraussicht der Gesellschaft, oder ihr Vertrauen auf das Entgegenkommen der Stadt muß felsenfest gewesen sein. Der § 4 bestimmt aber, daß die Gesellschaft aus dem Berliner Werk nicht mehr als ein bestimmtes Quantum liefern darf; dadurch wird doch nicht verboten, daß, wenn der Magistrat es verlangt, Vorkehrungen getroffen werden, den Mehrbedarf anderswo zu decken. Wozu sind denn die Oberschöneweider Werke da? Im Ausschuß bekommen wir hoffentlich Auskunft darüber, ob diese Frage überhaupt im Magistrat ventiliert worden ist. § 4 zwingt den Magistrat nicht, die Wünsche der Berliner Bevölkerung nach Elektrizität unbefriedigt zu lassen. Nach § 9 Abs. 2 kann die Gesellschaft nur dann ihre Lieferung einstellen, wenn sie nachweislich durch die zuständigen Behörden daran gehindert ist. Also nur wenn sie der Magistrat daran hindern würde, könnte sie die erhobenen Ansprüche nicht befriedigen. Die Prüfung dieser Frage ist der Kernpunkt in dem ganzen Vertrage, alles andere ist Brimborium und Ornament; es handelt sich lediglich darum, ob die Berliner Elektrizitätswerke berechtigt sind, uns jene Aenderung des Vertrages anzusinnen. (Sehr richtig!) In § 33 ist den Berliner Elektrizitätswerken eine Konventionalstrafe von 3000 M. für jeden verweigerten Anschluß angedroht; kennt der Magistrat diesen § 33 nicht? Wir haben es also vollständig in der Hand, den Bedarf auf Grund des bestehenden Vertrages befriedigen zu lassen. Tritt der Magistrat vom Vertrage zurück, weil die Gesellschaft ihre Verpflichtungen nicht erfüllt, dann wird den beiden Gesellschaften schon die Erleuchtung kommen, daß sie auch innerhalb des bestehenden Vertrages ihren Verpflichtungen nachkommen kann. Wir werden also vom Magistrat juristische Gutachten erbitten müssen, um zu wissen, auf welcher rechtlichen Grundlage seine Ansicht sich aufbaut. Die können nicht in acht oder zehn Tagen beschafft sein. Wenn die Rechtslage für die Berliner Elektrizitätswerke so zweifellos war, daß sie glaubte, die Lieferung einstellen zu können, dann hätte sie auch nicht derartige Konzessionen gemacht, die Herr Jacobi in den Himmel hebt. Was ich dem Magistrat und der Mehrheit verdenke, ist, daß sie sich viel zu leicht ins Bockshorn jagen läßt. Wir haben ein Recht, zu verlangen, daß solche Fragen eingehender geprüft werden. Nicht der augenblicklich vorgeschobene Grund, die Abnehmer nicht befriedigen zu können, ist der wesentliche, sondern die Absicht, für 1915 der Stadt ein Mittel aus der Hand zu nehmen, welches gegenüber der Gesellschaft von außerordentlichem Werte wäre; ob wir dazu die Hand bieten wollen, das sollten wir uns zehnmal überlegen. Die Möglichkeit, daß die Stadt selbst das Unternehmen 1915 in die Hand nimmt, wird um so mehr erschwert, je mehr Kapital die Gesellschaft selbst noch aufnimmt. Wenn von 1915 bis 1925 der Preis pro Kilowatt auf 8,1 festgesetzt wird, so verzichtet man doch auf jede Möglichkeit, Verbilligungen, die durch Verbesserungen der Technik herbeigeführt werden, in Anspruch zu nehmen. Daß die B. E.-W. darauf eingehen wollen, bei Verlängerung des Vertrages den Uebernahmepreis zu ermäßigen, möchte für die Stadt geradezu ein Danaergeschenk sein. Auch als wir die Aktien der elektrischen Straßenbahn kauften, glaubten wir ein betriebsfähiges Unternehmen erworben zu haben; und schon nach Jahresfrist mußten Maschinen und Wagen angeschafft und Motoren erneuert werden. Also die Hoffnung, daß wir eine betriebsfähige Anlage nach einer Reihe von Jahren annähernd kostenlos übernehmen, steht lediglich auf dem Papier. Daß die Erbauung und Erweiterung von Stationen an die Genehmigung des Magistrats gebunden wird, ist ein Fortschritt, der aber nur zur Wahrheit macht, wofür wir 1898 vergeblich gekämpft haben, wogegen damals auch der Magistrat Stellung nahm. Alles in allem bedarf also die Vorlage sehr ernster Prüfung nach zwei Richtungen; einmal, ob nicht

die B. E.-W. durch den Vertrag eventuell durch die Gerichte gezwungen werden können, das Bedürfnis Berlins nach Elektrizität zu befriedigen und dann, ob es wirklich angezeigt ist, den tatsächlichen Eckpfeiler des Vertrages herauszunehmen. (Beifall.)

Stadtrat **Ramslau**: Herr Singer hat ein im Zusammenhange ganz unrichtiges Bild von der Sachlage entworfen. Gerade der Fall der Vermehrung der Kapazität ist gründlich von uns erwogen worden; es ging nicht anders, als die Grenzen zu streichen, aber dafür soll jetzt unsere Genehmigung für jede Erweiterung notwendig sein. Das Verhältnis zur A. E.-G. spielt doch gar keine Rolle für uns; für Berlin spielt es auch keine Rolle, ob die Stadt 1915 ein paar Millionen mehr anlegen muß, wenn sie nur ein gut fundiertes Unternehmen übernimmt. Die Auffassung des Kollegen Singer vom § 4 ist deshalb hinfällig, weil dieser auch die Kapazität der Außenwerke limitiert. (Widerspruch. Ruf: Bloß an die Genehmigung des Magistrats gebunden! § 121) Die B. E.-W. verweisen immer auf diesen § 4; wir haben ja auch dagegen angekämpft. (Lachen. Zwischenruf des Stadtv. Nathan.) Ihre Rechtsauslegung ist doch nur einseitig; auch wenn wir mit unserer Rechtsansicht durchdrängen, wäre damit nichts Reales gewonnen. Die Gesellschaft könnte ja bei einem Verlangen unsererseits nach Befriedigung des Bedürfnisses mit unverhältnismäßigen Tariferhöhungen für Kraftstrom antworten. Weiter bedauert Redner die geringschätzige Beurteilung der Gegenkonzessionen, die er seinerseits ins beste Licht zu setzen versucht. Es empfehle sich, mit unserem „Sozius" wieder auf gütlichem Wege zur Einigung zu kommen.

Stadtv. **Rosenow** (N. L.): Herr Jacobi scheint allen Ernstes zu glauben, der Betrieb in städtischer Regie hätte keine Prosperität gezeigt. Wenn die B. E.-W. auch als Kontrahent vertragstreu sind, so hätte doch die Stadt die erwähnten Vorteile auch als Unternehmer genossen. „Ueberrascht" worden sind wir nur durch den späten Termin, zu dem wir von der Erreichung der Maxima des § 4 erfuhren. Wir müssen aber das Bedürfnis der Bürgerschaft befriedigen, denn die Industrie braucht Elektrizität. Daß die B. E.-W. am Ende ihrer Leistungsfähigkeit ist, glaube ich übrigens nicht; sie besitzt sicher große Reserven, die sie sofort spielen lassen wird, wenn der Zusatzvertrag perfekt ist.

Stadtv. **Cassel** (A. L.): Ohne Nachteil für die Sache kann ich heute verzichten; ich will damit ein Beispiel der Entsagung geben. (Heiterkeit.)

Stadtv. **Preuß** (Soz.-Fortschr.): Da ich nicht im Namen der Mehrheit spreche, kann ich diesem guten Beispiel leider nicht folgen. (Heiterkeit.) Der Jubel und die Freude der Herren Jacobi und Syllmann über ein Recht, das wir aufgeben sollen, hat mich sehr überrascht. Die guten Früchte des Vertrages sind zum großen Teil der Tätigkeit der damaligen Opposition zu verdanken; erst auf einen Antrag aus der Versammlung wurden die 40 Proz. Gewinnanteil der Stadt auf 50 Proz. erhöht. Wir haben es hier tatsächlich mit der A. E.-G. zu tun; die B. E.-W. sind nur eine Buchungsform davon. (Heiterkeit.) Für die Regelung solcher Verhältnisse ist, wie sich hier wieder einmal ergibt, die Vertragsform ungeeignet und für die Stadt ungünstig. Jetzt soll das Recht der Stadt aus § 31 aufgegeben werden. Damit geben wir einen Drücker allerersten Ranges aus der Hand, und daß man mit dreimaligem Hurra ohne Ausschußberatung darauf eingehen wollte, will mir unbegreiflich scheinen. Ich fasse die §§ 4 und 12 so auf, wie der Kollege Singer; halb und halb hat das auch Herr Stadtrat Ramslau als richtig zugegeben, wenn er auch auf die Möglichkeit der Erhöhung der Tarife für Kraftabgaben — mit Ausnahme der Straßenbahnen — hinwies. Unser Recht wollen wir doch nicht von vornherein unter den Scheffel stellen, sondern davon ist recht intensiv zu reden — zur Einigung ist immer noch Zeit.

Stadtv. **Jacobi**: Den Vorredner möchte ich daran erinnern, daß auch ich mich 1898 für 50 Proz. ausgesprochen habe.

Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern, der vom Vorstand sofort ernannt wird und dem auch die Stadtvv. Dr. Arons, Heimann und Singer (Soz.), sowie Dr. Preuß angehören.

Für die Zwecke der preußischen Viehzählung am 1. Dezember werden 4000 M. bewilligt. Schluß gegen ½9 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Ein „unauffindbarer" Mordbube.

Im vergangenen Sommer hat bekanntlich bei einem Streik in Nürnberg der Streikbrecher Thiel, ein junger Bursche, den Streikführer Fleischmann, einen Familienvater, mit dem Revolver niedergeknallt. Der Mörder wurde zwar sofort verhaftet, aber schon am anderen Tage wieder auf freien Fuß gesetzt, weil er angeblich in Notwehr gehandelt habe, was aber in dieser Zeit gar nicht festgestellt werden konnte. Der Mörder verschwand aus Nürnberg. Das Vorgehen der Justiz erregte unter der dortigen Arbeiterschaft um so größere Empörung, als einige Streikende, die sich bei der gleichen Gelegenheit geringfügig an Streikbrechern vergriffen hatten, in Untersuchungshaft festgehalten wurden. In dem ersten Nürnberger Krawallprozeß sprach der Staatsanwalt sein Mißfallen darüber aus, daß die Arbeiterpresse diese beiden Tatsachen einander gegenübergestellt hatte, dadurch werde der Glaube an die Gerechtigkeit, das „fundamentum regnorum", erschüttert. Der Vorsitzende des Gerichtshofes glaubte der Oeffentlichkeit „Aufklärung" dahingeben zu müssen, daß das Verfahren gegen den Streikbrecher Thiel wegen Totschlags nur deshalb nicht habe zu Ende geführt werden können, weil er nicht mehr aufzufinden sei. Er habe seinerzeit Nürnberg verlassen müssen, aber bemerkt, daß bei seinem Schwager in Eisleben seine Adresse jederzeit erfragt werden könne. Jetzt sei aber sein Aufenthalt nicht zu ermitteln. Man mußte danach annehmen, daß der Bursche ins Ausland verduftet sei. Nunmehr wird aber der „Fränkischen Tagespost" aus Eßlingen in Württemberg mitgeteilt, daß Thiel sich schon seit längerer Zeit dort aufhält. Da Eßlingen nicht gar zu weit von Nürnberg weg liegt, so kann man wohl annehmen, daß die Nürnberger Justiz den Mordbuben wohl hätte finden können, wenn sie seiner wirklich so sehnsüchtig begehrte.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Rohrleger und Helfer! Bei der Firma Fischer u. Krüger, Sonnenburgerstr. 26, befinden sich die Rohrleger und Helfer wegen Tarifbruchs der Firma im Ausstand. Wir ersuchen daher sämtliche Bauhandwerker um ihre Solidarität.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Achtung, Metallarbeiter!

Im Streik der Werkzeugmacher ist eine bemerkenswerte Aenderung nicht eingetreten. Die Arbeitgeber versuchen Arbeitswillige zu erhalten; das ist ihr Recht. Wir unterbinden den Zuzug von Arbeitswilligen, und zwar bis jetzt mit Erfolg; das ist unser Recht. Klar scheint uns, daß die Werkzeugfabrikanten diesen Streik aus eigener Kraft nicht aushalten, sondern von anderer Seite, wohl auch finanziell, unterstützt werden. — Wir ersuchen dringend, Zuzug fernzuhalten.

Auch vom Streik bei den Firmen Siemens ist wesentlich Neues nicht zu berichten. Es mehren sich die Nachrichten aus dem Auslande, aus denen hervorgeht, daß unsere Genossen dort auf dem Posten sind und aufpassen, daß wir durch Zuzug von dort nicht belästigt werden. Von auswärts wird uns weiter mitgeteilt, daß eine Anzahl Kollegen lediglich zum Vergnügen an die Firma schreiben, ohne auch nur daran zu denken, bei der Firma in Arbeit zu treten. Wir ersuchen unsere Kollegen, auch derartiges zu unterlassen und die Arbeitergesuche der Siemens u. Halske und Siemens-Schuckert vollständig unbeachtet zu lassen. — Da auch unter anderer Adresse Arbeiter von außerhalb hergeholt werden können, ersuchen wir bei einem Arbeitsangebot nach Berlin stets erst bei uns anzufragen, damit die Kollegen genau wissen, daß sie weder direkt noch indirekt als Arbeitswillige benutzt werden.

Arbeiterfreundliche Blätter ersuchen wir um Nachdruck.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Hirsch-Dunckersche Wahrheitsliebe.

Ueber den Streik in den Siemens-Schuckert-Werken bringt der Hirsch-Dunckersche „Gewerkverein" einen Artikel, der so beginnt:

„**Der Streik in den Berliner Siemens-Schuckert-Werken**, der bekanntlich in der Hauptsache deswegen ausbrach, weil der Lohntag nicht auf den Freitag, sondern auf den Donnerstag verlegt wurde, . . ."

Scharfmacher-Allüren.

Dieser Tage wollte auch eine Abteilung des Werner-Werkes der Siemens-Schuckert-Werke mit in den Ausstand treten. Während der Verhandlungen wurden die Vertreter der Arbeiter von der Direktion des Werner-Werkes ersucht, doch einmal mit der Gesamt-Direktion wegen Beilegung der Differenzen in Verbindung zu treten. Ein solcher Versuch würde jedenfalls von Erfolg gekrönt sein. Die so Angegangenen setzten sich mit ihren Kollegen in Verbindung und die Folge ihrer Beratung war dieser Brief an die Direktion:

„Veranlaßt durch eine Anzahl noch im Betrieb befindlicher Kollegen erlauben sich Unterzeichnete im Einverständnis mit ihren Kollegen anzufragen, ob der Direktion eine Beilegung der wegen der neuen Arbeitsordnung ausgebrochenen Differenzen erwünscht ist.

Sollte die Direktion geneigt sein, den Weg der Verständigung zu beschreiten, würden wir empfehlen, dies durch mündliche Verhandlung zwischen Direktion und einer Kommission der Streikenden oder noch im Betriebe Befindlichen in die Wege zu leiten. Letztere müßten natürlich hierzu von den Streikenden beauftragt werden.

Sollte die Direktion schriftliche Verhandlungen vorziehen, dann würde uns das, trotzdem dieser Weg umständlicher ist, auch recht sein.

Eine gefl. Antwort auf dieses Schreiben ersuchen wir höflichst an die Unterzeichneten oder an die dieses Schreiben überreichende Kommission oder an den Obmann des Arbeiterausschusses, Herrn Rich. Friedrich, Dynamowerk Franklinstraße, gelangen lassen zu wollen.

Hochachtungsvoll

gez. Georg Kuck, Wernerwerk, Berlin O., Andreasstr. 7,
gez. Richard Kennert, Dynamowerk, Berlin NW., Zinzendorfstr. 6,
gez. Otto Baumgart, Autobau, Berlin N., Christianiastr. 14."

Die Leitung des Werner-Werkes muß nun über die Stimmung der Gesamt-Direktion schlecht unterrichtet sein, denn diese antwortete auf das von der Sub-Direktion veranlaßte Schreiben wie folgt:

Herrn Georg Kuck, Berlin O., Andreasstr. 7.

Auf Ihr Schreiben vom 22. d. M. teile ich Ihnen im Namen der Direktion der Siemens u. Halske Aktiengesellschaft und der Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H. mit, daß wir uns von den von Ihnen vorgeschlagenen Verhandlungen einen Nutzen nicht versprechen können, da für die in unsere Werke hineingetragene Bewegung stichhaltige Gründe nicht vorliegen, durch deren Beseitigung eine Beilegung erzielt werden könnte.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der größere Teil der verlassenen Plätze bereits wieder besetzt ist; falls ein Teil der in Ausstand getretenen Arbeiter für eine etwaige Wiedereinstellung in Aussicht genommen werden will, müßten sich die Betreffenden alsbald schriftlich bei dem Werke melden, bei dem sie in Arbeit gestanden, da die Zahl der verfügbaren Plätze täglich kleiner wird.

Hochachtungsvoll

Unterschrift."

Die Direktion trug dann sofort Sorge dafür, daß dieser Briefwechsel auch in der Oeffentlichkeit bekannt würde. Durch diese Bekanntgabe mußte natürlich und sollte der Eindruck entstehen, daß die Arbeiter zu Kreuze zu kriechen bereit seien, während die Direktion sich stolz ablehnend verhalte. Hoffentlich zerstört unsere Darstellung der Sachlage diesen Eindruck.

Zur Lohnbewegung der Friseurgehülfen in Rixdorf.

Die Zwangsinnung der Barbiere von Rixdorf beschäftigte sich in der Nacht vom Dinstag zum Mittwoch in einer außerordentlichen Generalversammlung mit den Forderungen der Gehülfen. Die Versammlung verlief ziemlich stürmisch und dauerte bis gegen 3 Uhr. Die Erregung richtete sich teils gegen die organisierten Gehülfen, teils gegen die Meister, die die Forderungen bewilligt und das bekannte Plakat ausgehängt haben. Man behauptete, daß diese Meister es leicht gehabt hätten, zu bewilligen, weil sie keine Gehülfen beschäftigten. Der Referent, Herr Knuth, erklärte, daß es ganz ausgeschlossen sei, den eingereichten Tarif ohne Aenderungen anzunehmen, zumal darin nichts über die Leistungen der Gehülfen und auch nichts über die Dauer des Tarifs enthalten sei. Er macht dann im Namen des Vorstandes Gegenvorschläge, die darauf hinausliefen, daß die 20 M. Wochenlohn ohne Kost und Logis nicht als Minimallohn, sondern nur für als Friseure, Barbiere und Perrückenmacher leistungsfähige Gehülfen bewilligt werden sollten, und bei derselben Leistungsfähigkeit mit halber Kost ohne Logis 15 M. Für ausgelernte Gehülfen im ersten Jahre nach der Lehrzeit sollten mit Kost und Logis 7,50 M., mit halber Kost ohne Logis 10,50 M. bewilligt werden; für ältere Gehülfen ohne Kost und Logis 18 M., mit Kost und Logis 9 M. Für Aushülfen sollten gezahlt werden: für Sonnabendabend und Sonntag bis 2 Uhr 6 M. mit Kost, an Wochentagen 2,50 M. mit Kost. Die Bezahlung ohne Kost wird von den Meistern bei Aushülfen deswegen für unzulässig erachtet, weil Aushülfsgehülfen in so ausgehungertem Zustande zur Arbeit gekommen sein sollen, daß sie nicht arbeitsfähig waren. Die Arbeitszeit sollte sich nach der im Gewerbe ortsüblichen richten. Die Stunde Tischzeit könnte bewilligt werden, dafür aber kein freier Nachmittag in der Woche; die drei zweiten Feiertage von morgens 10 Uhr ab; wollten die Gehülfen diese Tage ganz frei haben, so sollten sie dafür sorgen, daß das gesetzlich eingeführt werde. Der Tarif müsse vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts abgeschlossen werden, und zwar auf drei, mindestens aber auf 2 Jahre. Bei Festsetzung einer vierteljährigen Kündigungsfrist sollte er mit Jahresschluß ablaufen und nicht zu Ostern oder Pfingsten. Der Arbeitsnachweis sollte paritätisch sein. Verhandeln wollte die Innung wohl, aber nur mit dem Gehülfenausschuß. Entschieden wies der Redner den Vorwurf zurück, daß die Meister den Gehülfen das Organisationsrecht rauben wollten. Ihre Kontrollkarte könnten die Gehülfen beibehalten, aber an die Sachen der Meister dürfe sie nicht gesteckt werden. In demselben Sinne wie der Referent sprachen sich die meisten Diskussionsredner und auch der Obermeister Weinberg aus. Bei 50 bis 60 M. Wocheneinnahme sei es unmöglich, einem Gehülfen, der nicht einmal einen Zopf machen könnte, 20 M. Wochenlohn zu zahlen. — Herr Otto Vogel, von der „linken Seite des Hauses", hatte es dagegen recht schwer, zu Worte zu kommen. Gleich von Anfang an wurde ihm zugerufen, daß er ja keinen Gesellen beschäftige, worauf er antwortete, daß er ja Aushülfen bezahlen müsse. Als er sagte, daß doch 20 M. für einen Gehülfen nicht zu viel sei, um auch nur ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu führen, wurden ihm allerlei Scheltworte entgegengerufen. Ein gewaltiger Lärm entstand und man warf mit Bierpappen nach dem Redner. Man beruhigte sich aber dann doch soweit wieder, daß er weiter sprechen konnte. Der Redner sprach sich dafür aus, daß man mit den Gehülfen über ihre Forderungen verhandeln und, um anständige Löhne zahlen zu können die Preise erhöhen sollte. Die Versammlung erklärte sich schließlich mit den Tarifvorschlägen des Innungsvorstandes, sowie damit, daß mit dem Gehülfenausschuß verhandelt werde, einverstanden.

Die Zeitungsträgerinnen waren am Dienstag recht zahlreich im „Englischen Garten" versammelt, um eine Aussprache über die fortwährenden Maßregelungen organisierter Frauen in den verschiedensten Filialen der „Berliner Morgenpost" herbeizuführen. Sowohl von der Referentin, Frl. Schaub, wie auch von einer Anzahl Austrägerinnen wurden lebhafte Beschwerden über die häufig geradezu unwürdige Behandlung der Frauen durch die Herren Filialleiter sowie über ungerechtfertigte Entlassungen wegen der Organisationszugehörigkeit vorgebracht. Als beliebter Vorwand zur Entlassung muß gewöhnlich der Umstand herhalten, daß die Frauen nach altem Usus mit ihren Kolleginnen von anderen Blättern, wie vom „Vorwärts" oder dem „Lokal-Anzeiger", gegenseitig Zeitungen austauschen, um sich ihre schwere Arbeit dadurch etwas leichter zu machen. Das heißt, die eine Frau nimmt der anderen für dies oder jenes Haus einige der genannten anderen Blätter ab und besorgt sie auf ihrer Tour mit, damit nicht etwa die Frauen zu gleicher Zeit dieselben Treppen hinauf und herunter zu klettern brauchen, falls die Abonnenten auf einem Flur oder demselben Treppenaufgang wohnen. Wie gesagt, dieser Austausch ist seit Jahren üblich und wird auch von den meisten Frauen gegenseitig gehandhabt, ohne daß von den in Frage kommenden Geschäftsleitungen der genannten Blätter viel Aufhebens davon gemacht worden wäre, wenns vielleicht auch nicht gerne gesehen wird. In letzter Zeit aber gehen die Filialleiter der „Morgenpost" mit besonderer Schärfe gegen diesen alten Brauch vor. Da sie ihm aber, weil zu sehr eingewurzelt, allgemein nicht ohne weiteres steuern können, so suchen sie sich mit Vorliebe die organisierten Frauen heraus, um an diesen durch rücksichtslose Entlassung ein Exempel zu statuieren. So sind eine ganze Anzahl Frauen, die schon seit langen Jahren als Austrägerinnen tätig sind, dieser Entlassungsmanie zum Opfer gefallen. Geändert ist damit an dem alten Zustand aber durchaus nichts geworden, auch durch den Eifer von angestellten Kontrolleuren nicht, ganz abgesehen davon, daß der Eifer solcher Leute nur gar zu häufig in kleinliche Schikane ausartet. Wenn in dem einen Bezirk das „Uebel" vermeintlich abgestellt war, kam es in dem anderen längst von selbst wieder zum Durchbruch. Besonders schroff ist nun der Leiter der „Morgenpost"-Filiale in der Brunnenstraße gegen verschiedene organisierte Frauen vorgegangen. Beschwerden der Gemaßregelten bei der Ullsteinschen Geschäftsleitung wurden aber kurzerhand abgewiesen, sodaß die betreffenden Frauen brotlos wurden. Bei der Kritik dieser Maßregelungen kam noch eine eigenartige Geschäftspraxis des Ullsteinschen Verlages zur Sprache. Den Zeitungsfrauen wird nämlich hin und wieder zugemutet, außer der Besorgung ihres Blattes noch mit Schriften des Verlages hausieren zu gehen. Irgend welche Schmöker, wie z. B. das „Werk" „Arzneilose Kur" sollen von den Frauen an den Mann gebracht werden. Wenn ihnen dann von den Abonnenten die stereotype Antwort wird „ach, was sollen wir denn mit dem Schund", und sie können von den Schriften nichts los werden, so erhalten sie nicht selten heftige Vorwürfe wegen Unfähigkeit. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der das organisationsfeindliche Verhalten der Filialleiter von der „Morgenpost" entschieden verurteilt wird. Der Transportarbeiter-Verband wurde beauftragt, geeignete Schritte zu unternehmen, um ferneren Maßregelungen dieser Art vorzubeugen.

Ausland.

Der Sozialismus in den englischen Gewerkschaften.

Das Durchdringen der englischen Trade Unions mit sozialistischem Geiste nimmt einen steten Fortschritt; es mehren sich die Zeichen, aus denen dies deutlich hervorgeht. Zu diesen gehört die Annahme einer Resolution in mehreren Versammlungen des Eisenbahnerverbandes, in welchen über die Beschlüsse des Cardiffer Kongresses verhandelt wurde. In einigen dieser Versammlungen wurde bezüglich der Kandidaten zum englischen Unterhaus folgende Resolution beschlossen: „In Erwägung, daß die Zwecke und Ziele der Arbeiterbewegung ihren einzig wahren Ausdruck im Sozialismus finden, in weiterer Erwägung, daß die Ziele nur erreicht werden können, wenn sie im Parlament durch Sozialisten vertreten werden, und da die Arbeiterpartei mit ihrer Politik der Unabhängigkeit diesem Zwecke dient, so begrüßen wir die Beschlüsse des Kongresses von Cardiff, wonach in Zukunft alle Kandidaten die Politik der Arbeiterpartei zu vertreten haben."

Der Beschluß ist um so bemerkenswerter, als der Generalsekretär des Eisenbahnerverbandes, Richard Bell, Mitglied des Parlaments, sich als Liberaler gegen die unabhängige, sozialistische Politik im Parlamente wendet.

Die Schlachthausarbeiter in Belgrad sind wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bei den Stichwahlen

im 3. Landtagswahlkreis **vermehrte** sich am Donnerstag die Zahl unserer Wahlmänner um **elf** in der **zweiten** und **um vier** in der **ersten** Wählerklasse. Nach den bisherigen Feststellungen waren von unseren im Jahre 1903 gewählten Wahlmännern 512 durch Tod oder Umzug ausgeschieden. Die jetzt abgeschlossenen Ersatzwahlen brachten uns an derey Stelle 582, so daß wir den ansehnlichen **Gewinn von 70 Wahlmännern zu verzeichnen haben.**

Stadtverordnetenwahlsieg.

Frankfurt a. M., 22. November. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurde Genosse Quark wiedergewählt. Unsere Stimmen stiegen von 4200 auf 6700.

Zum Tippelskirch-Skandal.

Leipzig, 22. November. (B. H.) Die vor einigen Tagen verbreitete Nachricht, der Vertrag der Kolonialabteilung mit Tippelskirch sei bereits definitiv gelöst, ist, wie das „Leipziger Tageblatt" meldet, in dieser Form nicht zutreffend. Authentisch ist vielmehr nur, daß die Verhandlungen wegen Lösung des Vertrages schweben und daß diese Verhandlungen einen günstigen Verlauf zu nehmen scheinen, so daß die **Lösung des Vertrages in nächster Zeit zu erwarten ist.**

Beleidigungsprozeß des Häuptlings Akwa vertagt.

Hamburg, 22. November. (B. H.) Vor dem Schöffengericht begann heute der Beleidigungsprozeß des **Häuptlingsohn Akwa** gegen den Kapitänleutnant Liersemann, welcher erklärt hatte, Akwa sei ein **minderwertiges Subjekt** und wegen Diebstahls **schon bestraft.** Das Gericht beschloß die Vertagung, da in Kamerun Zeugen verhört werden sollen, ob Akwa tatsächlich **schon wegen Diebstahls vorbestraft ist.**

Kohlenarbeiterstreiks.

Brüssel, 22. November. (B. H.) Im Bezirke Charleroi sind Streiks unter den Kohlenarbeitern ausgebrochen; etwa 1200 Arbeiter sind in den Ausstand getreten. In anderen Gruben drohen die Bergarbeiter ebenfalls mit Streik, falls nicht einige entlassene Arbeiter wieder eingestellt werden.

Verantw. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Inserate verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

123. Sitzung, Donnerstag, den 22. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Abänderung der Gewerbeordnung (kleiner Befähigungsnachweis für das Baugewerbe).

Die Kommission beantragt in mehreren Resolutionen, die verbündeten Regierungen um Gesetzentwürfe zur Einführung von Baukontrolleuren, zur Verpflichtung der Lehrlinge zum Besuch der Pflichtfortbildungsschule, zur Regelung der Lehrlingshaltung und um Verordnung zum Schutze der Bauarbeiter zu ersuchen.

Abg. **Trimborn** und Genossen (Z.) beantragen eine Resolution zur möglichst gleichmäßigen Durchführung eines obligatorischen gewerblichen Fortbildungsschulunterrichts.

Abg. **Bömelburg** und Genossen (Soz.) beantragen Aufnahme weitgehender Schutzbestimmungen für die Bauarbeiter (solidarische Verpflichtung der Bauunternehmer und Bauherren zur Lieferung und Unterhaltung von geeignetem Material und geeigneten Schutzvorrichtungen, Erlaß von Normalvorschriften für Sicherheitsvorrichtungen seitens des Reichsversicherungsamtes, Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande, die von den Arbeitern gewählt sind, in der Baupolizeibehörde.)

Preußischer Geheimrat Dr. **Münchgesang**: Ich muß der Auffassung entgegentreten, als ob es in Preußen mit dem Bauarbeiterschutz schlecht bestellt sei. Ich weise auf die zahlreichen Verordnungen hin, die in dieser Materie erlassen sind, für deren Durchführung auch Sorge getragen wird. Ueberall, wo eine stärkere Bautätigkeit Platz greift, sind auch Baukontrolleure von Aufsichtswegen angestellt, sowohl da, wo die Baupolizei in den Händen der städtischen Verwaltung, als da, wo sie in den Händen der Regierung liegt. Freilich halten wir **Arbeiter für solche Stellungen nicht für geeignet**; denn wir glauben nicht, daß Arbeiter die Aufgaben auf diesem Gebiete ausreichend erfüllen können; auch besteht die **Befürchtung, daß die Kluft zwischen Arbeitern und Arbeitgebern durch eine solche Einrichtung vertieft würde.** Die preußische Regierung steht daher dieser Forderung gegenüber auf einem ablehnenden Standpunkt. Auch bezüglich des Antrages des Abg. Bömelburg würden wir vom preußischen Standpunkte aus bedauern, wenn ihm Folge gegeben würde. Was neben den Unfallverhütungsvorschriften der Bauberufsgenossenschaften noch mit Normalvorschriften des Reichsversicherungsamtes bezweckt werden soll, ist nicht ersichtlich.

Abg. **Erzberger** (Z.): Die Erklärung des Staatssekretärs, welche die Einführung des kleinen Befähigungsnachweises in die Gewerbeordnung in Aussicht stellt, bedeutet einen erfreulichen Fortschritt. Unbedingt muß verlangt werden, daß die Großbetriebe, welche handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter beschäftigen, auch zu den Kosten der Handwerkerausbildung herangezogen werden. **Für uns im Zentrum sind Handwerkerschutz und Arbeiterschutz gleichbedeutend.** Auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes bestehen unleugbar noch gewaltige Mißstände. Unsere Forderungen gehen dahin, daß für das Reich einheitliche Bestimmungen erlassen und zu deren Durchführung Leute aus den Arbeiterkreisen zugezogen werden. Die Angliederung an die Gewerbeordnung wünschen wir schon deshalb, weil die Gewerbeinspektion eine bereits bestehende Institution ist. Mit der Zuziehung von Arbeitern zur Baukontrolle hat man in Bayern und Württemberg **sehr gute Erfahrungen gemacht.** Mein Fraktionsgenosse Euler, der sich gegen die Resolution der Kommission, welche diese Zuziehung fordert, erklärt hat, hat dabei vielleicht vergessen, daß er im Jahre 1903 einen ähnlichen **Zentrumsantrag mit unterschrieben** hat! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag der Sozialdemokraten ist uns zu spezialisiert und in seinen Konsequenzen nicht genügend überlegt. Ich bitte, dem Gesetzentwurf so wie er aus der Kommission an uns gelangt ist, die Zustimmung zu geben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Herbert** (Soz.):

Es ist dem preußischen Herrn Regierungsvertreter nicht gelungen, uns von der Vorzüglichkeit des preußischen Bauarbeiterschutzes zu überzeugen. Was durch unseren Antrag verlangt wird, ist in einzelnen süddeutschen Staaten nahezu vorhanden. Und wenn der Herr preußische Regierungsvertreter sich nur ein klein wenig Mühe gegeben hätte, um sich bei seinen süddeutschen Bundesratskollegen zu erkundigen, welche guten Erfahrungen dort mit diesen Bestimmungen gemacht sind, würde er zu seinen Aeußerungen vielleicht nicht gekommen sein. Preußen ist eben auch in bezug auf den Bauarbeiterschutz der rückständigste Staat in Deutschland. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Bundesratsvertreter ironisch ausführte, man könne doch nicht verlangen, daß in jedem ostpreußischen Dorfe ein staatlicher Baukontrolleur vorhanden sei, so hat das allerdings niemand verlangt, aber auch in großen Städten, wie z. B. der Provinzialhauptstadt Stettin gibt es nicht nur keinen staatlichen, sondern überhaupt keinen Baukontrolleur. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von einer Vergrößerung der Kluft zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, wie sie der Herr Regierungsvertreter als Folge der Arbeiterbaukontrolleure befürchtete, hat man in Süddeutschland nichts gehört. Die übrigen bureaukratischen Einwendungen des Herrn machten wenig Eindruck; so konnte nur einer vom grünen Tisch reden. Der Herr Regierungsvertreter meinte, was denn die Beamten treiben würden, wenn einmal die Bauarbeiter in der Stadt streikten; sie müßten dann ja spazieren gehen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nun, wenn ein Streik ist, können doch die Beamten nach anderen Bezirken gehen. Doch wenn man etwas nicht will, so macht man eben tausend Ausreden. Herr Erzberger hat ebensowenig stichhaltiges gegen unseren sehr wohl überlegten Antrag vorgebracht. Wenn Herr Erzberger meinte, das Handwerk wünsche einstimmig den kleinen Befähigungsnachweis, so ist das nicht richtig. Ich bin auch Handwerker, ich bin sogar von der Regierung als Mitglied der Meisterprüfungskommission ernannt worden. Ich kann feststellen, daß die Zahl der Meisterprüfungen erheblich nachgelassen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Handwerker kommen eben selbst mehr und mehr zurück von dem alten zünftlerischen Standpunkt. Die Herren Euler und Pauli erklärten zwar auch, sie seien nicht zünftlerisch, aber in der Tat sind ihre Forderungen doch zünftlerischer Natur; Sie können sich drehen und wenden, wie Sie wollen, der Zopf hängt immer hinten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Abg. Malkewitz von dem Grafen Posadowsky verlangt hat, er solle noch einmal Lokomotivführer der Handwerkerpolitik werden, so muß ich erklären: Wenn es in dieser Weise geschehen soll, so ist die Handwerkerpolitik auf ein falsches Gleise geraten, sowie der Lokomotivführer in der Sozialpolitik längst auf das tote Gleise geraten ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht sind ihm jedesmal bei seinen neuen Anregungen die Teckel seines kaiserlichen Herrn zwischen die Beine gelaufen. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht ist aus diesem Grunde die Aeußerung kolportiert worden: „Die Kompottschüssel ist voll“, ein Ausdruck, an den in diesen Tagen der Jubelfeier der großen Sozialpolitik zu erinnern wohl nicht überflüssig ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt hat sich die Regierung also dazu breitschlagen lassen, den kleinen Befähigungsnachweis zu gewähren. Aber wenn man den Herren dort den kleinen Finger reicht, so nehmen sie bald die ganze Hand. Die Regierung setzt sich jetzt mit dieser Nachgiebigkeit auf ein Rutschbrett, auf dem es kein Aufhalten gibt, bis man ganz im Sumpfe angekommen ist. Wir machen diesen Weg von Anfang an nicht mit und erklären uns gegen jeden Befähigungsnachweis. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Gesetz über die Meisterprüfung zustande käme, würden wohl manche der Herren, welche jetzt danach schreien, wie der Hirsch nach frischem Wasser, arg in Verlegenheit kommen. Herr Kollege Malkewitz, der ja Buchdruckereibesitzer ist, hat noch kein Verlangen danach gespürt, die Meisterprüfung abzulegen. (Heiterkeit links, Zurufe rechts.) Nun, meine Herren, ich bin schon über fünf Jahre Mitglied der Meisterprüfungskommission und es würde mir ein Vergnügen machen, Herrn Kollegen Malkewitz zu prüfen. (Heiterkeit links.) Aber wenn das Gesetz zustande kommt, müssen dann die älteren Meister und muß auch ich die Prüfung noch einmal ablegen, obwohl ich jetzt für fähig erachtet werde, in der Meisterprüfungskommission zu sitzen. (Heiterkeit) oder genügt für mich die allgemeine Anerkennung? Ich habe die Befürchtung, daß manchen der älteren Meister ein geheimes Grauen vor der Aussicht auf eine Meisterprüfung beschleicht.

Was wollen Sie überhaupt mit der Einrichtung des Befähigungsnachweises gegenüber der Entwickelung der großen Industrie? Auch wo die Maschinenarbeit nicht überwiegt, verschwindet der Kleinbetrieb, oder wollen Sie vielleicht einen Malermeister, der 25 bis 30 Leute beschäftigt, als einen Kleinmeister bezeichnen? In anderen Industrien dringt die Maschine mächtig vor. In der Schuhwarenindustie gibt es Maschinen, die so vorzügliche Stiefel liefern, wie es im Handbetrieb nicht möglich ist. In unsere Zeit der Entwickelung zum Großbetrieb paßt der Befähigungsnachweis ganz und gar nicht hinein. Würde heute jemand in Amerika den Befähigungsnachweis verlangen, so würde man vor Staunen auf den Rücken fallen. Will man für das Handwerk etwas tun, so soll man ihm seine Lasten erleichtern. Wir, die wir den Wuchertarif bekämpft haben, tun viel mehr für das Handwerk als Sie. Was dem Handwerk fehlt, ist eine gutzahlende Kundschaft. Die einzigen wahren Freunde des Handwerks sind wir auf der linken Seite des Hauses. (Lebhafter Beifall links.) Was dem Handwerk not tut, sind **gute Schulen.** Wie stellt sich die Regierung aber in bezug auf die Schulbildung? Als wir in Stettin den physikalischen Unterricht einführen wollten, und einen Lehrer dazu gefunden hatten, verweigerte uns die Regierung die Unterrichtsmittel. Unsere Volksschulen in den Städten leisten nicht viel, aber die Schulen auf dem Lande sind der reine Jammer. Bezeichnend hierfür ist ein Gespräch zwischen einem Lehrer in Hinterpommern und seinem Schulpatron. Nachdem der Lehrer erklärt hatte, daß unter dem heutigen Lehrerwechsel doch der Unterricht der Kinder leiden müßte, erwiderte der Schulpatron: „Ach was, die Kinder! Mir ist den Teufel was daran gelegen, ob die Kinder etwas lernen. Je weniger sie lernen, um so besser; arbeiten lernen sollen sie, zufrieden sein sollen sie, das bringen Sie ihnen bei. Die Schule ist überhaupt an dem sozialen Elend schuld, das lassen Sie sich gesagt sein.“ Und auf die Einwendungen des Lehrers sagte der Patron noch einmal: „Halten Sie die Jungen recht fleißig zum Dienen an, darauf kommt es an.“

Wir tragen durch Ausbreitung der Bildung zur Erhebung des Handwerks zur Industrie bei. Die Politik des Befähigungsnachweises dagegen ist eine Pfuschpolitik, die wir nicht mitmachen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Anträge verlangen Schutz gegen die Unfälle. Wenn Sie all den Jammer kennen würden, aus eigener Anschauung kennen würden, der dadurch hervorgerufen wird, so könnten Sie die Verantwortung nicht übernehmen, den Antrag Bömelburg abzulehnen. Aber Ihnen ist alles gleichgültig, was Ihnen nicht die Tasche füllt. **Auf die Arbeiter pfeifen Sie.** (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Dr. **Münchgesang**: Inwieweit die Fabrikbetriebe, welche handwerksmäßige Arbeiter beschäftigen, zu den Kosten der Handwerkskammern herangezogen werden sollen, darüber werden gegenwärtig auf Veranlassung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Erhebungen veranstaltet, deren Resultat zurzeit noch nicht vorliegt.

Abg. **Hilpert** (Bayer. Bauernbd.): Der vorliegenden Vorlage werden wir zustimmen. Was die Ausbildung der Lehrlinge betrifft, so halte ich die Ausbildung in der Werkstatt für die beste. Der Wunsch nach Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises wird nicht verschwinden, solange es ein Handwerk gibt.

Abg. **Malkewitz** (k.): Der Abg. Herbert hat seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß ich für die Einführung der Meisterprüfung eingetreten bin, obwohl ich selbst nicht geprüft sei. Dazu bin ich nicht verpflichtet und es hätte auch keinen Wert für mich. Wir wollen eben, daß mit der Ablegung der Meisterprüfung größere Rechte verknüpft werden, damit die Handwerker desto eher veranlaßt werden, sich derselben zu unterziehen. Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Gamp über die Handwerkerkammern und tritt im übrigen für die Vorlage ein.

Abg. **Pauli-Potsdam** (k.): Die Berufsgenossenschaften wirken energisch an der Verminderung der Unfallgefahren mit teilweise unter großem Kostenaufwand. Die Zuziehung von Arbeitern zur Baukontrolle halte ich wegen der mangelnden technischen Ausbildung der Arbeiter nicht für ratsam. Die Sozialdemokraten können niemals Freunde des Handwerks sein, weil sie je eher je lieber den Mittelstand beseitigen wollen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Parteikasse muß zuerst die Gelder haben, und keine Rücksicht wird dabei genommen, ob der Arbeiter dabei zugrunde geht. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum; Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): Ich habe ja selbst den staatlich approbierten Meistertitel aber ich kenne viele Angehörige meines Berufes, die den Titel auch führen und trotzdem als nicht besonders tüchtig gelten. Kein Examen schützt vor Dummheit. (Sehr wahr! Heiterkeit.) Der Kölner Handwerkskammertag selbst hat den allgemeinen Befähigungsnachweis endgültig abgelehnt; gerade die Handwerker selbst haben ihn dort so lächerlich gemacht, daß man glaubte, er wäre tot. Und nun soll dieser tote Leichnam wieder galvanisiert werden. (Heiterkeit.) Die Herren Agrarier, die vor allem den Befähigungsnachweis verlangen, haben in ihrem eigenen Berufe, der Landwirtschaft, fast ausnahmslos nicht den Befähigungsnachweis erbracht. Warum aber verlangen Sie (nach rechts) von anderen das, was Sie selbst nicht tun wollen? (Sehr gut! links.) Auch die Handwerker selbst wissen zum Teil recht gut, daß Prüfungen ihnen nicht helfen können. Viel wichtiger ist ein guter Fortbildungsunterricht. Aber Deutschland ist in der Welt nur voran, wenn es nach rückwärts geht. (Beifall bei der Freisinnigen Vereinigung.)

Abg. **Ehrhart** (Soz.):

Herr Erzberger stellte es so dar, als wenn das, was in Bayern an Bauarbeiterschutz erreicht ist, auf Anregung des Zentrums zustande gekommen wäre. In der Tat aber haben in früheren Jahren die Herren vom Zentrum unter Führung des Abg. Dr. Daller unsere Anträge auf Einführung einer ausreichenden Kontrolle stets wegen der angeblich zu hohen Kosten abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dies geschah noch 1898, und damals haben sich meines Wissens auch die Liberalen gegen unseren Antrag erklärt. Also keine dieser Parteien darf sich rühmen mit dem, was Gutes aus Bayern kommt. Mittlerweile hat sich dann das Zentrum gebessert und den beständigen Anregungen der Sozialdemokraten schließlich Folge gegeben. Ich habe das nicht richtig stellen wollen, um etwa für uns Lorbeeren einzuheimsen — wir geizen nicht nach solchen —, sondern weil Herr Erzberger es so hinstellte, als wenn das Zentrum den guten Bauarbeiterschutz in Bayern herbeigeführt hätte. In zwei Jahren sagt er vielleicht schon, die Sozialdemokraten waren dagegen, und das Zentrum allein hätte das gemacht. (Heiterkeit.) Deshalb wollte ich das nur richtigstellen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Was ich neulich getan habe, will ich nicht wieder tun. Ich habe nämlich ein Gesetz angekündigt, das dem Hause noch nicht vorliegt, und die Folge davon ist gewesen, daß eine Generaldebatte über dieses noch nicht vorliegende Gesetz entstanden ist. Um nun nicht ein ungünstiges Vorurteil gegen dieses noch nicht vorliegende Gesetz in der öffentlichen Meinung aufkommen zu lassen, möchte ich einiges erwidern. Der Abg. Gothein hat ein großes Wort ausgesprochen, von dem ich wünsche, daß es ein geflügeltes Wort wird: „Ein Examen schützt nicht vor Dummheit.“ (Schallende Heiterkeit.) Das ist unzweifelhaft richtig. Aber trotzdem wird wohl auch Herr Gothein auf dem Gebiete der Staatsverwaltung und der Jurisprudenz das Examen nicht abschaffen wollen; denn es gibt die Gewähr eines Mindestmaßes von Wissen, und ohne dasselbe würde dem Nepotismus und der Begünstigung durch Hintertüren Tür und Tor geöffnet. Auch auf dem Gebiete des Handwerks kann jemand den Meistertitel erworben haben und doch ein Pfuscher sein. (Sehr richtig!) Das angekündigte Gesetz soll nur verhindern, daß jemand den Meistertitel führt, der eine Prüfung nicht abgelegt hat. Aber auch jeder andere soll die Tätigkeit als Handwerker ausüben und eine Kundschaft erwerben können. Eingewandt ist ferner, daß die Erwerbung des Meistertitels für einen Koch zum Beispiel, der später etwa Schornsteinfegermeister wird, die Befähigung nicht nachweist. Solche Ausnahmen spielen der Regel gegenüber keine Rolle. Gewiß ist es in der Weltgeschichte schon einmal vorgekommen, daß ein Koch Schornsteinfegermeister geworden ist und umgekehrt; aber Bedeutung für die Weltgeschichte hat das nicht gehabt. (Große Heiterkeit.)

Uebersehen Sie doch auch nicht, daß nach dem angekündigten Gesetzentwurfe die fachliche Ausbildung dieselbe bleibt. Auch jetzt muß jemand, der Lehrlinge ausbilden will, das Gewerbe fünf Jahre ausgeübt oder er muß die Gesellenprüfung abgelegt haben. Nun soll dazu kommen, daß er den Meistertitel hat, also einmal eine ordentliche Schule genossen hat. Die Sehnsucht nach korporativem Wesen liegt tief im Blute des deutschen Volkes. In der Zeit des theoretischen Liberalismus hat man versucht, alle Korporationen zu zerstören. Aber die Sehnsucht danach kehrt immer wieder, wie es gerade auch die Arbeiterbewegung aufs deutlichste beweist. Auch die Handwerker haben den Wunsch, sich korporativ zusammen zu tun, um ein korporatives Standesbewußtsein zu entwickeln. Diesem berechtigten Wunsche trägt der angekündigte Gesetzentwurf Rechnung. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Damit schließt die Diskussion.

Ueber das Schlußwort des Berichterstatters, des Abg. Burckhardt (Wirtsch. Vg.) entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. **Singer** (Soz.) stellt fest, daß der Berichterstatter das Schlußwort dazu mißbraucht habe, um in längeren Ausführungen seine persönliche Ansicht über die Anträge Bömelburg darzulegen.

Abg. **Burckhardt** beruft sich darauf, daß diese Anträge im schriftlichen Kommissionsberichte erwähnt seien und daß er die Ansicht der Majorität zu vertreten habe.

Abg. **Singer** (Soz.): Wenn die Anträge Bömelburg auch in der Kommission vorgelegen haben, so hat doch der Herr Berichterstatter sie in seinem Berichte über die Kommissionsverhandlungen nicht erwähnt, sondern er hat, wie ich wiederholen muß, sein Schlußwort dazu mißbraucht, um nach stattgehabter Diskussion gegen diese Anträge von sich aus zu polemisieren.

Hierauf werden die Art. 1 und 2 der Vorlage unter Ablehnung der Anträge Bömelburg angenommen.

Es folgt Artikel 2a.

Diesen Artikel beantragen Bömelburg u. Gen. (Soz.) zu streichen.

Abg. **Pachnicke** (frs. Vg.): Mit diesem Artikel wollen Sie das Baugewerbe der schrankenlosen Willkür der Polizei preisgeben und es auf eine Stufe stellen mit den Trödelhändlern, Händlern mit Sprengstoffen, mit Lotterielosen, Heiratsvermittlern, Winkelkonsulenten u. dergl., die einer gewissen polizeilichen Kontrolle unterliegen. Der Artikel soll ein Pflaster sein für diejenigen, welche den Befähigungsnachweis haben wollen und ihn nicht erhalten.

Abg. **Erzberger** (Z.): Der Artikel ist nur formell neu, inhaltlich war er bereits in der Regierungsvorlage enthalten. Persönlich stimme ich seiner Streichung zu, da seine Aufrechterhaltung zu großen polizeilichen Schikanen führen kann.

Bei der Abstimmung erhebt sich für die Aufrechterhaltung des Artikel 2a nur der Abg. **Pauli-Potsdam** (k.) (Große Heiterkeit.) Der Artikel 2a ist abgelehnt.

Artikel 3 wird angenommen.

Zu Artikel 4 begründet

Abg. **Erzberger** (Z.) einen Antrag **Trimborn und Genossen**: Für den Einspruch gegen die Untersagung einer Bauausführung oder Bauleitung eine Frist zu bestimmen.

Artikel 4 wird mit diesem Amendement angenommen.

Es folgt Artikel 5.

Abg. **Wiemer** (frs. Vp.): Meine Freunde werden der Resolution 3, welche um einen Gesetzentwurf ersucht, der die Lehrlingshaltung an den Meistertitel knüpfen will, nicht zustimmen.

Abg. **Erzberger** (Z.) beantragt, Art. 5 zu fassen: „Dieses Gesetz tritt am 1. April 1907 in Kraft“, weil dann eine neue Bauperiode eintrete.

Artikel 5 wird in dieser Fassung angenommen.

Zu Resolution 1a (Forderung von Baukontrolleuren) beantragt Abg. **Gamp** (Rp.) die Worte „gewählte Vertreter der Arbeiter“ zu streichen.

Dieser Antrag wird abgelehnt, die Resolution wird angenommen.

Resolution 1b (Forderung von Arbeiterschutzbestimmungen) wird angenommen.

Bei Resolution 2 (Forderung eines Gesetzentwurfs zur Pflichtfortbildungsschule) ist die Abstimmung zweifelhaft. Die Linke und Nationalliberale stimmen dafür, Rechte und Zentrum dagegen. Der Hammelsprung ergibt Ablehnung der Resolution mit 130 gegen 126 Stimmen.

Die Resolution Trimborn und Genossen (Z.) (die Regierungen sollen sich über die Durchführung der Pflichtfortbildungsschule verständigen) wird angenommen.

Resolution 3 (Forderung, die Berechtigung zur Lehrlingshaltung an den Meistertitel zu binden) wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über das

Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie.

Die §§ 1, 2 und 2a werden gemeinsam beraten.

Die Paragraphen lauten in der Kommissionsfassung:

§ 1. Die Urheber von Werken der bildenden Künste und der Photographie werden nach Maßgabe dieses Gesetzes geschützt.

§ 2. Die Erzeugnisse des Kunstgewerbes sowie Entwürfe dazu gehören zu den Werken der bildenden Künste. Das gleiche gilt von Bauwerken, soweit sie künstlerische Zwecke verfolgen.

§ 2a. Als Werke der Photographie gelten auch durch ein der Photographie ähnliches Verfahren hergestellte Werke.

Abg. **Hennig** (k.): Meine Freunde sind im großen und ganzen mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden. Wir erkennen die Schwierigkeiten an, die es macht, so flüssige Begriffe, wie sie auf dem Gebiete der Kunst in Betracht kommen, in juristische Formeln zu kleiden. Ich bitte Sie, diese Paragraphen möglichst einstimmig anzunehmen. (Bravo!)

Abg. **Itschert** (Z.) erklärt das Einverständnis seiner Fraktion mit den Beschlüssen der Kommission.

Abg. **Fischer-Sachsen** (Soz.):

Es sind keinerlei Abänderungsanträge im Plenum zu diesen Paragraphen gestellt worden, obwohl sich in der Kommission die ganze Debatte hauptsächlich um diese Paragraphen gedreht hat. In der Kommission war die Uebereinstimmung nicht so groß wie hier, und die Zustimmung der einzelnen Parteien im Plenum geht doch wohl von verschiedenen Anschauungen aus. Ich stimme diesen Para-

graphen nicht nur aus Zweckmäßigkeitsgründen zu, sondern auch weil ich in ihnen einen Fortschritt sehe in den Anschauungen über Kunst. Das, was William Morris seit Jahrzehnten vertreten hat, daß zwischen Kunst und Handwerk keine prinzipielle Scheidewand bestehen dürfe, kommt hier zum Ausdruck. Jeder ist ein Künstler, der es versteht, sein persönliches künstlerisches Empfinden in seine Arbeit hineinzulegen, oder wie der berühmte englische Künstler Walter Crane sagt: „Ob jemand den Meißel führt, den Hammer oder den Pinsel, ob er an der Hobelbank oder auf dem Gerüst steht, wenn er in seiner Arbeit lebt und das Geschick besitzt, etwas Schönes hervorzubringen, dann ist er ein Künstler im wahren Sinne des Wortes." Da diese Auffassung in dem Gesetzentwurf zum Ausdruck kommt, erklärt es sich, daß die Allgemeine Deutsche Kunstgenossenschaft, die auf dem alten zünftlerischen Standpunkt steht, in dem Gesetz eine Herabwürdigung der Kunst sieht, weil Photographien und auch das Kunstgewerbe darin aufgenommen sind. Würde ihrer Anregung, statt dessen „angewandte Kunst" zu sagen, stattgegeben, so würde der ganze Fortschritt dieses Gesetzes wieder aufgehoben, und die Scheidewand zwischen Kunst und Handwerk würde bestehen bleiben. Es ist nicht richtig, was die Kunstgenossenschaft sagt, daß die Photographie auch in ihren besten Leistungen niemals eine original-geistige Schöpfung sei, sondern stets nur vorhandenes Kunstwerk reproduziere. Wer die Ausstellung von Photographien in der Wandelhalle des Reichstages seinerzeit gesehen hat, der muß zugeben, daß es in der Tat Photographien gibt, die man als Kunstwerke bezeichnen kann. Auch der Photograph, der derartige Aufnahmen macht, muß künstlerisches Empfinden haben und es in seine Arbeit hineinlegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Widerstand des „Kunstwart", der von dem Standpunkt derjenigen ausgeht, die die Kunstwerke unter dem Volke verbreiten wollen, richtete sich eigentlich gegen etwas ganz anderes, was mit dem Gesetzentwurf gar nichts zu tun hat. Der „Kunstwart" meinte, daß jetzt eine Reihe von photographischen Gesellschaften in den Museen ein Monopol habe; andere Unternehmungen werden nicht zugelassen, wir müssen daher die Photographien teuer bezahlen. Dieser Protest hätte angebracht werden müssen bei den Direktionen der Museen oder bei dem Landtag, der die Aufsicht über sie hat. Man kann aber unmöglich zulassen, daß jedes Kunstwerk ohne weiteres photographisch verbreitet werden darf, ebensowenig wie literarische Erzeugnisse — wenn auch ihre Verbreitung zur Volksaufklärung sehr erwünscht wäre; denn sonst würde jeder Urheberschutz aufhören.

Es gibt auch eine Reihe von Photographien, deren Aufnahme große Kosten verursacht, z. B. wissenschaftliche Photographien und Aufnahmen in entlegenen Ländern. Wir können nicht zulassen, daß solche Aufnahmen von jedem nachgemacht werden. Deswegen stimmen wir dem § 1 zu. Ebenso ist es unangebracht, im § 2 nach dem Wunsche der deutschen Künstlergenossenschaft „Kunst" statt „Kunstgewerbe" zu setzen; deswegen werden wir auch für den § 2 in der Fassung der Kommission stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Dove** (frs. Vg.): Die deutsche Künstlergenossenschaft verwahrt sich dagegen, daß die Photographie mit der Kunst in einem Gesetze behandelt wird. Wenn sie behauptet, dies sei der Kunst unwürdig, so stimme ich mit der Zurückweisung dieser Anschauung mit dem Vorredner ein.

Abg. **Lattmann** (Wirtsch. Vg.): Auch wir halten die Zusammenfassung der Werke der bildenden Künste und der Photographie für zweckmäßig und werden den §§ 1 und 2 zustimmen.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (frs. Vp.): Die Künstler behaupten mit Unrecht, daß es sich im Gesetz um eine Gleichstellung der Photographie mit Werken der bildenden Kunst handelt; es handelt sich vielmehr lediglich um die Verbindung zweier gesetzgeberischen Materien aus technischen Gründen.

Geheimrat **Robolski**: Ich kann bestätigen, daß die Verbindung der Photographie mit den Werken der bildenden Künste nur aus praktischen Zwecken erfolgt ist.

Die §§ 1, 2, 2a werden angenommen.

Es folgt § 3.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (als Referent): Im § 1 des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an literarischen Werken werden Urheber von solchen Nachbildungen wissenschaftlicher oder technischer Art geschützt, welche nicht ihren Hauptzwecke nach Kunstwerke sind. Das deckt sich mit dem § 3 des vorliegenden Gesetzes nicht völlig. Ich möchte den Regierungsvertreter um Auskunft bitten, ob ein Rückschluß von jenem Gesetz auf dieses zulässig ist. Das würde den § 2 illusorisch machen.

Geheimrat **Robolski**: Ein solcher Rückschluß ist nicht zulässig.

§ 3 wird angenommen.

Die §§ 4—23 (Abschnitt I und II des Gesetzentwurfs) werden, (fast sämtlich debattelos resp. nach unwesentlicher Debatte) angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung. **Erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die gewerblichen Berufsvereine.**

Schluß 6½ Uhr.

Die russische Revolution.

Das amerikanische Syndikat in Sibirien.

Herr Lolque de Lobelle ist ein edler Franzose von altem aristokratischem Geschlecht, vielleicht ein Nachkomme der Kreuzfahrer. Er will Rußland eine Eisenbahn in Ostsibirien schenken und der russischen Regierung eine große Summe in barem Gelde zahlen. Einen Teil dieser Summe, etwa 200 Millionen Rubel, soll die russische Regierung von ihm jetzt bald pränumerando erhalten. Es ist dies keine Anleihe, sondern ein Konzessions- und Pachtvertrag, und Monsieur de Lobelle glaubt dessen sicher zu sein, daß seine auf diesen Vertrag gegründeten Rechte auch von einer neuen russischen Regierung nicht bezweifelt werden können. Lobelle verpflichtet sich, ohne eine Garantie seitens der russischen Regierung zu verlangen, eine Eisenbahn zu bauen, die an einer Station der jetzigen sibirischen Bahn, höchst wahrscheinlich von Kansk (zwischen Krassnojarsk und Irkutsk) ihren Anfang nehmen und über Jakutsk bis zum östlichen Ende Sibiriens, bis zur Beringstraße, geleitet werden soll; er verpflichtet sich, einen Tunnel unter der Beringstraße durchzuführen und seine Eisenbahnlinie mit den amerikanischen Eisenbahnen zu verbinden! —

Eine Eisenbahn durch die ostsibirischen Polareinöden, die ja hauptsächlich von verschickten Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären bewohnt werden, durchzuführen und einen Tunnel unter der Beringstraße durchzustechen, das wird sehr viel Geld kosten. — —

Welche Bedingungen stellt nun Monsieur de Lobelle seinerseits? Für die Dauer der Konzession, d. h. für 90 Jahre, wird ihm das Territorium zu beiden Seiten der Bahn in einer Breite von je 12 Werst (über 12 Kilometer) auf jeder Seite zu seiner Verfügung abgetreten mit dem Recht der Exploitation der Oberfläche des Konzessionsgebietes sowie auch der im Schoße der Erde ruhenden Schätze!!!

Lolque de Lobelle ist selbstverständlich ein Strohmann. Er vertritt ein Syndikat amerikanischer Millionäre. Es ist festgestellt worden, daß das projektierte Konzessionsgebiet unermeßliche Reichtümer an Gold enthält! Als die russische Regierung verlangte, daß der Bau der Eisenbahn von ihrem westlichen Ende, von der an der Sibirischen Bahn gelegenen Ausgangsstation an, beginnen solle, lehnte Monsieur de Lollelle dies ab. Das Syndikat wollte den Bau von der Beringstraße beginnen, und man kam endlich überein, daß der Bau von beiden Enden gleichzeitig in Angriff genommen werden soll.

Wie weit das Syndikat in bezug auf den westlichen Teil der Eisenbahn seinen Verpflichtungen nachkommen wird, ist fraglich. Den Amerikanern kommt es nur auf die Goldschätze und die Kommunikation zu diesen an. Die amerikanischen Millionäre werden unermeßliche Reichtümer erbeuten, der russischen Regierung eine schöne Geldunterstützung gewähren und dem russischen Reiche eine für dieses ganz unnötige Eisenbahn geben, die nur für den Transport der Goldausbeute an ihre amerikanischen Eigentümer von Wichtigkeit sein wird. („Towarisch" vom 15. November.)

In St. Petersburg wimmelt's jetzt von großen und kleinen de Lobelles. Der eine verlangt eine Eisenbahnkonzession (immer nebst Territorium), der andere Fischereien, der dritte staatliche Bergwerke. . . . „Wo Aas ist, da sammeln sich die Geier."

Die klugen Herren machen ihre Rechnung ohne den Wirt! Sie vergessen, daß es dem russischen Volke wenn mit irgend einem, so mit dem Vorsatze bitter ernst ist, nach Niederzwingung des Zarismus alle von der jetzigen Regierung unter Ignorierung der Volksvertretung abgeschlossenen Konzessions-, Pacht-, Kaufverträge für null und nichtig zu erklären. Jene Pächter oder Käufer der Naturschätze Rußlands stecken also Geld in eine verfehlte Spekulation. Denn von ihrem Gelde werden diese Spekulanten — dafür wird das erwachte russische Volk sorgen — keinen Heller wiedersehen.

Stolypins Wahlvorbereitungen.

Zu den unzähligen Maßregeln zur Fernhaltung der proletarischen und bäuerlichen Massen von den Wahlurnen ist am 16. November eine neue hinzugekommen. Stolypin schreibt — selbstverständlich geheim — den Herren Gouverneuren vor: den Landschaftsvorstehern (Semskie-Natschalniki) einzuschärfen, daß dieselben beileibe keine Abweichungen von den „Senatserläuterungen" in den Dörfern zulassen dürfen. Was eine solche „Einschärfung" für die ohnedies schon schneidigen Kreispolizeihauptleute bedeutet, das wird man erst später genügend würdigen können.

Vorläufig bringen die russischen Blätter Zahlen über die Wirkung des Wahlrechtsraubes in einzelnen Gouvernements: Im Kreise Tschernigow des gleichnamigen Gouvernements zum Beispiel ist die Zahl der wahlberechtigten Kleinbauern von 12 000 auf 6000 gefallen! Im Kreise Melitopol haben etwa 30 Prozent das Wahlrecht verloren, im Gouvernement Kowno etwa 20 Prozent. Im Kreise Poltawa hat nur ein Siebentel der früheren Wähler und Wahlmänner das Wahlrecht. Im Kreise Uman sind von den früheren 4777 Kleinbauern nur 700 in die Wählerlisten eingetragen usw.

Neue Gärungen.

Durch kaiserlichen Ukas wurde das Kubangebiet im Kaukasus in den Kriegszustand erklärt.

Keine Juden-Emanzipation!

Petersburg, 22. November. (Von einem Privatkorrespondenten.) Der Agitation des Verbandes russischer Leute gegen die Erweiterung der Rechte der Juden schließt sich nun auch, wie heute aus Kiew gedrahtet wird, der Verband der Rechtsordnung an. Sowohl dem Kaiser wie auch Stolypin gehen zahlreiche Telegramme von Mitgliedern des Verbandes russischer Leute zu, welche nahelegen, die Rechte der Juden nicht zu erweitern. An Stolypin wurde gedrahtet, daß eine Erweiterung der Rechte der Juden die Mitglieder des letztgenannten Verbandes zu Verbrechen treiben würde.

Zur Gaponiade.

Ueber Gapon, der laut Nachrichten der reaktionären Presse seinerzeit „auf Beschluß sozialdemokratischer Organisationen ermordet wurde", scheinen die Akten noch nicht abgeschlossen zu sein. Nach der „Sfewodnja" sollen in Bälde sensationelle Enthüllungen in dieser Sache zu erwarten sein. — Der Untersuchungsrichter Saizen soll bereits ein gewaltiges Material bezüglich der Ermordung und der politischen Rolle Gapons gesammelt haben. Außer dem Untersuchungsrichter wäre nur noch eine Persönlichkeit in das Geheimnis der „Gaponiade" eingeweiht, und zwar der Anwalt Kwaschin-Samarin.

Das obengenannte Blatt schreibt wörtlich: „Dieser Mann könnte der russischen Gesellschaft schon jetzt die Augen über vieles öffnen, aber er ist durch das Gesetz zum Schweigen verpflichtet. „Glauben Sie mir", so äußert er sich, „Gapon hat in der russischen Geschichte eine Rolle gespielt, die tausendmal größer ist, als die, welche ihm die öffentliche Meinung zuschreibt. Diese Rolle ist tief geheimnisvoll, eng verknüpft mit Leuten, deren tönende Namen bisher noch nicht mit dem Namen des sagenhaften Helden vom 9./22. Januar in Zusammenhang gebracht worden sind. Die ganze russische Gesellschaft wird erstaunt sein, wenn sie hören wird, daß Gapon am Vorabend des 17./30. Oktober 1905, als man ihn für ermordet oder geflohen hielt, in Petersburg war und daß er damals eine komplizierte politische Rolle spielte, eine vielleicht noch kompliziertere als am 9./22. Januar. Durch die Untersuchung wird eine weitverzweigte politische Intrige aufgedeckt werden."

Herr Kwaschin-Samarin deutet ferner an, daß in diese Intrigue auch auswärtige Mächte verwickelt seien! —

Also zu der Enthüllung Ruussows und Lopuschins über die Tätigkeit der Nebenregierung will auch Herr Kwaschin-Samarin etwas beitragen — —

Die Hamburger Polizei auf der Anklagebank.

Hamburg, 22. November.

Dritter Verhandlungstag.

(Telegraphischer Bericht.)

Aus der Zeugenvernehmung am Abend des zweiten Sitzungstages ist noch nachzutragen, daß noch eine ganze Reihe Schutzleute über die Vorgänge vom Abend des „roten Mittwoch" vernommen wurden. Sie schildern übereinstimmend die Situation in dem berüchtigten „Abbruzzenviertel" Hamburgs, in der Niedernstraße, am Schopenstehl usw. als sehr bedrohlich. Die Beamten seien mit Steinen und anderen Wurfgeschossen bombardiert worden, vor dem

Restaurant von Lunau an der Niedernstraße

sei eine ganze Masse von Tumultuanten zusammengeballt gewesen, die eine bedrohliche Haltung annahmen. Aus dem Restaurant seien **fortwährend Wurfgeschosse auf die Schutzleute** geworfen worden. Auch als sie das Lokal schon gestürmt hatten, habe man **von den hinteren Tischen her mit Gläsern, Untersätzen** auf sie geworfen.

Gastwirt Lunau tritt diesen Aussagen entschieden entgegen. Er sagt: Wenn das geschehen wäre, hätte ich es sehen müssen. Es hätten dann auch die Scherben nicht bloß um die Tische herum, sondern auch im Gange vor dem Schanktisch liegen müssen.

Die Beamten halten ihre Aussagen aufrecht.

Zeuge Zigarrenhändler Höhninger: Er liefere an Lunau Zigarren und sei an jenem Abend als Gast im Restaurant gewesen. Er saß ganz in der Nähe der Tür und **nahm nichts davon wahr, daß aus dem Lokal geworfen wurde.** Als die Polizisten mit geschwungenem Säbel hineinstürmten, sprang er sofort auf, habe aber trotzdem 5 Hiebe **über Kopf und Hände erhalten.** Ein Hieb sei so wuchtig gewesen, daß er

einen Schlüssel,

den Zeuge in der Seitentasche trug, **durchgeschlagen** habe. (Der Zeuge überreicht dem Gericht die Schlüsselstücke.) Eine Aufforderung, das Lokal zu verlassen, hat Zeuge nicht vernommen.

Verteidiger Dr. Gaenßler wünscht, daß die am Vormittag zum Fall des infolge eines Säbelhiebes verstorbenen Arbeiters Wittmann vernommene Frau Reindel aus München auch noch über ihre Beobachtungen in der Apotheke in der Klosterstraße befragt werde, wohin man den blutüberströmten Wittmann gebracht hatte. Frau Reindel gibt an: In der Apotheke **warteten schon mehrere Personen, die von einem Arzt** verbunden wurden. Es wurde gesagt, daß 23 Personen in dieser Weise dort behandelt worden wären. **Einem 10jährigen Knaben waren 4 Finger an der rechten Hand fast ganz** durchgeschlagen. **Auch noch ein anderer Knabe war unter den Verletzten.** Dann brachte man eine halb bewußtlose Dame an, die sagte, daß sie fremd und ahnungslos vom Klostertor hergekommen sei.

Heute früh wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Es wird zunächst auf den

Fall Lavy

eingegangen. Kaufmann Paul Lavy, Sohn des Bürgerschaftsmitgliedes Lavy, kam etwa um ¾12 Uhr aus einem Café am Jungfernstieg und ging, da die Bergstraße abgesperrt war, durch das Alstertor nach dem Fischmarkt. Auf dem Fischmarkt standen 40 bis 50 Schutzleute in Reihen aufmarschiert. Publikum war kaum zu sehen. Die Gesellschaft, in der sich der Zeuge befand, löste sich in kleinere Trupps auf, um nicht als Tumultuanten angesehen zu werden. Der Zeuge fährt wörtlich fort: Ich ging mit einem Freunde durch die Reichstraße, in der wir etwa 7 bis 8 Leute gehen sahen. Plötzlich hörte ich, wie ein Mann, der hinter mir auf der anderen Straßenseite ging, von einem Schutzmann bedroht und geschlagen wurde. Gleich darauf war auch ein berittener Schutzmann neben mir und sagte: „Du bist wohl auch so einer!" Damit schlug er gleich mit dem Säbel auf mich los. — Vors.: Wohin? — Zeuge: **Ueberall hin, auf den Kopf, den Rücken und die Hände.** Sofort stürzten **6 bis 8 Schutzleute zu Fuß auf mich los und alle schlugen auf mich ein, wohin sie trafen.** — Vors.: Haben Sie denn den Beamten keine Aufklärung geben können? — Zeuge: Dazu kam ich gar nicht. Die Schutzleute liefen immer hinter mir her und ich rettete mich in eine Wirtschaft in der Reichstraße. Ein Schutzmann verfolgte mich aber auch dahin **und schlug weiter auf mich los,** so daß ich wieder heraus mußte. Draußen wurde ich von Schutzleuten mit Schlägen traktiert, ein Schutzmann gab mir **mehrere Faustschläge ins Gesicht.** — Vors.: Waren im Lokal **viel Gäste?** — Zeuge: Ich glaube **zwei.** — Vors.: Wie verhielten sich diese? — Zeuge: Sie blieben ganz ruhig. Ich mußte machen, daß ich herauskam. Ich lief nach dem Klostertor, ein berittener Schutzmann galoppierte hinter mir her und schlug weiter auf mich los. Erst am Ende der Straße ließ man von mir ab. Meine Freunde traf ich hier und ging mit ihnen nach der Raboisewache, wo ich mich verbinden ließ. — Vors.: Wieviel Schläge mögen Sie erhalten haben? — Zeuge: Es wurde **ununterbrochen auf mich losgeschlagen,** wobei ich an den Händen und am Kopf Schnittwunden erhielt. Ich habe 6 bis 8 Pflaster auf den Kopf erhalten.

Der Staatsanwalt glaubt, daß die jungen Leute sich wohl aus Neugierde dorthin begeben hätten. — Zeuge gibt zögernd zu, daß er nach der Schützenstraße wollte. (Heiterkeit.) Die Schützenstraße ist eine Bordellstraße.) — Staatsanwalt: Wieviel Wein und Schnaps hatten Sie wohl etwa getrunken? — Zeuge: Sehr wenig Alkohol, ich war **vollkommen nüchtern.** — Verteidiger: Haben Sie nicht am Klostertor einen Schutzmann nach der Polizeiwache gefragt und von diesem eine merkwürdige Antwort erhalten? — Zeuge: Ja, es stand ein einzelner Schutzmann da, den fragte ich nach der nächsten Polizeiwache. Er hatte eine Zigarre im Munde und gab zunächst keine Antwort; nachher rief er: „Auf dem Mondel" (Heiterkeit.)

Der Vater des Zeugen Lavy, Bürgerschaftsmitglied Lavy gehört der rechten Seite der Hamburger Bürgerschaft an. Er hat **für die Wahlrechtsänderung** gestimmt. Er bekundet: Sein Sohn hatte am nächsten Morgen an beiden Händen und am Kopfe Pflaster. Ich sagte zuerst: Das ist Dir ganz recht geschehen, weshalb bist Du dahin gegangen. Als er aber sagte, daß er mit seinen Freunden ruhig die Reichstraße entlang gegangen sei, ersuchte ich ihn, alles niederzuschreiben und bei der Wahrheit zu bleiben. Den Bericht schickte ich mit einem Anschreiben an den zuständigen Senator.

Der Verteidiger beantragt hierauf den im Zuhörerraum befindlichen Freund des jungen Lavy, Kaufmann Kords, zu laden. Er wird sofort vernommen. Er bekundet, daß er mehrere Schläge mit der flachen Klinge über den Rücken bekommen und sich dann in die Straßenbahn gerettet habe. — Ein Beisitzer: Ist es vielleicht auf der Straße laut gewesen oder haben Sie vielleicht gelärmt? — Zeuge: Nein, wir gingen ganz ruhig unseres Weges. — Polizeihauptmann Riemann war auf der Wache als der junge Lavy zum Verbinden kam. Er war sehr aufgeregt und wurde von dem Wachtmeister verbunden. Die Verletzungen waren nur geringfügig. Soweit ich mich erinnere, sagte einer seiner Freunde: Das geschieht Dir ganz recht, ich habe Dich doch gewarnt, hinzugehen. — Zeuge Lavy erinnert sich der Aeußerung nicht. — Polizeidirektor Roscher bekundet, daß ihm die Eingabe des Bürgerschaftsmitgliedes überreicht worden sei. — Auf Veranlassung der Verteidigung wird die Eingabe und der dazu gehörige Bericht zum Beweise dafür, daß sie in sehr ruhiger und sachlicher Form gehalten sind, verlesen. In dem Anschreiben schreibt Lavy sen.: „Wenn die Polizei in solcher Weise vorgeht, darf man sich nicht wundern, daß in gut bürgerlich gesinnten Kreisen Erbitterung Platz greift." — Polizeidirektor Roscher bekundet, er habe sich nicht ermitteln lassen, welcher Schutzmann den Lavy verletzt habe.

Vert. Gaenßler wünscht zu wissen, in welcher Weise die

Recherchen über die Beschwerde

des alten Lavy angestellt wurden. — Polizeimajor Diestfeld: Es wurde sämtlichen Beamten die Frage vorgelegt, **wer sich erinnere, daß ein junger Mann mißhandelt worden sei.** Die Antwort lautete verneinend. — Vert.: Auf diese Weise kann wohl kaum etwas herauskommen. — Zeuge Lavy jun. erklärt auf Befragen, daß er **weder vorgeladen, noch einem Schutzmann gegenübergestellt** worden sei. — Es wäre vielleicht möglich gewesen, daß er gleich damals wenigstens den Schutzmann, der ihm die Faustschläge versetzt hatte, wiedererkannt hätte. Heute sei das unmöglich. Vert.: Nachdem der Zeuge Polizeimajor Diestfeld erklärt hat, daß er das Verhalten seiner Beamten für korrekt halte, möchte ich ihn fragen, ob sich das auch auf den Fall Lavy bezieht? — Zeuge: Ich bin der Ansicht, daß Herr Lavy sehr unvorsichtig handelte, weil er aus Neugierde dorthin ging. — Vert.: Das ist eine Kritik an dem Verhalten des Herrn Lavy; meine Frage bezweckt etwas anderes. — Zeuge: Ich führe dies nur an, um nachzuweisen,

daß meine Beamten richtig gehandelt

haben. Herr Lavy hat sich in Gefahr begeben, meine Beamten waren **beim Aufräumen und da wurde er mit aufgeräumt.** (Heiterkeit.) — Vert.: Halten Sie es denn für richtig, das beim Aufräumen und Weitertreiben der Leute einzelne Passanten mißhandelt werden? Gehört denn zu Aufräumen auch **das Austeilen von Faustschlägen?** — Zeuge: **Gewiß!** (Lachen im Publikum.) — Vert.: Sie glauben also, daß die Beamten beim Säubern der Straßen vollkommen korrekt vorgegangen sind? — Zeuge: Das habe ich nicht gesagt, ich habe nur sagen wollen, daß ich es mir erklären kann, daß Herr Lavy als Unschuldiger, ohne daß die Beamten unkorrekt gehandelt haben, Prügel bekam.

Polizeihauptmann Riemann erklärt es für absolut unmöglich, daß auf dem Rathausmarkt von den Schutzleuten in die Massen hinein galoppiert worden sei. Man habe die Leute immer aufgefordert, wegzugehen und sie dann zurückgedrängt.

Es wird dann ein Brief des Besitzers der Apotheke in der Klosterstraße verlesen, worin dieser erklärt, in seiner Apotheke sei ein Minderjähriger nicht verbunden worden.

Assekuranzbeamter Witter, ein Freund des jungen Lavy, bekundet, daß er mit anderen jungen Leuten weggelaufen sei, als er die Schutzmannskavallade anrücken sah. Ihnen sei nichts passiert. Auf der Wache sagte der Leutnant: Weshalb gehen Sie dorthin? Er erinnere sich aber nicht, daß er oder einer seiner Freunde dem Lavy einen Vorwurf gemacht hätten. — Einer der Schutzleute auf der Wache will dagegen gehört haben, wie einer der Freunde Lavys zu diesem sagte: Beruhige Dich doch nur. **Wärst Du nicht hingegangen, dann wäre Dir nichts passiert!**

Naturheilkundiger Bergmann war mit dem Redakteur Witte zusammen über den Nutzmarkt und durch verschiedene Straßen gegangen. Die Schutzleute waren in sehr erregter Stimmung. Er beobachtete, wie zwei Damen an einer Haltestelle auf die Straßenbahn warteten. Ein Schutzmann fuhr sie barsch an. Als die Damen sagten, daß sie auf die Straßenbahn warteten, schrie der Schutzmann: Machen Sie, daß sie weiter kommen! Als die Damen den Wagen besteigen wollten, befahl der Schutzmann dem Kutscher, weiter zu fahren. Des Zeugen Begleiter erhielt **zwei Schläge über den Rücken**, es wurde ihnen zugerufen, **sie sollten laufen.** Sie eilten dann in einen Hauseingang. Es war aber **gar keine Spur von Tumult vorhanden.** Bei dieser Gelegenheit sahen sie einen Arbeiter, der Geräte über der Schulter trug. Ein Schutzmann **schlug ihn mit dem Säbel übers Kreuz** und rief, **er solle laufen.** Ein zweiter Schutzmann lief ihm dann nach und versetzte ihm **noch mehrere Hiebe.** Hinter ihm kamen zwei Arbeiter, ihnen wurde zugerufen, **sie sollten laufen.** Der eine fiel hin, **da sprangen mehrere Schutzleute mit geschwungenem Säbel auf ihn zu.** Das war zuviel. Ich sprang vor und sagte: Lassen Sie den Mann doch, Sie sehen ja, daß er lief. Darauf ging der Schutzmann weg, ohne ein Wort zu sagen.

Redakteur Witte bestätigt die Angaben des Vorzeugen. Er **sah,** wie die Schutzleute

in die Masse des Publikums hinein galoppierten.

In anderen Städten habe er gesehen, wie in solchen Fällen die Schutzleute ihre Pferde seitwärts an das Publikum drängen und nicht geradezu hinein galoppieren. Dieses direkte Hineingaloppieren habe ihn gerade empört. — Buchhalter Treuer meldet sich aus dem Zuschauerraum, um der Ansicht dieses Zeugen entgegenzutreten. Es sei nicht richtig, daß in das Publikum hinein galoppiert wurde, sondern es sei ein gewöhnliches Zurückdrängen gewesen. Er habe auch gesehen, daß auf die Polizei Steine geworfen wurden. Er habe auch damals die beiden Zeugen Witte und Bergmann gesehen. Bei dem Zeugen Witte habe er sich damals gleich gesagt: Der sieht aus wie ein Schriftsteller. (Heiterkeit.)

Zeuge Rathausdiener Beckmann kam an dem Abend mit seinem Kollegen aus der Bürgerschaftssitzung. In der Steinstraße, die ganz leer war, kam ihm der Wachtmeister Lidke, den er persönlich kannte, mit geschwungenem Säbel entgegen und holte zum Schlagen aus. Zeuge rief: **Lidke, was machst Du denn?** In demselben Augenblick hatte er **schon einen Hieb weg.** Lidke lief erschreckt weiter.

Wachtmeister Lidke erklärt, daß er den Beckmann genau kenne, er wisse aber nicht, daß jemand seinen Namen gerufen habe. An der Stelle waren kurz vorher Steine geworfen worden.

Ein Beisitzer: Zeuge Beckmann erklärt in seiner durchaus glaubhaften Aussage daß vor und hinter ihm keine Leute waren und daß in dem Augenblick auch nicht geworfen wurde. Wenn Sie ihn nicht erkannt haben, müssen Sie doch blind zugeschlagen haben. Hatten Sie denn das Recht, die Leute zu schlagen, ohne sie zum Weitergehen aufzufordern? — Zeuge: **Die Leute haben sich direkt auf uns geworfen.**

Zeuge Wolter, der mit Beckmann zusammen war und jetzt Schuldiener ist, erklärt, daß die Steinstraße leer war. Gleich nachdem er sich von Beckmann getrennt hatte, kam ihm ein Schutzmann entgegen. Da er sah, wie ein junger Mann von einem Schutzmann verhauen wurde, flüchtete er, aus Furcht, auch Prügel zu bekommen, in ein Haus. Der Schutzmann forderte ihn auf, herauszukommen, und beim Weggehen **erhielt er Hiebe über den Arm.** — Eine Reihe von Zeugen machen sodann Bekundungen über **ähnliche Beobachtungen.**

Hierauf wird auf Aufforderung des Verteidigers Fräulein Heymann den Schutzleuten gegenübergestellt, die ausgesagt haben, daß Fräulein Heymann Schimpfworte gebraucht habe. Fräulein Heymann erklärt: Ich habe nur gesagt, das ist ein miserables Benehmen der Polizei. — Schutzmann Brotkorb hat deutlich gehört, wie Fräulein Heymann rief: Gemeinheit, Schuftigkeit. Sie hat genau so geschimpft wie das andere Fräulein. Der Herr Verteidiger ist nicht dabei gewesen, kann es also nicht beurteilen. — Der Vorsitzende verweist diesem Zeugen diese Aeußerung. — Schutzmann Fach will die Aeußerung gehört haben: Schurken, Niederträchtigkeit!

Das Gericht beschließt nach kurzer Beratung, Fräulein Heymann zu vereidigen. Die Verhandlung wird dann auf morgen vertagt. Es sind nur noch einige Zeugen zu vernehmen, dann beginnen die Plaidoyers.

Aus der Partei.

Gemeinderatswahlen.

— **Bei den Gemeinderatswahlen in einigen Landgemeinden in der Umgegend von Dortmund** erzielten unsere Genossen bemerkenswerte Wahlsiege. In Heeren bei Kamen siegte der Kandidat unserer Partei mit etwa 170 Stimmen über den Zechenkandidaten, der sich mit 120 Stimmen begnügen mußte. In der Landgemeinde Rüdinghausen, wo wir seit zwei Jahren die Mehrheit in der Gemeindevertretung haben, haben die Gegner jeglichen Mut verloren; sie stellten uns bei der jetzigen Wahl nicht einmal mehr einen Kandidaten entgegen. Den größten Erfolg erzielten wir in den Orten Hombruch, Kruckel und Kirchhörde, die zusammen eine Landgemeinde bilden. Hier wurde schon seit Jahren ein erbitterter Kampf geführt, das Zentrum hat dort von jeher mit den Zechen- und Fabrikherren gemeinsame Sache gemacht. Noch im Jahre 1904 siegte der Mischmach mit etwa 20 Stimmen über unsere Kandidaten, diesmal trugen aber unsere Genossen einen überwältigenden Sieg davon. Die vereinigten Gegner erhielten 308 Stimmen, während die Sozialdemokratie 454 Stimmen auf sich vereinigte. Die Stimmen der Gegner vermehrten sich um etwa 50 Proz., die Stimmen der Sozialdemokratie nahmen aber um etwa 150 Proz. zu, denn im Jahre 1904 hatten wir erst 181 Stimmen. Dieser Erfolg berechtigt zu den besten Hoffnungen für zukünftige Wahlen.

Bei der Gemeinderatsersatzwahl in Gleuel, einem stockkatholischen Orte im Landkreise Köln, gelang es unseren Genossen zum erstenmal, einen Sozialdemokraten durchzubekommen. Es handelte sich nur um zwei Stimmen, und es wäre ein zweiter Genosse gewählt worden.

In Crimmitschau (Sachsen) erfochten unsere Genossen einen glänzenden Sieg. Sie erhielten 910, die Gegner 690 Stimmen.

Die letzten Stadtverordnetenwahlen in Crimmitschau gingen unter den Nachwirkungen des großen Crimmitschauer Textilarbeiterstreiks vor sich. Die Textilbarone setzten Himmel und Hölle in Bewegung, um mit Hilfe des neugegründeten Arbeitervereins unsere Genossen aus der ersten Klasse — Crimmitschau hat ein Dreiklassenwahlsystem, bei dem die Plebs die erste, die reichen Leute aber die dritte Klasse bilden — zu verdrängen. Unsere Genossen siegten mit einer winzigen Mehrheit. Die Gegner fochten die Wahl mit den nichtigsten Gründen an und hatten auch Erfolg. Bei der neuen Wahl blieb aber der von den Gegnern erwartete Erfolg trotz der skrupellosesten Agitation aus. Unsere Liste siegte wiederum mit wenigen Stimmen. Wie das Ergebnis der gestrigen Wahl zeigt, hat diesmal die Arbeitswilligentruppe der Fabrikanten vollständig versagt.

Antisemitismus in der Sozialdemokratie hat das „Berliner Tageblatt" wieder einmal entdeckt. Als corpus delicti produziert es ein Eingesandt, das in der Freitagsnummer des „Volksblatt für Anhalt" (Dessau) veröffentlicht wurde. Es war ein Beitrag zum Wahlkampf um die Stadtverordnetensitze und rührte von einem Handwerker her. Der Schluß dieses Eingesandts, das sich in rein zünftlerischen Gedankengängen bewegt, lautet:

Und nun noch eins: In Nr. 266 des „Volksblatt für Anhalt" schreiben Sie, alle Hände voll zu tun zu haben, um keinen Antisemitismus aufkommen zu lassen. **Schade um Ihre Mühe!! Sie ist ganz zwecklos! Der Antisemitismus wird hier sehr bald** festen Fuß fassen und das ist in Anbetracht der Vorgänge auch nur zu natürlich. Ich war niemals ein Judenfreund, weil ich gefunden habe, daß alle, die ich bisher kennen lernte, ohne jede Ausnahme hinsichtlich des moralischen Wertes auf ein und derselben Stufe stehen. Ich würde es also durchaus nicht für ein Unglück halten, wenn alle Semiten schon in den nächsten Tagen durchs Rote Meer zurückgehen und bei dieser Gelegenheit wirklich so viel Wasser schlucken würden, wie angeblich vor Jahrtausenden die Aegypter! Daß wir keinen Schaden hätten, wenn damals das Meer anstatt der Aegypter die „Kinder Israels" samt ihren Eltern verschlang oder aber wenigstens die Semiten jenseits des Jordans blieben, werden Sie jedenfalls nicht bestreiten wollen.

Das „Berl. Tageblatt" bemerkt dazu, daß das „Volksblatt" dieses Eingesandt ohne jede Bemerkung abdruckte, sich also stillschweigend mit seinem Inhalt und mit dem antisemitischen Schluß einverstanden erklärte. Das erste ist richtig, das zweite nicht. Das „Volksblatt" hat in der Nummer vom Montag folgende Erklärung gegeben:

Das Eingesandt des Handwerkers, das wir am Freitag veröffentlichten, schloß mit rein antisemitischen Ausführungen. Es war ja selbstverständlich, daß wir durch Abdruck des Eingesandts uns mit demselben nicht identifizierten. Wir haben es wiedergegeben, einmal, weil wir den betreffenden Handwerker zum Wort kommen lassen wollten, sodann, um zu zeigen, wie wenig die „Mittelstandsretterei" bei allen Handwerkern verfange, und drittens, um klar in die Erscheinung treten zu lassen, wie das Auftreten eines Cohn auf die antisemitischen Instinkte aufreizend wirke. Daß wir dem Antisemitismus nicht mit Haaresbreite ein Zugeständnis machen, ist selbstverständlich. Weil es selbstverständlich ist, ward auch kein Zusatz zu dem Eingesandt gemacht. Um aber auch kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, wollen wir heute doch ausdrücklich, wie das Peus auch am Sonnabend getan hat, auch an dieser Stelle konstatieren, daß wir uns mit dem auch sonstige Schiefheiten in wirtschaftlicher Beziehung enthaltenden Eingesandt in keiner Weise identifizieren. Das beweisen wir übrigens durch die Tat mit unserem Stimmzettel. Viele Juden arbeiten mit Hingebung und Eifer in unseren Reihen für die Sache der Freiheit und Gerechtigkeit. Das ist auch verständlich. Aber wenn ein Jude sich zum Führer der Reaktion gegen die Sozialdemokratie aufwirft, dann ist das ebenso verächtlich, wie wenn jüdische Bankiers dem russischen Zarismus immer wieder neue Gelegenheit zu Millionenpumpen verschaffen, damit er mit der Revolution fertig werde. Unsere Sympathie geht mit den Juden, die bei den russischen Progroms abgeschlachtet werden. Mit den Juden aber, die das Geld für diese Judenabschlachtungen liefern, haben wir allerdings keine Sympathie. Und ein Cohn figuriert für uns heute in Reih und Glied mit den letzteren.

Das „Berliner Tageblatt" hat also unrecht, wenn es das „Volksblatt für Anhalt" des Antisemitismus beschuldigt. Wir stehen allerdings nicht an zu erklären, daß der Abdruck des Eingesandts uns selbst durch die Erregung des Wahlkampfes kaum entschuldbar erscheint, daß weiter aber die Fortlassung jeder Bemerkung zu diesem Eingesandt zum mindesten eine grobe Unterlassungssünde war.

Vom Fortschritt der Presse. Das „Hamburger Echo" hat jetzt eine regelmäßige Auflage von über 57 000 erreicht. Das ist das hocherfreuliche Resultat der eifrigen Agitationstätigkeit der Parteigenossen. 5400 neue Abonnenten hat allein die in den letzten Wochen von der Parteiorganisation des ehemaligen nördlichen Belagerungsgebietes durchgeführte Aktion gebracht; ungefähr ebenso viel erzielten die Gewerkschaften, die in dankenswerter Weise unter ihren Mitgliedern für das Parteiorgan warben. So stieg die Auflage allein im Jahre 1906 von 44 700 zu Anfang Januar auf 57 000 zu Ende Oktober.

Totenliste. Zu Hamburg starb im Krankenhause der Genosse Andreas Bitter im 66. Jahre. Er war viele Jahre hindurch Redakteur des Verbandsorgans der Maurer, des „Grundsteins". Von einer schweren Krankheit heimgesucht, mußte er seinen Posten aufgeben. Nach seiner Genesung trat Bitter am 1. Juni 1891 als Sekretär in den Bureaudienst der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co.

Ursprünglich wollte er sich dem Apothekergewerbe widmen und war bereits als Lehrling darin tätig, als sein Vater starb. Da es an den nötigen Mitteln fehlte, mußte Bitter seine Studien unterbrechen und einen anderen Beruf ergreifen. So wurde er denn Maurer und später Redakteur des Fachorgans.

Schwedens Sozialdemokratie und die „Jungsozialisten".

Der schwedische sozialdemokratische Parteivorstand gibt in „Social-Demokraten" vom 17. November cr. den Arbeiterkommunen bekannt, daß er beschlossen hat, die Herren Hinke Bergegren in Stockholm und C. G. Schröder in Helsingborg von der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei zu suspendieren. Ueber die Gültigkeit dieses Beschlusses soll eine allgemeine geheime Urabstimmung der Parteigenossen entscheiden und zwar in folgender Form:

„Wer es billigt, daß der Parteivorstand gegen die systematischen Angriffe auf das Programm, die Taktik und die Vertrauensmänner der Partei bestimmt Front gemacht hat, stimmt mit ja. Wer das nicht will, stimmt mit nein."

Ueber den endgültigen Ausschluß der Genannten aus der Partei soll auf dem nächsten ordentlichen Parteitag entschieden werden.

Der Parteivorstand macht die Arbeiterkommunen dann darauf aufmerksam, daß es grundsätzlich unrichtig ist, solchen Personen, die in ihren Grundanschauungen und in ihrer ganzen Wirksamkeit vom Programm und von der Taktik der Partei abweichen, Gelegenheit zu geben, im Namen der Partei oder der Arbeiterkommune aufzutreten, oder ihnen gar Vertrauensaufträge in Parteiangelegenheiten zu geben, und fordert die Parteipresse auf, allen Versuchen, die im Parteiprogramm und in Parteitagsbeschlüssen festgelegte Grundauffassung der Partei innerhalb der Arbeiterschaft zu untergraben und die ganze Tätigkeit der Partei zu verdächtigen, kräftiger als bisher entgegenzutreten. Schließlich spricht der Parteivorstand seine Mißbilligung darüber aus, daß Parteiorganisationen im Widerspruch zum Parteistatut Publikationen ökonomisch und moralisch unterstützen, die konsequent und bewußt dem Streben der Partei entgegenarbeiten.

Hinke Bergegren ist der bekannteste Führer der Jungsozialisten und Herausgeber der Zeitschrift „Brand". Anhänger von ihm waren in den vor kurzem in Stockholm entdeckten Bankplünderungsplan verwickelt, über den er selbst allerdings entschieden seine Mißbilligung aussprach.

C. G. Schröder gibt die Zeitung „Nya Folkviljan" („Der neue Volkswille") heraus, in der, ebenso wie in „Brand", die Partei fortgesetzt verdächtigt, ihr Programm und ihre Taktik angegriffen werden. Der Wirksamkeit Schröders wird auch jene tumultuarisch verlaufene antimilitaristische Demonstration in Helsingborg zugeschrieben, die für einige junge Leute Zuchthausstrafen von 18 Monaten bis zu 3 Jahren zur Folge hatten.

Aus Industrie und Handel.

Woher kommt die Lohnsteigerung?

Daß auch in Oberschlesien die höheren Löhne vorzugsweise aus Leistungssteigerung resultieren, ergibt die Statistik der oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke. Danach stellt sich für die ersten drei Quartale in 1906 die Förderung auf 22 082 416 Tonnen, die einen Geldwert von 158 010 793 M. repräsentieren; für die gleiche Zeit des Vorjahres ergibt sich eine Fördermenge von 19 952 552 Tonnen, deren Geldwert auf 139 301 509 M. angegeben ist. Die durchschnittliche Belegschaft für alle drei Quartale ist nicht angegeben, wir legen deshalb die für das 3. Quartal ermittelte Arbeiterzahl zugrunde und erhalten dann folgendes Resultat. Auf den Kopf der Belegschaft entfällt

	3 Quartale 1905	3 Quartale 1906	mehr in 1906
Fördermenge . . . To.	228,8	244,4	15,6
Wert der Fördermenge M.	1597	1754	157

Tatsächlich sind die Kopfleistungen aber größer; denn für alle drei Quartale stellt sich die durchschnittliche Belegschaft niedriger als für das 3. Quartal. Stellt man nur das 3. Quartal in Vergleich, ergeben sich folgende Zahlen. Es wurde erzielt pro Kopf der Beschäftigten:

	3. Quartal 1905	3. Quartal 1906	mehr in 1906
Fördermenge . . . . . To.	78,1	83,9	5,8
Wert der Fördermenge . . M.	551,5	612,0	60,5

Bei der Förderung ergibt sich eine Leistungssteigerung von 7,42 Prozent und bei dem Wert eine solche von 10,97 Prozent.

Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vormals Schuckert u. Cie. Nürnberg. Der Bruttogewinn des am 31. Juli d. J. abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt 4 251 300 M. (im Vorjahre 3 446 066 M.), wozu noch ein Gewinnvortrag vom Vorjahr mit 922 931 M. (im Vorjahre 1 204 103 M.) tritt. Nach Deckung der Verwaltungskosten, der Vollzinsen, der Steuern und der Abschreibungen mit 1 970 097 M. (im Vorjahre 1 973 616 M.) verbleibt ein Reingewinn in Höhe von 3 204 134 M. (im Vorjahre 2 676 553 M.), wovon 114 000 M. (im Vorjahre 73 622 M.) dem geschäftlichen Reservefonds zufließen und fünf Prozent vertragsmäßige Tantiemen für den Aufsichtsrat gleich 24 357 Mark zu bestreiten sind. Der Aufsichtsrat und Vorstand schlagen der auf den 4. Januar nächsten Jahres einzuberufenden Generalversammlung vor, eine Dividende von 5 Proz. (im Vorjahre 4 Proz.) zur Verteilung zu bringen, und den Restbetrag von 965 717 M. (im Vorjahre 922 931 M.) auf neue Rechnung vorzutragen. Gleichzeitig soll ein Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals von 42 Millionen auf 50 Millionen, also um 8 Millionen Mark, gestellt werden, zu deren Uebernahme sich ein Bankkonsortium bereit erklärt hat, und von denen 7 Millionen den Aktionären im Verhältnis einer neuen auf sechs alte Aktien angeboten werden.

Kein Nadelgeld. Die „Frankf. Ztg." berichtet: „An die Kapitalserhöhung von 160 Millionen Mark auf 180 Millionen Mark sind allerlei Erörterungen geknüpft worden, die aber wohl ausschließlich auf Kombinationen beruhen. Weder ist an eine Weiterbegebung der neuen Aktien gedacht, noch handelt es sich überhaupt um eine neue Geldbeschaffung; Neuanschaffungen und Vergrößerungen werden nach wie vor aus dem Betriebe gedeckt. Die ganze Transaktion ist vielmehr eine rein buchmäßig-formale, indem einfach 20 Millionen Mark von denjenigen Beträgen, die als Dividende usw. den Besitzern gutgeschrieben worden waren, auf Kapital-Konto übertragen, d. h. also zu Aktien gemacht werden."

So werden aus dem Ertrage der Arbeit immer wieder neue Millionen dem dividendenfressenden Kapital zugeführt, die Zinsenlast wächst; technische Fortschritte, gesteigerte Produktivität, alles kommt dem erhöhten Kapital zu gute, die Arbeiterschaft partizipiert daran nur ganz minimal.

Günstig — aber: Die „Rhein.-Westf. Ztg." meldet vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt: Die Marktlage bleibt trotz mancher Besorgnisse fest. Die Ausführungsaufträge gehen in den letzten Wochen in verstärktem Maße ein. Nach Meinung der industriellen Kreise sind keine Anzeichen vorhanden, die einen Umschwung der bestehenden Verhältnisse befürchten lassen. Auch mit einem Nachlassen des Weltmarktbedarfes wird für das erste nicht gerechnet. In leichteren Handelsfabrikaten, wie Stabeisen, hat die Kauflust wohl nachgelassen. Diese Erscheinung findet teils in der gegenwärtigen Jahreszeit ihre Begründung, andererseits auch, weil die Händler und Verbraucher sich überreichlich gedeckt haben und Spekulationskäufe nicht machen wollen. Die Preisbewegung ist in ein ruhigeres Fahrwasser gekommen. Für die weitere Marktlage befürchtet man jedoch teuren Geldstand, Lohnbewegungen und Verbandserneuerungen, wie die Erneuerung des Stahlwerksverbandes, des Röhrensyndikats und des Walzdrahtverbandes. Ferner sei auch die Krise im Kohlensyndikat nicht von der Hand zu weisen. Eine befriedigende Lösung dieser drei Fragen wird aber erhofft.

Erhöhung der Selbstkosten.

Als Grund für die meisten Preiserhöhungen müssen die angeblich gestiegenen Selbstkosten herhalten. Solche Behauptungen müssen schon befremden, wenn man dazu die Erklärungen und Erläuterungen vergleicht, die gewöhnlich bei Anträgen auch Kapitalerhöhungen vom Stapel gelassen werden. In der Regel hört man dann, daß die Umbauten notwendig sind, um durch Verbesserungen nach den neuesten technischen Fortschritten die Produktionskosten herabzudrücken und damit konkurrenzfähiger zu machen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß man Umbauten und Neueinrichtungen vornehmen würde, wenn dadurch nicht eine Produktionsverbilligung zu erzielen wäre. In welcher Weise technische Vervollkommnungen die sachlichen und manuellen Kosten vermindern, illustrieren folgende zwei Mitteilungen. Wie die „Kattow. Ztg." berichtet, hat die Vereinigte Königs- und Laurahütte ein sogenanntes Morgan-Walzwerk erbauen lassen. Dieses Werk ist eine rein mechanische Walzenstraße für Handelseisen, die **nur von zwei Arbeitern bedient wird.** Das Werk wird das erste dieser Art in Oberschlesien sein und eine Leistungsfähigkeit von 100 bis 150 Tonnen in zwölfstündiger Schicht haben. Und in der Generalversammlung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft berichtete der Vorsitzende Hugo Stinnes folgendes:

Auf dem Differdinger Werk seien die Umbauten beendet, während man mit den Bauten auf den Zechen im März 1907 fertig zu werden hoffe. Man müsse bei Beurteilung des letzten Abschlusses berücksichtigen, daß es sich um ein Baujahr gehandelt habe. Auf der Friedrich Wilhelmshütte seien keine Neubauten gemacht worden. Im ersten Quartal des laufenden Jahres seien die Erlöse für die Fabrikate des Differdinger Werkes noch nicht wesentlich gestiegen; um so weniger kämen die kleinen Steigerungen in Betracht als gleichzeitig die Löhne und die Preise für Materialien, Manganerze 2c. gestiegen seien. **Trotzdem** habe das erste Quartal für Differdingen einen Mehrgewinn von zirka 1 000 000 M. ergeben. Dieser Mehrgewinn stamme nicht aus Konjunkturpreisen, sondern aus Verbesserungen im Betriebe. Durch die Einführung des elektrischen Betriebes spare man beispielsweise 80—90 000 M. monatlich. — Einrichtungen ähnlicher Art, z. B. auch die Verwendung der Gichtgase usw., sind in den letzten Jahren auf allen größeren Werken vorgenommen worden. Sobald es sich aber um Preis- oder Lohnfragen handelt, hört man von Reduktion der Selbstkosten nichts, dann müssen gesteigerte Produktionskosten den Sündenbock abgeben für die — Plünderung der Konsumenten.

Die chinesischen Arbeiter in Transvaal.

Aus London schreibt man uns: Die langwierige Agitation gegen die Einfuhr von chinesischen Arbeitern in Transvaal scheint jetzt bessere Aussicht auf Erfolg zu haben. Die Zwangszustände, unter denen die Chinesen dort leben, führten zu unnatürlichen Ausschweifungen, gegen die sich das Gewissen Englands auflehnen mußte. Die 55 000 Chinesen leben zusammengedrängt in einem abgeschlossenen Areal um den Witwatersrand bei Johannesburg; es sind lauter kräftige, in den mittleren Jahren stehende Männer, die ohne Frauen sind. Die unnatürlichen Zustände führten zu unnatürlichen Gebräuchen, über die der englischen Regierung ein vertraulicher Bericht vorgelegt wurde. Der Bericht kam letzten Donnerstag im Ober- und Unterhause zur Sprache und rief einen äußerst peinlichen Eindruck hervor. Im Oberhause sprach der Erzbischof von Canterbury, der Primas der anglikanischen Kirche; im Unterhause der liberale Abgeordnete Lehmann. Die Vertreter der Regierung gaben die Erklärung ab, daß die Rekrutierung von Chinesen eingestellt und daß die Sanierung der Verhältnisse unter den chinesischen Arbeitern in Angriff genommen würde. Die endgültige Entscheidung über die Zurücksendung der chinesischen Arbeiter soll indes von der Transvaaler Regierung abhängen, da diese binnen kurzer Zeit sich konstituieren wird. —

Gemeinschaftliche Versammlung der Stukkateure, Rabitzputzer und Spanner

Heute, am 23. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. **Stellungnahme zu den Vereinbarungen zwischen dem Verband der Stukkateure (Filiale Berlin) und der Sektion der Gips- und Zementbranche, Verband der Maurer (Akkordarbeit).** Referent: Genosse **Haese.** 2. Diskussion. 181/12

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwarten

Die Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Berlin.

Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Vergolder!

Montag, den 26. November 1906, abends präzise 8 Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Vortrag** des Kollegen **Nitschke: „Die wirtschaftliche Entwickelung."** 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom dritten Quartal 1906. 4. Verschiedenes.

Laut Beschluß werden die Versammlungen pünktlich **8 Uhr** eröffnet, gleich am Eingang wird jedes Mitgliedsbuch behufs Kontrolle des Versammlungsbesuches bei jeder Versammlung abgestempelt.

97/7 **Die Branchenleitung.**

Sonnabend, den 24. November 1906, in der „Neuen Welt":

Konzert, Vorstellung lebender Photographien

○○○○ mit darauffolgendem **TANZ.** ○○○○ Billetts à **20** Pf. ○○○○

Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen **30** Pf. nach.

Anfang präzise 8½ Uhr. D. O.

Branche der Musikinstrumentenarbeiter.

Montag, 26. November, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:

Branchen-Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Vortrag** des Reichstags-Abgeordneten **Schöpflin** über: **„Der deutsche Bauernkrieg."** 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Branchenleitung.**

Achtung! Sitzmöbeltischler. Achtung!

Sonntag, den 25. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 1:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Konferenz in Dresden. Referent: Kollege **Langhammer.** 2. Anträge. 3. Wahl der Delegierten. 4. Verbandsangelegenheit.

Die Kommission erscheint eine Stunde früher.

Holzarbeiter. Zur Beachtung. Holzarbeiter.

Die Zahlstelle 37 ist von Lichtenberg, Prinzen-Allee 6, nach **Friedrichsfelde, Prinzen-Allee 59** bei **Bartolein** verlegt worden.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt 4, 3353. **Verwaltungsstelle Berlin.** Engel-Ufer 15. **Hauptbureau:** Zimmer 1—5, Amt 4, 9679.

Achtung! Achtung!

Englische Gasmesser- u. Gasofenfabrik Mariendorf.

Sonntag, den 25. November 1906,

vormittags 10 Uhr.

im **Gewerkschaftshause,** Saal 7, Engel-Ufer Nr. 15:

Versammlung

aller im Betriebe der **Englischen Gasmesserfabrik** beschäftigten, insbesondere der bei der Maibewegung beteiligt gewesenen Kollegen einschl. der Entlassenen.

Tages-Ordnung:

Bericht des Kantinenvorstandes über den Konflikt der Kantinenverwaltung.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich.

160/4 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, den 22. November, ausfällt, dafür findet am Donnerstag, den 6. Dezember, abends 6½ Uhr, im Lokal des Herrn Thiel eine **Agitations-Versammlung** statt. Referent: Gauvorsteher Kollege Stusche.

97/6 **Die Ortsverwaltung.**

Tischler-Verein (E. H. 89)

Sonnabend, den 24. November, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Vortrag des Herrn J. Tassenbach: „Streifzüge durch Italien." Ausgabe der Billetts zum Weihnachtsvergnügen. Aufnahme neuer Mitglieder. D. V.

Zentralverband der Steinarbeiter

Berlin I.

Die zu heute angezeigte Versammlung findet nicht statt.

Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse

für das

Bierbrauergewerbe

zu Berlin.

Freitag, den 30. November 1906, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshause,** Saal IV, SO., Engel-Ufer Nr. 15:

Ordentliche

General-Versammlung

der am 16. d. M. gewählten Delegierten.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu der geplanten Zentralisation der Krankenkassen Berlins; Refer. Rendant Heilmann.
2. Verschiedenes.
3. Ersatzwahlen zum Vorstande (drei Arbeitgeber und sechs Arbeitnehmer sowie zwei Arbeitgeber- und vier Arbeitnehmer-Stellvertreter).
4. Wahl der Revisionskommission zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1906 (ein Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer).

Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Kassenbücher oder Akten notwendig ist, müssen mündlich oder schriftlich behufs Beantwortung derselben in der Generalversammlung bis 25. November dem Vorstande mitgeteilt werden.

Als Legitimation bei der bevorstehenden Versammlung dient die übersandte Einladungskarte.

Um recht pünktliches Erscheinen aller Delegierten bittet 213/16

Der Vorstand.
Otto Ullrich, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse

der

Zigarren- und Zigarettenmacher, Zigarettensortierer

und deren gewerbliche Hülfsarbeiter zu Berlin.

General-Versammlung

der Arbeitgeber

Freitag, den 30. November 1906, abends 6 Uhr, Alexanderstraße 27c im Restaurant „Englischer Garten".

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Rendanten. 2. Wahl von drei ausscheidenden Vorstandsmitgliedern. 3. Wahl eines Mitgliedes zur Vorprüfung der Jahresrechnung. 4. Verschiedenes.

Am selben Tage findet im selben Lokal abends 8 Uhr

General-Versammlung

der Arbeitnehmer

statt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Rendanten. 3. Wahl von sechs ausscheidenden Vorstandsmitgliedern. 4. Ersatzwahl für ein ausscheidendes Vorstandsmitglied. 5. Wahl von zwei Mitgliedern zur Vorprüfung der Jahresrechnung. 6. Verschiedenes.

Nur Delegierte zur Generalversammlung haben Zutritt. 28925

Der Vorstand.

Heute Freitag bei **Augustin,** Oranienstraße 103:

Frische Wurst.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 165

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

(D. R. G. M. 285918.)

Für lohnenden patentierten Hausierer-Artikel, als Haar-Einlegsohlen und Haar-Einziehschuhe 28985

Hausierer

resp. Vertreter gesucht. Offerten erbeten unter G. 5 an die Exp. d. Ztg.

Oscar Arnold

Hüte, Mützen und Pelzwaren

Engros! Export!

Dresdenerstr. 116 (kein Laden).

Einzelverkauf! zu sehr niedrigen Preisen, zirka 100 verschiedene Sorten Kolliers und Stolas in allen modernen Pelzarten. Großes Lager in **Muffen, Kinder-Garnituren, Herren und Knaben-Kragen und Pelzmützen.**

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Köpenick u. Umg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kutscher

Georg Armoneit

wohnhaft Alt-Glienicke Rudowerstraße 68

nach langem schweren Leiden an der Proletarierkrankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Alt-Glienicke aus nach dem dortigen Friedhofe statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

72/8 **Die Ortsverwaltung.**

Treffpunkt der Kollegen 2 Uhr nachmittags in den Bezirkslokalen.

Verein Berliner Hausdiener.

Gegründet 1883.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Julius Hagedorn

Kochhannstraße 42
Mitglied seit 16. April 1888

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem Auferstehungs-Kirchhofe, Weißensee, Lichtenbergerstraße, statt. 2891b

Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. **Der Vorstand.**

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

Bernh. Jahnke

im Alter von 37 Jahren am 20. November gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 24. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gethsemane-Friedhof in Nordend bei Nieder-Schönhausen statt. 165/2

Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 20. November, nachts 11½ Uhr, verstarb nach langem, schwerem Krankenlager mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwager und Schwiegersohn, der Mappenarbeiter 2994b

Paul Görlich

im Alter von 30 Jahren.

Dies zeigt hiermit tiefbetrübt an **Elisabeth Görlich** nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Simeon-Lukaskirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Verband der Portefeuiller.

(Zahlstelle Berlin.)

Todes-Anzeige.

Hiermit den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Dienstag, den 20. November, nach langem, schwerem Krankenlager unser früherer langjähriger 2. Vorsitzender, der Mappenarbeiter

Paul Görlich

im Alter von 30 Jahren verstorben ist.

Wir verlieren mit dem Dahingeschiedenen einen wahren Freund, einen treuen Mitarbeiter für die Arbeitersache.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Simeon-Lukaskirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

109/18 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten sowie den Kollegen sage ich für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Wilhelmine Mathes

meinen herzlichsten Dank. 30252

Friedrich Mathes nebst Kindern.

29402*

Arbeiter-Berufs-Kleidung

I. Spezial-Geschäft nur

3 Mühlendamm 3.

II. Geschäft: **Kottbuserdamm 95.**

Adolf Wecker.

Verband der Portefeuiller.

Zahlstelle Berlin.

Am Dienstag, den 20. November, verschied nach langem, schwerem Leiden unser früherer langjähriger treuer Verbandskollege, der Mappenarbeiter

Paul Görlich.

Nur die heimtückische Krankheit, welcher er nach 24wöchentlichem Krankenlager erlegen ist, konnte ihn davon abhalten, den Posten als 2. Vorsitzender, den er lange Zeit bekleidet hat, nicht mehr zu übernehmen. Ein treues Mitglied, einen wahren Freund und Berater hat mit ihm die Verwaltung verloren. 2893b

Sein Leben und Wirken wird uns stets als Vorbild dienen und werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Vorstand der Zahlstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch, den 21. Novbr., früh 3¼ Uhr, entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein innigst geliebter Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel, der Former

Adolf Handtke

im 39. Lebensjahre. 2897b

Mit der Bitte um stilles Beileid zeigen dies hierdurch an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am 25. November, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Stralsunderstraße 24 aus statt.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. **H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.**

Stola Muffen

etc. etc.

Nur eig. Fabrikat.

Billige Preise.

Große Auswahl.

Spez.:

Pelz-Jacken nach Maß.

C. Hornung,

Kürschnermeister,
Alte Jakobstr. 87, III

Verkauf auch Sonntag.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Wenn die Bombe platzt

verkaufen wir zu jedem Preis.

Die Konkurrenzlosigkeit unserer allbekannten Firma Konfektionshaus

Blitz

veranlaßt manche Firma zu Anzeigen gegen uns. Da unser Unternehmen zu groß und der Verkauf ein zu riesenhafter ist, haben wir gar keine Zeit, uns um andere Firmen zu kümmern. **Wir machen das verehrte Publikum wiederholt darauf aufmerksam, daß nur das von der Firma S. Böhm, Kommandantenstraße 43, gekaufte Lager einem**

Total-Ausverkauf

unterstellt ist. Im gleichen Lokale kommen nach wie vor große Posten Waren aus unseren anderen Filialen mit zum Verkauf. Jedem Kunden wird auf Wunsch Aufklärung zu teil, ob die betreffende Piece von uns oder Böhm ist.

Nun erst recht bringen wir

Herren-Paletots . .	von 7^{40} M. an	Herren-Anzüge . .	von 6^{80} M. an
Burschen-Paletots	von 4^{10} M. an	Burschen-Anzüge	von 3^{80} M. an
Kinder-Paletots . .	von 3^{00} M. an	Kinder-Anzüge . .	von 1^{90} M. an

bis zum allerfeinsten, teilweise 50% unter Preis!

Blitz Blitz

80 Chausseestraße
43 Kommandantenstraße nahe Moritzplatz.

4 Geschäftshäuser 4

Gr. Frankfurter Str. 137 zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
Rosenthaler Str. 9 Ecke Auguststraße.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Heimarbeit und die Handelskammer zu Berlin.

Im März 1906 beschloß die Handelskammer, eine Untersuchung über die Lage der Heimarbeit in Berlin und den Vororten zu veranstalten. — Was veranlaßte die Handelskammer, gerade im März 1906 ein besonderes Interesse für die Berliner Heimarbeit an den Tag zu legen? — Die Antwort liegt auf der Hand. Im Januar und Februar 1906 fand in Berlin die Deutsche Heimarbeit-Ausstellung statt. Sie zeigte an zahlreichen Beispielen, was lange vorher schon von Arbeiterorganisationen in Wort und Schrift dargelegt worden ist, nämlich daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Heimindustrie erheblich ungünstiger als die der Fabrik- und Werkstattarbeiter sind. Das längst bekannte Elend der Heimarbeit ist durch die Ausstellung der breitesten Oeffentlichkeit vorgeführt und dadurch manchen Leuten zum Bewußtsein gebracht worden, die sich bis dahin wenig oder gar nicht um diese Nachtseite unserer sozialen Verhältnisse gekümmert hatten. Die Unternehmer, welche große Profite aus der Heimarbeit ziehen, haben natürlich das lebhafteste Interesse, den ungünstigen, aber wahrheitsgetreuen, sinnenfälligen Eindruck, den die Heimarbeit-Ausstellung in den weitesten Kreisen hinterlassen hat, zu verwischen, und so ist die Heimarbeit-Ausstellung die unmittelbare Veranlassung zu der Untersuchung gewesen, welche die Handelskammer über die Lage der Heimarbeit veranstaltet hat. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind jetzt im Handelskammerbericht der Oeffentlichkeit übergeben worden.

Der Bericht sagt zwar, bei der Erhebung durch die Handelskammer habe nicht die Absicht vorgewaltet, Gegenmaterial gegen die Ergebnisse der Ausstellung zu sammeln, sondern es habe lediglich das Ziel vorgeschwebt, die tatsächlichen Verhältnisse zu erkunden, gleichgültig, ob sie zur Widerlegung oder zur Bestätigung der Ausstellungsergebnisse führen.

Mit dieser angeblichen Absicht der Handelskammer ist aber weder die Art ihrer Erhebungen noch der darauf gestützte Bericht in Einklang zu bringen. Wenn es in dem Bericht heißt: „. . . man wird die Augen davor nicht verschließen dürfen, daß die Ausstellung kein Spiegel der deutschen Heimarbeit im ganzen war“, so ist das gewiß richtig. Hat doch niemand, am wenigsten die Veranstalter der Ausstellung, angenommen, daß diese ein in allen Teilen erschöpfendes Bild der Heimarbeit geboten habe. Sollte aber der Verfasser des Handelskammerberichts sich einbilden, daß seine Arbeit ein Spiegel auch nur der Berliner Heimarbeit im ganzen sei, dann weiß man nicht, ob man über die kindliche Naivität oder über die unglaubliche Anmaßung des Verfassers staunen soll.

Die Erhebungen der Handelskammer sind **ausschließlich durch Befragung der Unternehmer** zustande gekommen. Die auf solche Weise gewonnenen Resultate können also gar nicht anders als einseitig und parteiisch sein. Den Unternehmern, die selbst direkt oder indirekt Heimarbeiter beschäftigen, mußte natürlich daran liegen, dem Eindruck, den die Ausstellung hinterlassen hat, entgegenzuarbeiten und die Verhältnisse in möglichst rosigem Lichte erscheinen zu lassen. Was aber die Angaben der Unternehmer gerade im vorliegenden Falle ganz besonders unzuverlässig erscheinen läßt, ist der Umstand, daß sie zum allergrößten Teil gar nicht in der Lage sind, aus eigener Kenntnis Angaben über Löhne und Arbeitszeit der Heimarbeiter zu machen, da ja die Heimarbeiter in den allermeisten Fällen gar nicht zu dem eigentlichen Unternehmer, sondern zu dem Zwischenmeister in einem Arbeitsverhältnis stehen. Der Unternehmer hat also in der Regel die für sein Geschäft tätigen Heimarbeiter nie gesehen, hat nie über Löhne und Arbeitsbedingungen mit ihnen gesprochen, er führt auch nicht Buch über die Löhne der Heimarbeiter, die ihn ja gar nichts kümmern, weil sie nicht bei ihm, sondern bei seinem Zwischenmeister arbeiten. Das alles weiß doch die Handelskammer und trotzdem vermißt sie sich, einzig und allein durch die Unternehmer ein Bild von der Lage der Heimarbeiter entwerfen zu lassen. Was man nicht weiß, darüber kann man natürlich, auch wenn man ein noch so erfolgreicher Unternehmer ist, nichts sagen. Weil sie aber doch der Handelskammer etwas über die Heimarbeiter sagen sollten und auch gern sagen wollten, so setzten sich die Unternehmer mit ihren Zwischenmeistern ins Einvernehmen und ließen sich von diesen Angaben über die Verhältnisse der Heimarbeiter machen. Daß aber die Zwischenmeister ebenso, vielleicht noch mehr als die Unternehmer, an einer rosig gefärbten Darstellung der Arbeiterverhältnisse interessiert sind, liegt auf der Hand. Die **Arbeiter selbst sind bei der ganzen Erhebung nicht befragt worden.** Nur die eine Seite: die Unternehmer, in Verbindung mit den Zwischenmeistern, hat gesprochen. Eine Möglichkeit, diese einseitigen Angaben nachzuprüfen, ist nicht gegeben. Was die Handelskammer auf diese Weise erkundet hat, das besitzt **nicht die geringste Beweiskraft** und **hat für die Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse in der Heimarbeit gar keinen Wert.**

Aber nicht nur wegen ihrer Einseitigkeit, sondern **auch wegen ihrer Mangelhaftigkeit** ist die Erhebung der Handelskammer als Beweismittel für die Lage der Heimarbeiter völlig wertlos. Nach den Schätzungen der Handelskammer gibt es in Berlin etwa 120—140 000 Heimarbeiter, einschließlich von etwa 20—30 000 Personen, die in den Werkstätten der Zwischenmeister arbeiten. Von den 140 000 Arbeitern und Arbeiterinnen kommen auf die Damen- und Kinderkonfektion 52 000, auf die Herren- und Knabenkonfektion 22 000, auf die Wäsche-, Weißwaren- und Kravattenbranche 47 000, auf die Hut-, Mützen-, Blumen- und Federfabrikation 6000, auf die Schuhfabrikation 2000, auf die Galanterie-, Papier- und Lederwarenindustrie 5000, auf die Zigarren- und Zigarettenindustrie 3000.

Ueber höchstens 700 Arbeiter und Arbeiterinnen bringt der Handelskammerbericht Angaben bezüglich der Löhne und Arbeitszeiten. Das heißt also, von je 1000 Arbeitern erscheinen nur fünf in der Statistik der Handelskammer und über die Verhältnisse der Arbeiter haben nicht diese, sondern die Unternehmer und Zwischenmeister Angaben gemacht. Wenn es der Handelskammer bezw. den Unternehmern wirklich darum zu tun war, ein möglichst genaues Bild über die Lage der Heimarbeiter zu geben, dann mußten die Erhebungen doch auf eine größere Zahl von Arbeitern erstreckt werden. **Warum geschah das nicht?** Sollte es den Unternehmern wirklich nicht möglich gewesen sein, mehr als fünf vom Tausend der für sie tätigen Arbeiter für die Erhebung heranzuziehen? Die Vermutung liegt nahe, daß man eben nur die Verhältnisse **solcher Arbeiter der Oeffentlichkeit zeigen wollte, die besonders geschickt sind, unter besonders günstigen Verhältnissen arbeiten und deshalb in ihrem Einkommen erheblich bessergestellt sind, als alle übrigen Arbeiter der betreffenden Branche.** Wenn die Angaben, welche die Unternehmer der Handelskammer machten, für die Gesamtverhältnisse in der Berliner Heimarbeit typisch wären, dann müßte alles, was von anderer Seite, namentlich auch in der nicht von den Arbeitern beeinflußten reichhaltigen sozialpolitischen Literatur, das der Handelskammer völlig fremd zu sein scheint, über die Heimarbeit festgestellt worden ist, entweder bodenloser Unsinn oder purer Schwindel sein.

Mehr noch wie in den Einzelangaben der Handelskammer tritt in den allgemeinen Betrachtungen das Bestreben zutage, unter Hinweis auf wenige günstige Beispiele den Glauben zu erwecken, daß die Verhältnisse der Berliner Heimarbeiter sehr rosig sind und von einem Elend der Heimarbeiter keine Rede sein könne. Der Bericht bezeichnet die in einem Flugblatt aufgestellte Behauptung, daß in der Heimindustrie **12, 14, 16 Stunden täglich** gearbeitet werde, als unzutreffend. Was aber der Bericht selbst an tatsächlichen Angaben bringt, ist nicht geeignet, diese Behauptung zu widerlegen. Da ist beispielsweise eine Tabelle, die über die Arbeitszeit von 68 Heimarbeiterinnen Auskunft geben soll. In den allermeisten Fällen wird die Arbeitszeit als „unbestimmt“ bezeichnet, und wo bestimmte Angaben gemacht sind, da schwanken sie zwischen **6 und 13** Stunden täglich, wozu dann noch ebensoviele Stunden wöchentlich auf die Ablieferung der Arbeit verwendet werden müssen.

Auch die Einzelangaben über die Löhne, obgleich sie ersichtlich nur die günstigeren Fälle anführen, sind nicht geeignet, das zu widerlegen, was von anderer Seite über die schlechten Lohnverhältnisse der Heimarbeiter festgestellt worden ist. Was will es denn besagen, wenn von den wenigen Beispielen, welche die Statistik angibt, etwa die Hälfte Wochenlöhne von 20 M. und etwas darüber aufweisen, die aber in vielen Fällen nicht einmal von einer Arbeiterin allein, sondern **mit Hülfe von Angehörigen** verdient worden sind? Andererseits finden wir in der Statistik der Handelskammer aber auch Wochenverdienste von 15, 12, 10 M., wobei aber nie versäumt wird, darauf hinzuweisen, daß es sich in solchen Fällen nur um einen Nebenerwerb verheirateter Frauen oder Personen mit noch anderen Einnahmequellen handele. Also selbst nach dieser Statistik erscheinen die Verhältnisse der Heimarbeiter keineswegs als rosige. Zur Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse aber sind die Angaben schon deshalb nicht geeignet, weil man in keinem der angeführten Fälle sehen kann, wieviele Arbeitsstunden erforderlich waren, damit die Arbeiterin die angegebenen Wochenlöhne verdienen konnte.

Alles in allem hat die Handelskammer, selbst wenn man die ihr gemachten Angaben als einwandsfrei ansehen könnte — was wir nicht tun — nichts weiter bewiesen, als daß es unter den 120 000 Heimarbeitern und Arbeiterinnen, die nach den Ermittelungen der Handelskammer in Berlin vorhanden sind, eine kleine Zahl — sagen wir ein paar Hundert — gibt, die in nicht zu langer Arbeitszeit einigermaßen auskömmliche Löhne erzielen. **Das aber ist eine Tatsache, die noch von keiner Seite bestritten wurde. Zeigte doch selbst die Ausstellung unter der Fülle von Elend einzelne Beispiele, die als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden konnten.** Solche Ausnahmen bestätigen die Regel und diese ist, trotz aller Schönfärberei der Gewährsmänner der Handelskammer: Lange Arbeitszeit und niedrige Löhne sind neben einer Reihe sonstiger Uebelstände kennzeichnend für die Heimarbeit.

Die Veröffentlichung der Handelskammer ist weit entfernt, eine unbefangene und zutreffende Darstellung der Heimarbeit zu sein. Sie hat vielmehr die klar erkennbare Tendenz, die Unternehmer in der Berliner Heimindustrie vor gesetzlichen Schutzmaßnahmen, die zugunsten der Arbeiter etwa getroffen werden könnten, zu bewahren. — Nur ja keine gesetzgeberischen Eingriffe, die unsere blühende Industrie schädigen könnten! Das ist das Leitmotiv, welches auf jeder Seite des Handelskammerberichts deutlich vernehmbar anklingt. — Dieser Tendenz entsprechend, bemüht sich der Bericht, von Anfang bis zu Ende, es so hinzustellen, als müsse die Berliner Heimarbeit in ihrer heutigen Form gerade im Interesse der Arbeiter, namentlich aber der Arbeiterinnen, erhalten werden. Die Arbeiterinnen — so wird gesagt — wollen nicht in Fabriken oder Betriebswerkstätten gehen, sie wollen zu Hause bleiben, die Wirtschaft besorgen, und das Einkommen des Mannes durch Erwerbsarbeit nebenbei erhöhen helfen. An einer Stelle bemüht sich der Bericht sogar, an einem Einzelfall nachzuweisen, daß die Produktion in eigenen Werkstätten für den Unternehmer vorteilhafter sei, wie die Heimarbeit. Man sollte nun meinen, es müsse doch den Unternehmern recht sein, wenigstens nach und nach zum Fabrikbetriebe überzugehen. Aber weit gefehlt! **Die Unternehmer sträuben sich mit Händen und Füßen gegen die Abschaffung der Heimarbeit.** Weshalb? Das ist verständlich, wenn man sieht, welche Vortkile dieselbe selbst nach den Angaben der Handelskammer für die Unternehmer hat. Da heißt es: Die Heimarbeit befreit den Unternehmer von der Sorge um Beschaffung eigener Arbeitsräume, Betriebseinrichtungen usw. und von dem Risiko, das im Halten eines festen Arbeitspersonals besteht, die Unternehmung erhält damit im Vergleich zum Fabrikbetrieb größere Beweglichkeit, sie wird ohne erhebliche Schwierigkeit ihr Tätigkeitsgebiet ausdehnen, wenn die Konjunktur und Saison es gebieten, und wieder einschränken können, sobald das Geschäft abflaut. Als weiterer Vorteil wird vielfach der Umstand angesehen, daß die einengenden Vorschriften, welche der Staat im Interesse der Arbeiter für Fabrikbetriebe erlassen hat, insbesondere die Bestimmungen der sozialen Gesetzgebung den Unternehmer, der Heimarbeiter beschäftigt, nicht oder nur in bescheidenem Grade berühren. — Einen weiteren Vorteil, den die Heimarbeit dem Unternehmer bietet, verschweigt der Bericht wohlweislich. **Dieser Vorteil besteht darin, daß die Unternehmer den Heimarbeitern, die ihm einzeln gegenüberstehen und untereinander in der Regel keine Beziehungen haben, die ihm, dem Unternehmer, genehmere Arbeitsbedingungen leichter aufdrängen kann, als Fabrikarbeitern, bei denen ein solidarisches Zusammenhalten gegenüber dem Lohndruck viel leichter möglich als bei den Heimarbeitern.** Es ist ja vom Standpunkte egoistischer Unternehmer durchaus verständlich, daß sie eine Produktionsform, die ihnen solche Vorteile bietet, zu erhalten sich bemühen. Es ist auch nichts dagegen zu sagen, wenn Unternehmer einzeln oder in Korporationen ihre Interessen nach dieser Richtung vertreten. Wenn aber die Handelskammer eine Schrift veröffentlicht, die **unter dem Deckmantel einer unbefangenen Statistik** erscheint, und doch nichts anderes ist, als eine **Tendenzschrift gegen jeden gesetzlichen Schutz der Heimarbeiter und gegen jede irgendwie geartete Einschränkung der Arbeiterausbeutung,** dann verdient solches Verhalten der Handelskammer die allerentschiedenste Zurückweisung. Die Handelskammer ist eine Interessenvertretung des gewerblichen Großkapitals. Ihre Tendenzschrift ist noch minderwertiger als ähnliche Schönfärbereien der rheinisch-westfälischen Großindustrie. Die fast auf jeder Seite der Schrift klarliegende Tendenz, gesetzlichen Schutz gegen das durch die Heimarbeit verbreitete Elend zu vereiteln, sollte unsere gesetzgebenden Faktoren dazu anspornen, schleunigst diese längst spruchreife Frage endlich in Angriff zu nehmen.

Revierkonferenz der Ruhrbergleute.

Essen, 21. November. (Eig. Ber.)

Heute war wieder reges Leben im historischen Saale von van de Loo in Essen. Wiederum waren die Knappen zu einer bedeutsamen Entscheidung zusammenberufen. Außerordentlich stark war die Presse vertreten. Von den verschiedenen Organisationen der Bergarbeiter waren etwa 400 Delegierte erschienen. Auch die Kameraden des Wurmreviers, des Kölner Braunkohlenreviers und des Saarreviers hatten ihre Vertreter entsandt.

Kurz nach 11 Uhr wurde die Konferenz durch Effert eröffnet, der mit wenigen Worten auf den Zweck derselben hinwies.

Dann sprach Genosse Sachse über die vorzunehmende Lohnstatistik. Er macht den Vorschlag, in Anbetracht der bedeutenden Schwierigkeiten nur eine Statistik aufzunehmen und zwar im Januar und womöglich direkt auf den Zechen durch die Leiter der örtlichen Zahlstellenverwaltungen. Sollten sich die Zechen dagegen sträuben, so würde das nur für ihr schlechtes Gewissen zeugen. Die Statistik soll enthalten die Zahl der wirklich verfahrenen Schichten und die Schichten nach dem Lohnbuche, Gesamtlohn, Knappschaftsgefälle und sonstige Kassenbeiträge, sonstige Abzüge, Strafen, Gesamt-Reinlohn und Reinlohn pro Schicht.

Köster meint, die bekannt gewordenen Lohnerhöhungen seien lediglich auf Ueberschichten zurückzuführen. Die Ueberschichten würden auf die gewöhnlichen Schichten verrechnet, wodurch ein höherer, aber falscher Durchschnittslohn entstehe.

Effert macht Mitteilung, daß von 144 Ausschußsitzungen, welche 200 Schachtanlagen betreffen, Berichte eingegangen seien. In 80 Fällen seien Lohnerhöhungen zugesagt worden. In 46 Fällen eine sofortige Erhöhung der Schichtlöhne. Auf sechs Zechen soll nach dem 1. April 1907 eine 15 prozentige Lohnerhöhung erfolgen. Und auf 70 Werken soll angeblich eine Lohnerhöhung erfolgt sein in Höhe von 6 bis 16 Proz. Die amtliche Lohnstatistik erzählt aber nur von knapp 5 Proz. Lohnerhöhung. Es ist ein neuer Beweis vorhanden, daß die Lohnlisten gefälscht werden. Auf einer Grube des Ruhrreviers hat der Ausschuß Lohnbücher vorgelegt mit recht niedrigen Löhnen, die sogar dem Zechenvertreter auffällig gewesen sind. Die Lohnbücher wurden mit den Lohnjournalen verglichen und es ergab sich, daß in den Journalen der Lohn pro Mann und Schicht um 1 Mark höher verzeichnet stand, als er zur Auszahlung gelangt war. Die Lohnlisten sind also zuungunsten der Bergleute gefälscht worden und diese Fälschung ist auch in die amtlichen Lohnlisten übergegangen. Die Sache wird wohl zur weiteren Verfolgung dem Staatsanwalt übergeben werden. Nur die Lohnstatistik auf Grund der Lohnbücher könne ein klares Bild über die wirklichen Lohnverhältnisse schaffen.

Sachse spricht dann über: „die nunmehr einzuschlagenden Wege.“ Er gibt einen kurzen Ueberblick über die bisher unternommenen Schritte. Er weist den Vorwurf der Presse zurück, daß die Siebenerkommission die Bewegung verschleppe. Eine Verschleppung bezweckten die Unternehmer, indem sie mit den Ausschüssen verhandelten und falsche Lohnlisten veröffentlichten. Auch sei der Vorwurf zurückzuweisen, daß die generelle Forderung von 15 Proz. Lohnerhöhung für alle Arbeiter eine Ungerechtigkeit bedeute. Die Ungerechtigkeit sei auf seiten der Unternehmer, die eine so große Differenz in den Löhnen hätten eintreten lassen. Die Siebenerkommission und auch die Bergleute seien damit einverstanden, wenn die niederen Löhne eine bessere Berücksichtigung bei der Lohnerhöhung finden, als die hohen. Und dann stehen die Organisationen auch auf dem Standpunkt, daß ein Minimallohn gezahlt werden muß. Unsere Zechenherren sagen freilich, der Minimallohn sei eine Prämie auf die Faulheit. Aber in vielen Berufen sei der Minimallohn durch Tarifverträge eingeführt. Diesmal habe man den Karren nicht so schwer beladen wollen, deshalb habe man man sich mit einer 15 prozentigen Lohnerhöhung begnügt. Aber auf den Minimallohn sei damit nicht verzichtet und bei nächster Gelegenheit würde auch diese Forderung wieder erhoben werden. Die Sperre besteht in den meisten Revieren, im Ruhrrevier, in Sachsen, in Niederschlesien usw. Mit dem Ueberschichtenunwesen sei es ebenso bestellt. Um die Bewegung zu sprengen, hätten die Unternehmer den Zankapfel der Ausschüsse dazwischen geworfen, sie hätten ihren Zweck aber nicht erreicht. Die Siebenerkommission habe ihre Pflicht erfüllt, jetzt möge die Konferenz die ihre tun und einen Beschluß fassen, der im Interesse der gesamten Bergarbeiterschaft liege.

Effert macht noch ergänzende Ausführungen und erklärt: Die Werksbesitzer dürfen nicht glauben, daß die Ausschüsse von uns als Faktor betrachtet werden könnten, der die Organisationen ausschalten könnte. Die Ausschüsse gelten uns nur etwas, wenn sie von der Organisation gedeckt sind. So wird es von uns gehalten werden und wenn das Gesetz noch zehnmal besser gemacht würde.

Fast sämtliche Verbandsvertreter erklären in der zum Teil äußerst lebhaften Diskussion, daß die Forderungen durch Streik zur Anerkennung gebracht werden müssen. Man sei des Wartens müde. Man müsse den Zechenbesitzern zeigen, daß man nicht mit sich spielen lasse. Die Situation erfordere energisches Handeln, man müsse sich aller sentimentalen Anwandlungen entschlagen. Nur der sofortige Streik sei die richtige Antwort auf das Verhalten der Grubenbesitzer.

Die christlichen Redner waren sämtlich der Meinung, daß keine Stimmung für einen Streik vorhanden sei. Einige meinten, es würden höhere Löhne schon gezahlt und nach dem 1. April 1907 würden weitere Lohnerhöhungen folgen. Einige weitere christliche Redner meinten, wenn gestreikt würde, wüßten ihre Kameraden nicht, was sie tun sollten. Noch andere wieder erklärten ganz offen, sie würden nicht mitmachen, wenn gestreikt würde. Aber alle christlichen Redner waren darin einig, daß wenigstens bis Januar gewartet werden müsse, damit man erst sehe, was die Lohnstatistik ergebe.

Nach dieser Diskussion, in welcher so außerordentlich verschiedenartige Meinungen zum Ausdruck kamen, sahen sich schließlich die Organisationsvorstände veranlaßt, folgende Resolution in Vorschlag zu bringen:

Resolution.

„In Erwägung, daß die öffentliche Meinung durch die den Ausschüssen mitgeteilten falschen Lohnlisten der Werksbesitzer zurzeit irregeführt ist; in weiterer Erwägung, daß durch die bevorstehenden Weihnachtstage viele Kameraden von einem etwaigen sofortigen Streik abgehalten werden dürften und ferner auch, daß durch die für November und Dezember vielfach versprochenen Lohnaufbesserungen sich viele irre führen lassen werden, raten wir zuerst, die von den Organisationen veranstaltete Lohnstatistik für das letzte halbe Jahr abzuwarten, ehe die folgenschwere Entscheidung getroffen wird. Nach Fertigstellung der Statistik haben die Siebenerkommission und die Verbandsvorstände sofort die notwendigen Schritte zu tun. Die gestellten Forderungen werden voll und ganz aufrecht erhalten. Die Konferenz ist überzeugt, daß dieselben angesichts der bereits vom Kohlensyndikat beschlossenen Kohlenpreiserhöhungen ab 1. April eher zu niedrig als zu hoch sind.“

Aus der Mitte der Delegierten war noch ein Antrag eingegangen, der sofortige Arbeitsniederlegung forderte. Sachse begründete die Resolution mit dem Verlauf der Diskussion. Man möge recht sorgfältig an der Statistik arbeiten und dann im Januar zu einer neuen Konferenz zusammentreten. Die Bewegung sei mit der heutigen Konferenz nicht zu Ende, vielmehr sage er, wenn die Unternehmer nicht nachgeben wollten, dann dürften die Bergleute auch vor dem äußersten Mittel nicht zurückschrecken. Den Antrag, welcher auf sofortigen Streik laute, bitte er zurückzuziehen. Im gleichen Sinne sprachen die Leiter der anderen Organisationen.

Einige Delegierte erklären, daß sie schweren Herzens der Resolution zustimmen wollen, um zu zeigen, daß die Bergleute nach wie vor einig sind.

Auf Zeche „Neumühl“ droht ein Streik wegen verschiedener Maßregelungen, die in den letzten Tagen vorgekommen sind. Eine Kommission soll mit der Zechenverwaltung und mit dem Oberbergrat verhandeln, damit die Maßregelungen rückgängig gemacht werden.

Der Streikantrag wird zurückgezogen und darauf die Resolution mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Sachse wünscht dann noch einen Beschluß herbeizuführen wegen der rigorosen arbeiterfeindlichen Bestimmungen des

Gesetzentwurfs betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Die christlichen Redner Behrens und Köster sind mit dem Gesetzentwurf ebenfalls nicht einverstanden und sagen, lieber kein Gesetz, als ein solches, aber einem Beschluß wollen sie nicht zustimmen aus Gründen der Disziplin, weil sich der Gesamtverband der christlichen Gewerkvereine mit der Frage befassen wolle.

Von einigen Delegierten wird verlangt, daß von der Siebenerkommission und von den Organisationsvorständen eine Massenaktion gegen diesen Gesetzentwurf eingeleitet werde.

Nach einigen anfeuernden Worten Sachses wurde die Konferenz dann geschlossen. Sie hatte 6½ Stunde gedauert.

Soziales.

Ueber die Heimarbeitsenquete der Handelskammer

debattierte am Dienstag eine gut besuchte Versammlung der Vereinigung Berliner Agenten der Textilindustrie. An der Debatte beteiligten sich auch mehrere Inhaber großer Konfektionsfirmen sowie Mitglieder der Handelskammer. Den Vortrag über die wirtschaftliche Bedeutung der Heimarbeit hielt Herr Bry. Der Vortragende hat — wie er mitteilte — den Vorsitz in der Kommission geführt, welche von der Handelskammer mit den Erhebungen über die Berliner Heimarbeit betraut worden ist. Herr Bry hat die Arbeiten der Kommission geleitet, er ist also wahrscheinlich auch Verfasser der von uns an anderer Stelle besprochenen Denkschrift über die Heimarbeit. Diese Tatsache ist insofern von Interesse, als sie uns eine Erklärung für das Zustandekommen der einseitigen und tendenziösen Arbeit der Handelskammer gibt. Nicht, daß wir Herrn Bry unterstellen wollten, er habe bewußt eine den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechende Darstellung gegeben oder gar die Erhebung nach dieser Richtung beeinflußt. Wir trauen Herrn Bry, der uns kein Unbekannter ist, vielmehr zu, daß er redlich bemüht war, eine nach seiner Meinung objektive und einwandsfreie Arbeit zu liefern. Aber wir wissen auch, daß Herr Bry nach Lage der Verhältnisse diese Aufgabe beim besten Willen nicht erfüllen konnte. Herr Bry, der Großunternehmer in der Holzindustrie, kennt das weitverzweigte, vielgestaltete Gebiet der Heimarbeit aus eigener Anschauung nicht. Was er in der Denkschrift sowie in seinem Vortrage gesagt hat und was er sonst über die Heimarbeit zu wissen glaubt, ist nichts anderes als der Niederschlag dessen, was ihm die Unternehmer der Konfektion und anderer Zweige der Heimindustrie in den monatelangen Arbeiten der Enquetekommission vorgetragen haben, ohne daß die Angaben der Unternehmer durch Befragung von Arbeitern nachgeprüft wurden. Herr Bry hat sich hinsichtlich der Heimarbeit die Anschauungen und Gedankengänge der Konfektionsunternehmer so vollkommen zu eigen gemacht, daß er jetzt als beredter Anwalt der Berliner Heimindustrien in ihrer gegenwärtigen Gestalt auftritt, obwohl er selbst, wie er in seinem Vortrage sagte, der Fabrikarbeit den Vorzug vor der Heimarbeit gibt, und obwohl er selbst der Meinung ist, daß die Lage der Berliner Heimarbeiter so, wie sie nach den Erhebungen der Handelskammer erscheint, keineswegs als eine gute bezeichnet werden kann.

Von Interesse ist auch der Grund, den Herr Bry dafür angab, daß die Enquetekommission keine Arbeiter befragt hat. Er sagte nämlich, da eine Organisation der Heimarbeiter nicht bestehe und die Angaben einzelner Arbeiter angezweifelt werden könnten, so habe die Kommission von der Befragung von Arbeitern abgesehen, sie überlasse es vielmehr den Arbeitern sowie den Gegnern der Heimarbeit, Material zu sammeln, durch das die Angaben der Enquetekommission ergänzt und berichtigt werden könnten.

Der Grund, den Herr Bry für das Uebergehen der Arbeiter angibt, ist durchaus nicht stichhaltig. Wir wissen nicht, ob die Kommission ihr Material nur von Unternehmerorganisationen bezogen hat. Aus der Denkschrift geht das — soweit wir sehen — nicht hervor. Sollte es aber so sein, dann möchten wir fragen: Wenn es keine Unternehmerorganisationen in der Heimindustrie gäbe, hätte dann die Handelskammer darauf verzichtet, Erhebungen zu veranstalten, welche Material gegen die Ergebnisse der Heimarbeitausstellung herbeischaffen sollten?

Wenn es auch keine Organisation gibt, die nur Heimarbeiter umfaßt, so hat doch — um nur die größten Heimindustrien zu nennen — der Schneiderverband und der Wäschearbeiterverband Heimarbeiter genug in seinen Reihen, um Angaben über deren Verhältnisse machen zu können.

Wie man einwandsfreie Erhebungen vornehmen kann, das hat schon im Jahre 1896 anläßlich des damaligen Konfektionsarbeiterstreiks das Berliner Gewerbegericht gezeigt, als es sich um Erhebungen zum Zweck der Aufstellung von Tarifen handelte. Damals wurden zunächst Arbeiter und Arbeiterinnen bestimmter Firmen und bestimmter Zwischenmeister vernommen. Anderen Tages befragte man dann die betreffenden Zwischenmeister und Firmeninhaber, um so durch Gegenüberstellung der von beiden Seiten gemachten Angaben die tatsächlichen Verhältnisse festzustellen. Bei jener Gelegenheit haben wir die Beobachtung gemacht, daß Unternehmer und Zwischenmeister, als sie merkten, daß es dem Gewerbegericht um die Ermittelung der Wahrheit zu tun war, ihre Angaben verweigerten und schließlich überhaupt nicht mehr zu den Vernehmungen erschienen. Gewitzigt durch die Erfahrungen von 1896 sind die Unternehmer — es sind ja meist noch dieselben wie damals — bei den jetzigen Erhebungen der Handelskammer hübsch unter sich geblieben, und sie haben in Herrn Bry einen eifrigen Verfechter ihrer Interessen gefunden.

Was Herr Bry in seinem Vortrage zur Sache selbst sagte, das deckt sich vollkommen mit dem Inhalt der Denkschrift der Handelskammer. Hier wie dort vertrat er die Ansicht, daß die Berliner Heimarbeit für die in Frage kommenden Industriezweige die beste Produktionsform sei, die nicht in Fabriken verlegt werden könne, wenn man nicht die meisten Unternehmer ruinieren und den größten Teil der Heimarbeiter, namentlich die heimarbeitenden verheirateten Frauen, schädigen wolle. Er wünsche von Herzen Schutzgesetze, aber die Gesetzgebung dürfe nicht den Weg gehen, den die Leitung der Ausstellung gewiesen habe. Das einzige, was der Vortragende zugunsten der Heimarbeiter vorschlug, war die gesetzliche Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Heimarbeiter in Deutschland und Aufhebung der Unterscheidung von Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden.

In vollkommener Uebereinstimmung mit den Grundgedanken des Vortrages äußerten sich einige Inhaber großer Konfektionsfirmen, so die Handelskammermitglieder Guggenheim und Kommerzienrat Bamberg, sowie der Vorsitzende des Vereins der Herren- und Knabenkonfektion, Herr Gollop. Andere Redner übten Kritik an Einzelheiten des Vortrages, sprachen auch zum Teil gegen die Heimarbeit. Als grundsätzlicher und entschiedener Gegner der Ausführungen des Vortragenden trat Benno Maaß auf, der unter anderem den kleinlichen und engherzigen Gesichtspunkten, welche die Verteidiger der Heimarbeit ins Feld führten, mit dem Hinweise auf die Tatsache entgegentrat, daß die Unternehmer immer, wenn soziale Verbesserungen zugunsten der Arbeiter durchgeführt werden sollten, die Behauptung aufstellten, durch solche Verbesserungen werde die Industrie ruiniert. Auch die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sei vor ihrer Einführung mit diesem Argument bekämpft worden, und doch hätten die Tatsachen bewiesen, daß die Sonntagsruhe keinem Unternehmer geschadet habe. Auch die Heimarbeit werde einmal beseitigt werden, und die Industrie werde daran nicht zugrunde gehen.

Zur Selbstverwaltung in den Ortskrankenkassen.

In Rheydt ist ein fast zweijähriger Kampf um die Selbstverwaltung in der Allgemeinen Ortskrankenkasse beendigt, und lohnt es sich, die verschiedenen Phasen und den Ausgang desselben der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Die genannte Kasse wurde bis Anfang des Jahres 1905 von einem Magistratssekretär im Nebenamt verwaltet, wie es in Rheydt allgemein Usus war, daß die Kommunalbeamten sich Nebeneinnahmen verschafften. Eine Opposition, die sich in der Bürgerschaft gegen dieses System geltend machte, veranlaßte auch den Sekretär, den Rendantenposten niederzulegen. Die Arbeitnehmer im Vorstande der Kasse schlugen den Genossen Heusgen aus Krefeld, der ein tüchtiger Krankenkassenbeamter ist, als Rendant vor. Wäre Heusgen nicht Sozialdemokrat gewesen, so würden ihn auch die Arbeitgeber akzeptiert haben, jetzt aber wollten sie den Stadtsekretär Herr als Rendant. Als die Arbeitnehmer sich einstimmig für Heusgen erklärten, wurden allerlei Schwierigkeiten gemacht, die Kautionssumme erhöht und eine Probezeit festgesetzt, doch auch diese erschwerten Bedingungen wurden angenommen. Die Arbeitgeber legten die Aemter im Vorstande nieder; durch dieses Manöver ließen sich die Arbeitnehmer nicht beirren und wählten am 20. Januar 1905 den Genossen Heusgen zum Rendanten. Von der Aufsichtsbehörde wurde dem Vorstande aufgegeben, sich jeder weiteren Maßnahme betreffs der Rendantenwahl zu enthalten, und wie nun der Vorsitzende dem Heusgen privatim Mitteilung von der Wahl machte, wurde der Vorstand seines Amtes enthoben!

Die Generalversammlung, welche nicht alle Anordnungen der Aufsichtsbehörde guthieß und sich z. B. weigerte, eine Jahresrechnung, welche nicht gehörig geprüft war, abzunehmen, wurde zweimal aufgelöst. Daß das Mißtrauen der Vertreter berechtigt war, zeigte sich nachher, als ganz bedeutende Unterschlagungen festgestellt wurden.

Der Vorstand hatte gegen seine Amtsenthebung Beschwerde erhoben und entschied das Oberverwaltungsgericht am 1. Februar 1906 endgültig zu seinen Gunsten. Mittlerweile hatten auch die Vertreterwahlen stattgefunden und waren die freien Gewerkschaften, trotz der heftigen Gegenagitation der Aufsichtsbehörde in Verbindung mit den Christlichen, als Sieger aus dem Kampf hervorgegangen. Der Vorstand übernahm wieder die Verwaltung und gedachte sofort seine früher gefaßten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen. Dazu gehörte vor allen Dingen die Einführung des Genossen Heusgen in sein Amt als Rendant. Durch diese Rechnung hatte die Aufsichtsbehörde einen Strich gemacht, sie hatte nämlich den Stadtsekretär Herr am 25. Juli 1905, trotzdem das Streitverfahren schwebte, als Rendant angestellt, und zwar auf Lebenszeit! Gegen diese Maßnahme protestierte der Vorstand, doch vergeblich, der Vertrag wurde als zu Recht bestehend anerkannt.

Bei genauer Durchsicht des Vertrages entdeckte der Vorstand dann, daß die Kasse sehr geschädigt wurde, es wurden nämlich Ausgaben gemacht, die laut Vertrag der Rendant zu decken hatte. Der Vertrag ging dahin, daß Herr pro Mitglied 85 Pf. erhält, aus dieser Pauschale aber sämtliche persönlichen Ausgaben zu decken hat. Es ist ihm ein Einkommen von 4500 M. steigend bis 5300 M. gewährleistet, außerdem ist ihm Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung zugesichert. Bemerken wollen wir, daß seine Einnahmen das garantierte Einkommen weit übersteigen, er verwaltet dann nebenbei noch eine Kasse, was ihm 600 Mark einbringt. Nun bezahlt der Rendant aber nicht das Gehalt der Krankenkassenkontrolleure aus der Pauschale, er stellt sich auf den Standpunkt, dieses sei keine persönliche Ausgabe und müsse aus der Kasse bezahlt werden. Gegen eine solche Auffassung erhoben die Vorstandsmitglieder Beschwerde, doch wurde der Standpunkt des Rendanten von allen in Betracht kommenden Instanzen geteilt. Das Fazit des Kampfes, während welchem der Redakteur unseres Krefelder Parteiblattes wegen Beleidigung der Aufsichtsbehörde mit 150 M. und der Vorsitzende der Kasse, Genosse Meyer, mit 30 M. bestraft wurden, ist folgendes: Dem Vorstande wurde vom Oberverwaltungsgericht sein Recht, seiner Beschwerde wurde stattgegeben und mußte er wieder in sein Amt eingesetzt werden. In der Zwischenzeit hat aber die Aufsichtsbehörde, welche ungesetzlich vorgegangen war, einen den Arbeitgebern genehmen Rendanten auf Lebenszeit angestellt und ist gegen die Rechtsgültigkeit des Vertrages nicht anzukommen. Die Mitglieder haben also einen Rendanten, der ihnen nicht paßt, und arbeitet dieser unter Bedingungen, die dem rechtlichen Empfinden der Beteiligten Hohn sprechen. Und das nennt man Selbstverwaltung. — Aus welchem Grunde schreitet die Staatsanwaltschaft gegen die Rheydter Aufsichtsbehörde nicht wegen Amtsmißbrauchs ein? Uebrigens möchten wir bezweifeln, daß der Rendantenvertrag nicht vom Gericht für ungültig erklärt werden würde. Ein so offensichtlich gegen das Interesse der Kasse verstoßender Vertrag durch eine, wie das Oberverwaltungsgericht festgestellt hat, zu Unrecht als Vorstand funktionierende Behörde entbehrt in vollem Umfange der Rechtsgültigkeit, gleichviel, wie die der „Aufsichtsbehörde" übergeordneten Instanzen entschieden haben.

„Der deutsche Arbeiter hat eine gesicherte Existenz bis ins hohe Alter hinein."

Mit Tarabumdiäh, Schneddderendeng, Taradibum wird jetzt im Kriegerverein von Gröditz die Werbetrommel gegen die Arbeiter in dem Bezirk des bekannten Lauchhammerschen Eisenwerkes unter Vorantritt des freikonservativen Reichstagsabgeordneten Prüschenk von Lindenhofen gerührt.

Die dort gehaltenen Jubelreden über die prächtige Lage der Arbeiter werden durch folgenden Vorfall trefflich illustriert.

In dem Eisenwerk Lauchhammer, früher Gräfl. Einsiedelschen Werke in Gröditz, war seit dem Jahre 1901 der Schlosser Schulze beschäftigt. Schulze war zuerst als Heizer und Maschinist eingestellt, wurde dann aber, weil man ihn im Verdacht hatte, sozialdemokratischen Tendenzen zu huldigen, in eine andere, schlechter bezahlte Stellung „versetzt".

Auch durch diese Strafversetzung trat eine Besserung bei diesem verstockten Sünder noch nicht ein, und so mußte Sch. eine nochmalige „Versetzung" in eine schlechter bezahlte Stellung über sich ergehen lassen.

Unser Genosse kam in die elektrische Schweißerei. Hier ereilte ihn sein Schicksal. Am 26. Oktober verunglückte Sch. beim elektrischen Schweißen dadurch, daß ihm die elektrischen Strahlen das linke Auge verletzten.

Noch während seiner Krankheit und zwar am 6. November erhielt Sch. von dem Eisenwerk Gröditz seine Kündigung zugestellt.

Am 9. November ist Schulze von dem ihn behandelnden Arzte als arbeitsfähig aus dem Krankenhause entlassen worden. Als er am 10. November im Kontor des Lauchhammerwerkes in Gröditz sich wieder zur Arbeit meldete, um doch wenigstens seine Kündigungszeit abzuarbeiten, wurde ihm eröffnet, der Direktor Lippmann habe seinen Kurschein gesehen und infolge der Bemerkung des den Sch. behandelnden Arztes auf dem Kurschein: „linkes Auge vollständig erblindet, rechtes Auge stark angegriffen" habe der Herr Direktor Lippmann befohlen, Sch. solle sofort das Werk verlassen. Er, der Direktor, wolle nicht, daß Sch. das rechte Auge auch noch einbüße. Seine Papiere und das Geld für die 14 Tage könne er sofort in Empfang nehmen.

So war Schulze, der fünf Jahre in diesem Werke gearbeitet hatte und Vater von drei Kindern ist, entlassen.

Eine Eingabe an den Generaldirektor Hallbauer, ihm doch wenigstens die an die Pensionskasse geleisteten Beiträge zurückzuerstatten, wurde abschlägig beschieden.

Bei den Arbeitern in Gröditz hat sich mit Recht eine lebhafte Empörung über die Behandlung des entlassenen Arbeiters Luft gemacht. Sie beschlossen, den so aufs Pflaster geworfenen und dem Hunger überlieferten Kollegen und Genossen nicht fallen zu lassen. Die Genossen beabsichtigen, Sch. in dem neugegründeten Konsumverein ein Unterkommen zu verschaffen. Die Direktion des Lauchhammer-Werkes scheint aber auch hier dem von ihr aufs Pflaster geworfenen Arbeiter keine Ruhe lassen zu wollen. Alle auch nur erdenklichen Mittel werden angewendet, um den neuen Konsumverein zu vernichten.

Der Vorfall wird so manchen noch „reichstreuen" Arbeiter über die Notwendigkeit aufklären, sich der Sozialdemokratie anzuschließen.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz

ist am 31. Mai vom Landgericht I in Berlin der Schlächtermeister Otto Hinderlach zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Ein Reisender hatte ihm ein Pulver zur Konservierung des Fleisches gebracht, welches angeblich erlaubt war. Kaum hatte er es dem Hack- und Schabefleisch beigemischt, so kam die Polizei und ließ durch Dr. Juckenack das Vorhandensein von schwefliger Säure im Fleische feststellen. — Auf die Revision des Angeklagten und gemäß dem Antrage des Reichsanwalts hob am Dienstag das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil die Feststellung, daß der Angeklagte vorsätzlich gehandelt habe, sich als unzureichend begründet erweise, es hätte höchstens Fahrlässigkeit angenommen werden können.

Schamlos.

Ein Beleidigungsprozeß, der die Rechte der Gewerkschaftsbewegung betraf, wurde am 17. November 1906 vor dem Landgericht zu Neu-Ruppin gegen den Brauer Ludwig Hodapp zu Weißensee verhandelt.

Im Frühling 1906 suchten die Angestellten der Aktienbrauerei vorm. Gebr. Schönbeck die Einführung eines Lohntarifs durchzusetzen. Der Gauleiter Backert wandte sich erst brieflich an die Brauerei, doch hielt es der Vertreter der Brauerei, Herr Garbsch, nicht für nötig, darauf auch nur zu antworten. Als Herr Backer einige Zeit darauf persönlich vorsprach, hielt ihn Garbsch hin und gab ihm keine bestimmte Antwort.

Demnächst begann Garbsch mit seinen Arbeitern selbst Verhandlungen über die Lohnfrage. Diese wünschten jedoch, daß die Verhandlungen durch den Verband geführt würden. Als der Angeklagte Hodapp zu diesem Zwecke Garbsch aufsuchte, lehnte dieser jede Verhandlung ab, wie er selbst erklärte, „weil er nicht wolle, daß sich der Verband zwischen ihn und seine Arbeiter dränge". Den Arbeitern erklärte Garbsch, wer nicht innerhalb drei Tagen aus dem Verbande ausgetreten wäre, würde gekündigt. Darauf legten diese die Arbeit nieder. Noch einmal suchte Hodapp, der zur Schlichtung des Streites herbeigerufen war, eine persönliche Verhandlung mit Garbsch, wurde aber von diesem vom Brauereigrundstück verwiesen. Darauf veröffentlichte Hodapp ein Flugblatt, worin das Vorgehen des Garbsch gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter deutlich charakterisiert war. Er wurde deshalb, wie wir seinerzeit mitteilten, wegen Beleidigung des Garbsch angeklagt und auch vom Schöffengericht in Neu-Ruppin, trotzdem er noch nicht vorbestraft war, zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Das Schöffengericht erblickte nämlich in der Androhung, die dem Verbande angehörigen Arbeiter würden entlassen, wenn sie nicht aträten, durchaus keinen unberechtigten Zwang, sah aber einen Zwang darin, daß die Arbeiter den Wunsch hatten, durch ihren Vertreter mit Garbsch zu verhandeln. Ja es ging so weit, zu sagen, nicht Garbsch, sondern die Arbeiter hätten damit einen Terrorismus ausgeübt.

In der Berufungsinstanz vor dem Landgericht Neu-Ruppin wies der Angeklagte darauf hin, daß sein Verband schon mit Hunderten von Brauereien Tarifverträge abgeschlossen hätte, die zur Zufriedenheit aller Teile in Wirksamkeit wären, er hätte also mit Recht darüber entrüstet sein dürfen, daß Garbsch ihn nicht einmal anhörte und in so rücksichtsloser Weise gegen die Arbeiter vorging. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine aus Berlin charakterisierte das durch politische Vorurteile und Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse hervorragende Urteil erster Instanz in gebührender Weise. Er führte aus, daß der Angeklagte allerdings das Verhalten des Garbsch als „schamlos" bezeichnet hätte; nun würde unzweifelhaft Garbsch auch heute noch, wenn man ihn fragte, ob er sich seines Vorgehens schämte, sagen, daß er dies nicht täte, denn er bildete sich offenbar ein, völlig richtig gehandelt zu haben. Darüber mit Garbsch zu rechten, hätte keinen Zweck. Indessen müßte es dem Angeklagten auch gestattet sein, dies Verhalten entsprechend zu bezeichnen. Mindestens wäre eine Herabsetzung der Strafe am Platze. Das Gericht billigte dem Angeklagten zu, daß er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hätte, meinte aber doch, daß der Ausdruck „schamlos" beleidigend wäre. Es setzte indessen die Geldstrafe auf 100 Mark herab.

Die widerrechtlich zurückgezogene Tanzerlaubnis.

Ein Polizeiakt, wie er nach höchstrichterlichem Entscheide unstatthaft ist, lag einem Strafverfahren gegen den Gastwirt Bensch zu Oswitz bei Breslau zugrunde. Bevor Herr Bensch dem Boykott der Arbeiterschaft von Breslau und Umgegend gegen die Saalbesitzer nachgab, erhielt er vom Ortsvorsteher die schriftliche Erlaubnis, an den Montagen im Monat Mai in seinem Saal in Oswitz öffentliche Tanzlustbarkeiten abzuhalten. Ein solcher Montag war der 7. Mai. Inzwischen hatte er seinen Saal der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt. Am Morgen des 7. Mai ließ ihm nun der Amtsvorsteher durch den Amtssekretär mündlich mitteilen, daß er jene Tanzerlaubnis zurückziehe. Bensch ließ trotzdem am Abend dieses Maimontags öffentlich tanzen, indem er sich an die schriftliche Erlaubnis hielt. Die Folge war eine Anklage wegen Veranstaltung einer öffentlichen Tanzlustbarkeit ohne die polizeiliche Genehmigung, die nach einer Regierungspolizeiverordnung dafür erforderlich ist. Der Angeklagte bestritt, sich strafbar gemacht zu haben, und betonte, die Zurücknahme der einmal erteilten polizeilichen Tanzgenehmigung für die Maimontage sei ohne triftigen Grund und auch ohne Angabe von Gründen erfolgt, so daß er sich nicht danach habe richten brauchen.

Das Landgericht Breslau als Berufungsinstanz verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte aus: Wenn die Polizei, die für die Erteilung der Erlaubnis zuständig war, die Erlaubnis zurückzog, so sei eben keine Erlaubnis mehr vorhanden gewesen. Selbst wenn die Rücknahme der Erlaubnis grundlos erfolgt wäre, hätte dem Gastwirt nur der Weg der Beschwerde beziehungsweise des Verwaltungsstreitverfahrens offen gestanden; auf keinen Fall hätte er ohne Erlaubnis eine öffentliche Tanzlustbarkeit abhalten dürfen.

Angeklagter legte Revision ein und berief sich wieder darauf, daß er ja die schriftliche Erlaubnis in Händen gehabt habe und so im Besitze eines wohlerworbenen Rechtes gewesen sei. Der Amtsvorsteher habe zwar keine Gründe für sein Vorgehen angeführt! Indessen sei anzunehmen, daß er die Erlaubnis deshalb habe zurücknehmen wollen, weil Angeklagter, um sich nicht wirtschaftlich ruinieren zu lassen, dem Drucke der Sozialdemokratie nachgegeben und ihnen seinen Saal zur Verfügung gestellt habe. Das sei kein Grund, der die Rücknahme der Erlaubnis rechtfertigen könnte.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts hob das Urteil des Landgerichts auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Der Amtsvorsteher habe hier den Amtssekretär beauftragt, dem Angeklagten an dem Tage, wo nachmittags die öffentliche Tanzlustbarkeit stattfand, zu sagen, die erteilte Erlaubnis werde zurückgezogen. Die Frage sei nun, ob eine solche Erklärung Rechtsgültigkeit beanspruchen könne. Nun sage die Regierungspolizeiverordnung selbst nichts darüber, daß Genehmigungen zurückgezogen werden dürften. Selbstverständlich habe aber die Polizei das Recht, auf Grund des § 10, Teil II, Titel 17 des Allgemeinen preußischen Landrechts einzuschreiten in allen den Fällen, wo dem Publikum Gefahren drohen oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet erscheint. Dann dürfe aber nicht so wie hier einfach erklärt werden, die Erlaubnis werde zurückgezogen, sondern es müsse eine selbständige polizeiliche Verfügung erlassen werden, die erkläre, aus welchen Gründen etwas verlangt oder untersagt werde. Wenn es vielleicht auch nicht nötig sei, müsse sie möglichst schriftlich ergehen, weil die Rechtsbehelfe aus dem Landesverwaltungsgesetz (Beschwerde, Klage) an eine Frist gebunden seien. Vorliegend habe nun der Amtssekretär nicht gesagt, der Amtsvorsteher verbiete die für heute abend geplante öffentliche Tanzgelegenheit aus den und den Gründen, sondern er habe nur gesagt, die Genehmigung werde zurückgezogen! Das reiche nicht aus. Hieraus folge die Freisprechung.

Wird nunmehr die Staatsanwaltschaft gegen den Amtsvorsteher wegen Amtsmißbrauch vorgehen?

Wasserstand am 22. November. Elbe bei Aussig —,— Meter, bei Dresden — 1,31 Meter, bei Magdeburg + 1,16 Meter. — Unstrut bei Straußfurt —,— Meter. — Oder bei Ratibor +1,10 Meter. — Neißemündung + 1,24 Meter. — Oder bei Brieg + 1,70 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 1,52 Meter.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Wahlprobe veranstalteten die bürgerlichen Frauen von New York am Tage der Staatswahl, wie „New York Herald" erzählt. Die „Liga für gleiche Rechte" hatte ein Bureau eingerichtet, wo über 21 Jahre alte Frauen ihre Stimme für einen der Gouverneurskandidaten abgeben konnten. Die Liga hatte an alle drei Kandidaten, den Demokraten, den Republikaner und den Sozialisten, Schreiben gerichtet mit dem Ersuchen, Stellung zum Frauenwahlrecht zu nehmen. Der Demokrat Hearst ließ durch seinen Sekretär antworten, daß er der Frage seine Aufmerksamkeit schenken werde. Der Republikaner Hughes ließ durch seine Frau den Empfang des Schreibens höflichst bestätigen, ohne sich zu der gestellten Frage zu äußern. Der Sozialist Chafe erklärte sich unumwunden für das Frauenwahlrecht und wies auf das Programm seiner Partei hin, in welchem ausdrücklich die Gleichberechtigung der Frau anerkannt werde. Es wurden nicht mehr wie 348 Stimmen abgegeben; davon erhielt der Sozialist 165; zehn Stimmen waren ungültig.

Berichtigung. In dem Aufsatz: „Proletarische und bürgerliche Frauenbewegung" muß es am Schluß des ersten Absatzes heißen:

Sie wird dann leicht die Vorkämpferinnen der bürgerlichen Frauenbewegung für Vorkämpferinnen der Frauen (nicht Proletarierin) überhaupt ansehen usw.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Witterungsübersicht vom 22. November 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	772	S	3	heiter	2	Haparanda	762	NW	2	halb bd.	−3
Hamburg	770	SSW	2	bedeckt	8	Petersburg	768	SW	3	bedeckt	6
Berlin	772	SSO	2	bedeckt	4	Scilly	767	SSW	5	bedeckt	11
Frankf. a. M.	773	SW	2	Regen	8	Aberdeen	757	SSW	2	bedeckt	12
München	776	SW	2	Regen	6	Paris	773	SSW	2	bedeckt	12
Wien	776	W	1	halb bd.	2						

Wetter-Prognose für Freitag, den 23. November 1906.
Etwas wärmer, teilweise aufklarend, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 24. November.
Anfang 7½ Uhr.

Opernhaus. Drittes Sinfoniekonzert der königlichen Kapelle.
Schauspielhaus. Hamlet, Prinz von Dänemark.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Westen. Drei Rolandsknappen.
Lortzing. Der Wildschütz.
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Der Sturm.
Lessing. Rosmersholm.
Zentral. Der Vogelhändler.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der Hochtourist.
Neues. Kinder.
Komische Oper. Carmen.
Residenz. Triplepatte.
Lustspielhaus. Husarenfieber.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Herr Hauptmann v. Köpenick.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Luisen. Preciosa.
Bernhard Rose früher Carl Weiß. Der Millionenbauer.
Trianon. Der Hausfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kasino. Die beiden Champignol.
Folies Caprice. Serenissimus August XXVI. — Das Modell. — Das Provinzmädel.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Im wissenschaftlichen Theater: 8 Uhr: Sizilien.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Morgen nachm. 3 Uhr: Volkstümliche Klassikervorstellung zu ermäßigten Preisen: Faust.

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Heute abend 7½ Uhr:
Drei Rolandsknappen
Gutscheinhefte ungültig.
Sonnabend 3 Uhr: Schüler-Vorstellung bei kleinen Preisen: Undine.
Abends 7½ Uhr: Schützenliesel.

Neues Schauspielhaus
Freitag, den 23. November:
Der Sturm.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Die Hochzeitsfackel.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Condottieri.
Morgen und folgende Tage:
Die Condottieri.

Kleines Theater.
Heute abend 8 Uhr zum 124. Male:
Ein idealer Gatte.
Sonnabend z. 1. Male: Die Feinde. Szenen (3 Akte) von Maxim Gorki.
Sonntag: Die Feinde.
Montag: Die Feinde.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr: **Husarenfieber.**
Sonnabend nachm.: Gänseliesel.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Der Vogelhändler.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Zum ersten Male:
Preziosa.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 4 Uhr Kindervorstellung: Die sieben Raben.
Abends: Flotte Weiber.
Sonntag nachmittag geschlossen.
Abends: Sherlock Holmes.
Montag: Flotte Weiber.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater abends 8 Uhr: **Sizilien.**

Komische Oper.
Freitag, den 23. November, 8 Uhr:
Carmen.
Sonnabend: Die Bohème.
Sonntag abend: Lakmé.
Montag: Hoffmanns Erzählungen.

Lortzing-Theater
Bellealliancestr. 7/8.
Freitag, den 23. November, 7½ Uhr:
Der Wildschütz.
Abonnements gültig.
Morgen Sonnabend: Die Fledermaus.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute Anfang 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Godfernaux.
Vicomte Robert de Houdan: Richard Alexander.
Totensonntag abends 7½ Uhr: Frou-Frou. — In Vorbereitung: Florette und Patapon.

Metropol-Theater
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary. Wolff. Bender. Giampietro. Josephi.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Totensonntag, den 25. November: Einmalige Aufführung:
Der Müller und sein Kind.

Wintergarten.
Anfg. 8 Uhr.
Heute:
Ruth St. Denis
die berühmte indische Tänzerin
u. das interressante Spezialitäten-Programm.
Bros. Permané Excentrics
Angelo's letzte Kunstst.
La Vilma Sandmalerin
Das Millmann-Trio Drahts.-Akt.
Staleys Verwandlungsakt D. mus. Kassbind.
„Im sonnigen Spanien" Engl. Balletscene, ausgef. von d. John Tiller-Tr. a. Land.
The 3 Urma-Sisters Trapezkünstlerinnen.
O. K. Sato Kom. Jongleur.
Maria Vinent von der Königl. Oper in Madrid.
Li Jem Hai San Chinesentrup.
Clotilde Florido Span. Tänzerin.
Der Biograph 1. Wettlaufen. 2. Die Hochzeit im Automobil.

Apollo Theater
Nur noch 8 Tage!
Das große November-Programm mit **Liane d'Eve.** Die Original-Matschiche-Tänzerin.
Die Seldoms. Plastische Darstell. 1 Dame, 3 Herren.
Sonntag, den 25. November (Totensonntag), abends 8 Uhr: Große Vorstellung. Ausgewähltes erstkl. Progr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.
Ein republikanisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die rote Robe.**
Sonntag, abends 8 Uhr: Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Freitag, abends 8 Uhr: **Der Hochtourist.**
Schwank in 3 Akten von Kurt Kraatz und Max Real.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Hochtourist.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Kabale und Liebe.**

Zirkus Schumann
Heute Freitag präz. 7½ Uhr:
Das anerkannte Sensations-Progr. U. a. Mr. Henricksens einz. dastehende
größte Tigergruppe
wilde Dressur
Die 5 Könige der Luft
Les 5 Alex.
Les 5 Piroscoffis
ausgezeichnete komische Jongleure.
Ferner sämtliche Spezialitäten sowie Clowns und Auguste in ihren neuesten Witzen.
Um 10 Uhr: Die große Ausstattungs-Pantomime: Ein
Tag in Monte Carlo.

Bernhard Rose-Theater
Große Frankfurterstr. 132.
Der Glöckner von Notre-Dame.
Romantisches Drama in 6 Tableaus von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Morgen nachm. 4 Uhr bei kleinen Preisen: Robinson Crusoe. Abends 8 Uhr Premiere: Die neue Welt.

Brunnen-Theater
Direktion: Bernhard Rose.
Gesundbrunnen. Badstraße 58.
Lenore, die Grabesbraut.
Schauspiel in 3 Abteilungen.
Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf von 10—2 Uhr an der Theaterkasse.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Kean
oder: Genie und Leidenschaft.
Schausp. nach d. Französ. v. Randolf.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Große Extravorstellung. Der Müller und sein Kind.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Josefine Dora
neueste Schlager.
Mary Irber
vom Intimen Theater in München.
Georg Kaiser
„Matschiche".
Damen-Jiu-Jitsu
japanischer Ringkampf.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr
Die **beiden Champignol.**
Sonntag 4 Uhr: Die goldene Brücke.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Jed. Abend 8 U. Gastsp. A. Philipp:
Im wilden Westen
und
Herr „Hauptmann" v. KÖPENICK.
Sonnab. 3½ Uhr, kleine Preise: Die Reise durch das Märchenland.
Sonntag abend Gastsp. A. Philipp:
ER und ICH.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Riesenspielfolge.
Nach der Vorstellung: Gr. Tanz.
Tanzleitung: B. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Vollständig neues
PROGRAMM.
Konzertsaal:
Künstlerkonzert u. Volks-Kabarett.

Zirkus Busch.
Heute, Freitag, den 23. November, abends 7½ Uhr:
ROM.
Gr. Orig.-Pantomime des Zirkus Busch in 7 Bildern.
I. Bild: Im Hause des Aellius. II. Bild: Das Prunkgelage Neros.
(Radium-Ballett)
III. Bild: Im Senat. IV. Bild: Die großen Kampfspiele des Zirkus Caligula. Viergespanne, Schwertkämpfer, Netzkämpfer, Ringkampf zu Fuß u. zu Pferde. Faustkämpfer. Die Todesfahrt über die zersprengte Brücke. V. Bild: In Neros Palast. VI. Bild: Das große Opferfest im Tempel des Castor. Brand und Zusammensturz des Tempels.
Zwischenspiele: Bilder aus der römischen Vergangenheit. VII. Bild: Phantastische Allegorie in feenhaft. Licht- u. Wasserspielen.
Ferner: Nur noch wenige Tage:
Monsieur Romeos
staunenerregende Automobil-Experimente. Ueberfahren mit einem 70 PS. Fiat-Wagen. Gewicht 30 Ztr. schwer und vier Insassen. (Zur Verfügung gestellt d. die Fa. Loeb u. Co., G. m. b. H., Berlin.) Frl. Marguérite, Schulreiterin. — Mdm. Léris-Loyal, Demimonde-Reiterin u. das gr. Gala-Programm.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Das effektvolle November-Progr.
Das schwarze
Udel-Quartett
(Original Black Troubadours).
Die kluge Rosa!
14 vorzügliche Spezialitäten 14
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hausfreund.
Totensonntag: Das Ende der Liebe.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Heute abend 8 Uhr zum ersten Male:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sonnabend zum letzten Male:
Die Räuber.

Folies Caprice
Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVI
und Das Modell.
Ab 1. Dezember Wiederauftreten von
Josef Fleischmann.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der glänzende
November-Spielplan.
Neu: **Little Fred** Neu!
der 16jährige Entfesselungskünstler: Befreiung aus der Zwangsjacke!
Arsène Argolla
Hunde- und Tauben-Dresseur.
Dazu: **10 Attraktionen 10**
und: Eine vom Ballett. Lustspiel.
Familienkarten, zum halben Kassenpreise gültig, in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
und Tanzkränzchen.
Großer Erfolg!
Frau Feldwebel.
Sonntags Beginn 5, Wochent. 8 Uhr.
Jeden Dienstag: Theater-Abend.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Freitag:
Gustav Gottschalk-Gesellschafts-Konzert. Wunsch-Abend.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O., Frankfurter Allee 85.
Das vollständig neue
November-Programm.
Neu! Der Hauptmann v. Köpenick Neu!
Großer Lacherfolg.
22 Nummern.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

Welcher Geldgeber gibt einem fleißigen strebsamen Geschäftsmann sofort eine **Hypothek**
von 18 000 Mark auf Gebäude- und Grundsicherheit zu mäßigen Zinsen zwecks Abstoßung einer Hypothek, die die Existenz untergräbt, weil ich sozialdemokratische Huldigungen unterstütze. Zinszahlung pünktlich.
Kapitalisten, die gern und schnell helfen wollen, bitte w. Adresse an Daube & Co., Berlin S.W. 19, unter „A. L. 1217" zur Weiterbeförderung abzugeben. Agenten verbeten.

Cigarren
in jeder Preislage von 25.00—450.00 M. p. mille zu Engros-Preisen.
Reinhard Hellmich,
jetzt Friedrichstr. 108, I.
Illustrierte Preisliste gratis und franko.
Kein Laden.

Beste Bettenfüllung
sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen
Monopoldaunen
(gesetzl. geschützt) Pfund Mk. 2,85. 3—4 Pfund genügen z. gr. Oberbett. Vers. geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 46
Größtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Peter Roseggers
neuester Roman „Die Försterbuben" erscheint soeben in der Monatsschrift „Der Türmer" (9. Jahrgang).
Probehefte bereitwilligst franko durch die Buchhandlungen sowie vom Verlag
180/7* Greiner & Pfeiffer, Stuttgart 46.

Größte Puppen-Fabrik Berlins

P. R. Zierow,
Berlin N. 37. Schönhauser Allee 179.
Eigene Fabrikation. Gekleidete Puppen.
Größtes Lager v. Kugelgelenkpuppen, Bälgen, Köpfen, Perücken, Puppenartikeln und allen Ersatzteilen.
Reparaturen bitte schon jetzt an meine Firma gelangen zu lassen.
Kein Laden. Auch Einzelverkauf.

Möbel-Fabrik und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen — Eigene Werkstätten — empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Tor.

Bäckerei, Konditorei und Café
elegant eingerichtet, im Norden Berlins, unter günstigen Bedingungen an tüchtigen Fachmann sogleich zu vermieten. Adressen unter „Günstig", Postamt 31 erbeten.

Weidenweg 12. 1 Laden und Wohnung, Monat 75 Mark, und kleine Wohnung frei, durch Trölsch I.

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72. Station im Hause. Haltestelle Prinzenstraße. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für korpulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 5352*
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Steppdecken

2309L*

Gelegenheitskauf!

Bunt Kattun Ersatz für Deckbett 2.85

Similiseide / Wollatlas in den Farben rot, blau, oliv 4.85 6.75 / 5.25 7.50

bis zu den feinsten Qualitäten

Bunte Normal-Schlafdecken 1.50 2.50 3.50

Wolldecken ganz dick 3.00 4.00

Emil Lefèvre

Spezialhaus, Berlin Süd

nur Oranienstr. 158

unterhalte nirgends Filialen!

Spezialkatalog mit etwa 600 Illustrationen gratis und franko.

Hochschule für Operette, Variété und 2990Q*

Ballettkunst,

Berlin, Steglitzerstraße 35.

Sachgemäße, gediegene Ausbildung in allen Fächern der **Operette, Variété** und **Ballettkunst** sowie in fremden Sprachen. — **Näheres Prospekte.**

Sprechstunden 12—1 und 5—7.

Aufnahmen jederzeit.

Die Direktion.

Paul Mürich, Kgl. Tänzer, Ballettmeister. **Ludwig Dowe,** Opern- und Konzertsänger.

Möbel-Restbestände

vom Umzuge M. Markiewicz.

Die im Hause Friedrichstr. 111 noch vorhandenen alten Regale, Schreibtische, einige Schlafzimmer-Möbel, zirka 1500 Stühle, Tische etc. für Pensionate, Restaurants, Wohnungen geeignet, sollen zu jedem annehmbaren Preise bis Ende dieses Monats daselbst verkauft werden. Der Hausverwalter Bock.

Unsere **erprobten** und **bewährten**

Spiritus-Glühlicht-

Brenner nebst Ersatz- u. Zubehör-Teilen

zu unseren Listenpreisen

erhältlich bei

W.
P. Raddatz & Co., G. m. b. H., Leipzigerstr. 122/123
Carl Haupt, Tauenzienstr. 14
Emil Riedel, Potsdamerstr. 52
R. & Th. Viereck, Potsdamerstr. 85

NW.
Carl Rakenius & Co., Unter den Linden 62/63

SW.
Richard Hauer, Lindenstr. 81
O. P. Neuendorf, Blücherstr. 12
Carl Rakenius & Co., Zimmerstr. 98
H. Schollwer, Yorkstr. 49

C.
Martin Gülzow & Co., Seidelstr. 26
Holtz & Linke, Landsbergerstr. 58

S.
Hermann Arnold, Alexandrinenstr. 110
H. Kabermann, Prinzenstr. 26
Richard Hoppach, Kommandantenstr. 60

SO.
Wilh. Krusemark, Oranienst. 205

O.
Erich Flosky, Frankfurt-Allee 102

Charlottenburg.
Fritz Schroeder, Schlüterstr. 59

Centrale für Spiritus-Verwerthung
G. m. b. H. 2204L*

Ausstellungs- und Verkaufs-Lokal:

Friedrichstr. 96 **Berlin NW. 7,** gegenüber dem Central-Hotel.

Billigste Bezugsquelle

für **Monats-Garderoben.**

Die schönsten

Herren-Winter-Paletots u. Anzüge

in **getragener, speziell Monats-Garderobe.**

Von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge, sowie **Knaben- u. Burschen-Anzüge** sind in großer Auswahl stets zu **staunend billigen Preisen** zu haben.

H. Kieferbaum, Prinzen-Str. 33, zwisch. Moritzpl. u. Ritterstr.

Bitte auf die Hausnummer zu achten.

14. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 22. November 1906, vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

10 104 230 300 [500] 97 98 [500] 428 86 611 85 745 801 [500] 927 1000 101 315 30 58 69 2223 340 468 626 [3000] 3248 730 949 4003 61 298 456 88 620 92 5012 342 418 32 [2000] 728 31 977 6014 23 50 [500] 156 57 426 [500] 622 715 30 845 [3000] 7336 409 83 580 8211 [3000] 377 470 [3000] 525 730 811 [1000] 955 9201 851 [1000] 75 98 10339 422 [1000] 836 14 69 926 11038 88 126 40 77 274 320 560 [500] 12043 182 34 721 354 570 747 74 817 13208 484 542 696 961 14013 426 50 602 710 816 968 [3000] 15006 113 208 68 435 56 596 895 [500] 16008 17 235 71 75 85 363 [500] 428 54 [300] 501 56 745 [3000] 58 17276 451 [3000] 69 825 967 18029 505 821 906 70 19123 41 319 503 625 82 942 [1000] 43

20151 68 385 812 21203 338 406 12 37 579 87 632 73 22022 544 50 59 314 36 924 66 23078 118 30 226 658 [3000] 78 810 79 [500] 24006 [500] 41 76 137 44 202 [500] 421 29 527 [500] 661 764 863 955 25410 513 675 729 [500] 822 26 26086 90 161 266 [3000] 314 530 812 993 27011 243 618 793 812 937 77 28219 606 29015 490 531 34 667 909 50 30096 203 21 332 500 774 809 911 31149 59 87 373 555 68 87 636 90 745 72 915 98 32131 288 491 506 703 930 33449 553 624 77 767 863 909 34286 [1000] 379 532 782 874 84 92 35265 88 312 658 779 985 36196 832 [500] 402 533 931 89 37306 43 [1000] 851 983 38192 [500] 294 518 33 68 803 39018 24 92 115 83 432 [3000] 40 49 606 [500] 89 990

40003 267 [500] 304 99 509 727 905 41173 279 83 352 513 799 [1000] 934 42308 570 [500] 77 78 699 786 93 850 43078 [500] 124 372 681 [3000] 800 79 44068 160 259 303 525 631 724 45035 124 226 90 344 51 404 6 49 69 46054 419 58 615 69 727 63 803 10 85 [500] 47114 [1000] 232 99 390 715 19 936 86 91 48011 70 94 217 304 442 49094 164 366 [3000] 691 711 14 889 976 50401 546 74 51305 59 99 [500] 453 750 52055 147 273 53267 344 427 652 96 706 975 54042 78 709 [1000] 817 901 55123 39 479 524 61 71 56077 583 639 796 954 57035 144 530 627 67 868 924 [500] 58264 496 [3000] 685 985 59102 32 408 583 808 919 38

60048 225 324 663 84 924 [500] 61061 275 581 676 760 76 927 62015 58 240 325 [1000] 416 [1000] 73 519 39 734 60 829 63 [1000] 63006 115 725 37 70 929 30 [500] 64041 308 35 415 723 [1000] 52 882 [500] 65064 267 71 [1000] 379 [500] 512 48 704 12 66041 45 80 158 205 [500] 84 [3000] 90 [3000] 658 869 70 81 67280 450 792 938 [500] 68131 62 235 329 58 864 747 813 32 69 69322 29 639 736 860 70032 149 [500] 71 229 859 71179 722 36 38 72367 431 534 [500] 841 269 79 73133 88 222 359 [1000] 99 495 [3000] 512 20 666 787 810 924 75 77 74005 206 352 92 447 74 933 69 75111 245 [500] 948 76007 104 405 97 828 89 806 36 973 77222 366 90 403 83 502 71 41 713 96 909 78004 53 243 [10000] 229 606 45 792 [500] 820 79219 39 647 71 724 823

80120 98 347 431 [3000] 546 605 817 81062 163 68 384 406 605 806 917 [3000] 82305 36 90 420 634 858 960 83236 568 90 662 69 882 973 84007 335 40 414 577 730 893 986 [500] 85089 198 394 451 [500] 707 87 887 86045 103 79 [500] 799 811 46 916 [500] 84 87294 351 656 822 88118 26 377 437 584 702 71 95 807 [500] 923 [3000] 34 [500] 60 89044 257 350 418 80 675 779 90008 36 120 95 300 432 516 [500] 747 861 9 98 [500] 922 91271 863 954 [500] 92520 602 879 939 93012 196 400 80 564 94098 [500] 160 418 95003 15 317 [500] 466 969 96079 238 381 63 444 577 80 696 769 99 877 921 32 97051 76 183 387 412 [500] 658 975 98217 584 647 69 99120 325 [500] 90 412 689 821 65 [500]

100067 105 90 291 621 50 75 [3000] 740 47 [500] 886 989 [1000] 101061 125 [500] 44 202 449 578 643 [500] 84 102916 144 470 608 805 50 [500] 103274 99 350 473 588 706 70 98 104032 156 76 468 520 89 687 805 105101 21 69 72 571 [1000] 820 906 36 75 106041 101 252 99 433 [1000] 138 107100 295 412 75 98 [3000] 514 80 746 875 975 [1000] 108020 104 73 91 373 626 735 53 [1000] 70 944 109351 627 757 808 110170 328 404 664 69 763 976 111079 101 359 416 752 69 72 812 75 911 112032 [5000] 155 [1000] 61 92 285 88 [3000] 406 34 566 653 706 38 876 990 113325 433 80 615 731 871 [2000] 77 83 114163 259 301 25 505 [500] 12 115195 74 94 322 601 843 922 116274 441 65 539 97 755 892 117018 45 344 99 419 573 617 68 [3000] 722 31 891 [500] 118010 190 240 55 348 412 79 618 854 119148 229 453 73 520 41 620 735 819

120236 313 494 566 71 788 98 121032 49 140 277 97 400 47 521 84 97 747 923 [1000] 64 [500] 122001 102 16 61 202 358 78 581 94 [500] 608 31 708 845 83 973 123249 387 496 682 124035 677 865 79 125164 321 [3000] 668 821 126190 372 526 749 834 57 88 81 87 [1000] 954 127227 51 411 61 78 806 19 923 77 128063 192 819 [500] 693 129379 654 747 859 [3000] 78 130225 444 628 821 [500] 59 69 131000 104 326 409 32 [1000] 589 964 77 [5000] 132032 138 62 254 92 330 452 787 872 910 133097 138 609 61 779 92 870 [500] 134312 [500] 419 762 936 140 135021 214 316 624 759 76 877 964 136212 89 325 453 631 777 877 953 62 137287 744 138159 224 362 [500] 82 889 902 66 139145 413 54 825

140218 331 404 667 772 873 141100 [1000] 294 369 439 562 775 142017 24 142 326 454 58 549 872 909 143356 527 747 64 144056 [1000] 109 606 28 73 962 145080 190 513 82 826 [1000] 146271 374 564 845 147809 148002 20 47 48 68 204 326 563 650 80 [1000] 819 46 149014 57 145 524 705 858 83 87 150032 [5000] 43 166 267 307 [1000] 54 71 628 723 151033 198 285 340 592 963 152014 294 97 362 704 65 85 804 32 909 153000 137 76 [1000] 85 430 99 [1000] 503 932 154117 285 377 440 543 937 155346 64 435 [1000] 582 [1000] 693 835 941 156026 146 462 77 640 157031 241 300 563 86 722 889 [1000] 980 158054 129 50 439 839 96 934 159225 [3000] 414 54 652 749

160026 [1000] 85 [1000] 110 21 374 599 772 85 91 832 [1000] 986 87 [500] 161209 331 486 [3000] 561 689 955 98 162221 403 768 85 827 [500] 163109 267 361 [1000] 612 [500] 831 [3000] 164146 471 932 [500] 35 75 [500] 80 165435 541 53 57 816 166031 51 198 301 84 461 89 778 872 167035 332 57 74 461 97 563 671 649 168360 577 [1000] 92 787 [1000] 854 [3000] 931 oe [3000] 63 169590 700 854 170056 185 [500] 91 [1000] 296 394 604 794 811 992 171088 210 614 31 73 713 840 172033 66 [500] 455 588 873 955 173013 61 262 313 [1000] 42 400 45 516 680 824 174467 78 175131 26 41 219 53 69 296 401 564 [1000] 77 86 613 878 86 931 57 89 176115 [500] 293 [500] 333 177023 135 42 276 331 683 64 716 29 77 849 178048 160 348 997 179079 200 [60 000] 67 [500] 434 555 636 927 86 79 [3000]

180053 [1000] 61 [5000] 168 [3000] 203 57 450 67 540 94 661 720 32 [3000] 994 [5000] 181307 [500] 470 [1000] 831 933 39 182181 324 423 551 699 969 [500] 183087 137 283 384 415 76 585 74 [500] 812 940 [500] 74 184075 182 226 [500] 84 470 657 59 79 185027 324 33 607 711 23 82 926 186086 [500] 406 560 64 782 187175 294 86 431 [3000] 922 73 188158 266 319 25 584 [500] 821 96 189197 337 552 631 [500] 718 816 932 [500] 190030 337 603 191033 [3000] 379 [3000] 501 600 745 855 [3000] 58 70 [500] 192189 484 516 27 779 193114 60 601 963 194068 118 207 [500] 57 334 838 951 195092 117 48 708 931 196024 [1000] 274 601 882 967 [500] 91 197066 582 699 198596 [3000] 747 927 199010 41 278 510 [500] 22 646 75 727 84 739

200029 56 151 318 [3000] 650 81 847 201152 272 508 202075 129 67 438 54 650 810 203003 12 443 764 860 869 204181 343 70 417 84 509 [5000] 790 827 [1000] 205027 122 349 446 535 206150 262 37 818 97 207050 181 509 612 [3000] 737 77 208102 347 [1000] 81 379 926 38 969 83 209566 816 [1000] 712 829 [500] 968 210058 71 415 56 617 44 827 81 211003 323 439 71 674 92 212390 465 507 619 742 860 86 213159 425 607 [500] 805 901 214432 [500] 215135 752 74 983 216030 35 292 82 344 [500] 467 80 [1000] 658 864 217105 25 91 [500] 874 218053 67 409 70 502 60 605 68 820 81 [500] 219015 07 280 391 505 49 638 90 791

220000 145 250 464 791 [3000] 950 221455 89 504 [3000] 608 [500] 83 [500] 222443 550 621 [1000] 76 702 975 223071 134 [1000] 704 10 806 53 974 224160 636 49 722 98 850 225002 [500] 90 94 329 516 80 924 [1000] 97 226032 47 103 411 43 533 958 227075 343 426 [1000] 67 719 228002 69 [500] 379 400 46 535 99 904 95 229116 269 314 [1000] 87 534 625 230006 96 145 90 92 266 [500] 328 52 573 648 68 720 993 231054 296 539 96 651 882 90 232008 98 466 583 [1000] 233164 643 [500] 799 810 36 [500] 82 96 [3000] 234153 362 436 543 235143 379 404 49 728 871 973 97 236204 532 673 840 [500] 50 974 237144 474 535 646 76 737 238054 722 [5000] 56 531 47 619 [500] 729 844 [1000] 239024 131 47 302 470 638 794 [500] 801

240089 204 546 [1000] 609 54 [3000] 64 241043 137 47 300 458 90 242121 [3000] 812 [1000] 516 84 713 819 [500] 89 965 243829 244010 [500] 234 412 28 740 245106 287 542 650 753 246148 330 79 610 907 16 247284 314 431 819 248246 95 [1000] 860 814 73 249171 78 545 [3000] 615 26 [500] 84 250088 374 416 575 842 251125 675 252026 [1000] 36 52 134 226 381 429 44 755 889 937 253216 338 67 91 416 81 88 542 [500] 90 801 89 [1000] 254300 583 921 [500] 41 255130 241 420 527 34 [1000] 624 51 [3000] 709 [1000] 70 905 [500] 29 42 256089 143 226 433 74 257031 92 169 447 814 919 258059 241 457 654 818 23 77 259085 112 57 569 705 [3000] 849 907

260056 42 446 55 [1000] 757 70 [500] 96 819 261123 366 595 262238 489 568 600 [3000] 741 830 87 263228 501 264299 370 78 648 928 265257 63 462 619 [500] 50 [500] 266173 245 53 260 422 96 544 55 589 703 23 61 812 929 96 267004 20 131 38 496 580 803 907 45 268033 43 [500] 95 274 300 [500] 57 492 502 85 780 843 269020 25 132 275 331 561 902 19 270083 126 247 392 34 659 818 25 53 81 941 271042 121 306 59 790 974 272345 58 431 704 986 273008 637 705 10 274075 98 147 723 858 934 [500] 275032 41 111 68 439 42 45 882 276410 643 922 277180 297 736 278068 277 86 396 824 42 279054 139 227 [1000] 435 91 [500] 94 507 17 885 904 92

280099 186 275 444 582 281044 110 711 45 957 282094 132 85 272 378 474 617 [3000] 809 88 283186 [500] 223 300 424 93 582 863 [5000] 284013 307 73 [500] 506 47 52 645 735 853 285057 131 36 49 65 453 933 286096 [1000] 155 216 38 416 [500] 22 [500] 77 80 634 782 996 287168 214 323 490 789 [500]

Im Gewinnrade verblieben: 1 Prämie à 300 000 M., 1 Gewinn à 150 000, 1 à 100 000, 1 à 75 000, 2 à 50 000, 1 à 40 000, 6 à 20 000, 11 à 15 000, 37 à 10 000, 63 à 5000, 583 à 3000, 1582 à 1000, 2310 à 500

14. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 22. November 1906, nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

37 119 576 96 666 810 969 1067 339 78 401 525 46 773 828 2044 509 10 618 29 77 876 954 3061 [500] 280 454 82 685 86 4513 505 646 86 727 [500] 5029 223 387 586 862 79 951 56 6236 77 574 92 620 23 48 7016 68 73 [1000] 293 [500] 596 738 984 8302 686 91 830 [1000] 32 91 10006 199 253 315 622 35 847 996 11338 480 547 645 786 12150 435 [500] 66 519 604 13123 332 [500] 46 421 [3000] 549 651 91 795 14040 82 102 242 489 558 807 960 15044 170 250 [500] 62 93 306 415 61 77 825 784 82 16037 [1000] 250 407 9 28 [500] 92 557 706 43 972 17038 321 63 449 688 748 83 810 94 18007 143 [3000] 51 423 531 894 [500] 19173 241 49 321 84 95 447 838 959

20076 184 454 [3000] 565 609 722 834 908 21064 90 222 79 399 409 814 43 915 [3000] 22380 607 931 [500] 23090 189 320 461 536 786 [3000] 24067 [500] 633 704 821 [500] 25086 268 414 20 [500] 74 352 726 26193 426 [500] 691 733 72 977 [500] 27145 77 93 211 15 [500] 754 72 865 928 28026 519 620 74 784 29091 254 423 517 615 866 98 30017 [500] 24 39 269 309 420 531 [500] 53 625 754 906 31296 500 72 703 900 [500] 32071 [500] 116 77 78 334 76 516 [500] 33061 259 455 543 96 688 [5000] 814 86 [500] 920 34315 823 35035 79 316 30 609 87 786 843 36261 409 586 [500] 37043 [500] 48 279 526 727 48 [500] 883 939 38029 33 397 473 77 83 567 [500] 700 816 947 84 39531 79 768 828

40017 68 287 744 41112 35 212 310 [1000] 28 77 528 [500] 67 677 793 875 42008 412 540 643 720 802 922 43028 [10 000] 118 41 43 765 83 [500] 898 44080 [500] 401 77 88 651 700 48 45214 22 46 61 306 583 685 [1000] 846 902 46001 [500] 77 110 489 679 83 827 43 47203 306 497 502 609 15 980 48005 [3000] 243 355 567 [1000] 976 49020 [500] 59 117 244 324 39 59 436 [1000] 48 538 60 61 50004 121 291 32 [500] 820 36 49 77 521 686 735 51009 138 [3000] 291 307 795 [1000] 52074 241 340 419 50 735 854 975 53268 89 326 410 873 965 54066 200 292 448 661 786 97 817 55373 649 [3000] 74 954 [500] 56008 647 57103 78 429 519 608 713 82 875 58007 316 49 65 580 751 [1000] 85 843 82 956 [500] 59015 [500] 266 407 30 823 932 59

60192 291 97 353 583 [1000] 619 38 810 925 54 61000 19 21 [500] 31 44 56 426 582 637 791 856 94 62285 901 604 801 63217 427 [1000] 90 505 633 735 944 64182 [500] 223 555 [500] 770 841 990 65200 20 445 631 73 84 [1000] 791 [1000] 864 927 29 66196 207 267 546 [500] 719 801 [500] 67168 999 68055 60 [1000] 152 401 694 714 854 948 69094 197 283 361 550 664 811 70029 547 71330 469 [1000] 681 763 827 [1000] 72006 119 283 518 72 601 73074 216 53 75 304 528 79 672 [500] 780 825 964 87 [1000] 74012 105 364 761 867 74 964 75003 108 23 668 711 884 76052 296 419 567 746 847 70 77541 508 601 78 862 [1000] 78012 420 35 721 40 889 79007 [1000] 62 285 355 595 [1000] 754

80253 [1000] 327 595 690 862 81173 87 220 374 565 662 767 835 82097 187 242 466 [500] 705 20 44 907 99 83117 73 84 201 316 [500] 458 [500] 641 84003 84 400 667 87 714 77 926 85403 [500] 590 617 37 724 38 79 933 86 86111 366 88 439 79 525 600 87199 268 960 88031 177 [500] 204 466 609 59 75 86 [1000] 915 [1000] 89088 101 [1000] 224 81 87 [500] 326 44 59 523 676 728 843 909 92 90003 203 11 88 301 414 500 [1000] 91513 [500] 631 92118 329 65 837 91 93320 373 411 572 604 13 [500] 59 89 785 849 931 80 94198 40 [3000] 227 303 [1000] 610 798 886 84 975 95017 175 278 [1000] 204 [500] 516 606 96460 609 814 22 97018 263 476 83 [500] 891 98038 114 98 386 515 695 840 44 73 [500] 91 99143 84 207 [500] 94 [500]

100327 94 488 545 641 750 101031 351 77 [500] 535 653 705 102196 234 61 467 76 677 [500] 849 65 827 86 89 103296 468 639 804 914 104056 494 [500] 881 105018 174 99 201 308 55 72 486 660 64 924 106087 107041 48 88 [500] 275 629 [1000] 710 907 22 55 108012 30 176 358 501 921 109015 151 68 [500] 565 [1000] 828 [500] 79 653 [1000] 172 110002 147 90 [500] 210 28 431 688 718 55 849 111000 159 65 465 531 636 55 737 853 112006 [3000] 29 38 [500] 206 525 632 941 [3000] 73 [3000] 113013 33 [3000] 183 347 [1000] 481 600 757 805 919 114206 17 326 519 99 657 63 793 889 [500] 907 50 65 79 115068 [1000] 125 [3000] 57 411 532 630 735 988 116018 52 134 94 346 51 526 66 827 81 89 930 117017 93 321 436 53 78 720 927 118127 258 [500] 468 516 621 765 [500] 962 89 119108 33 79 91 222 [500] 501 795

120043 55 203 386 551 635 853 960 121077 183 406 72 617 66 90 122187 215 496 [1000] 599 123052 [1000] 256 445 887 124296 560 655 81 [1000] 705 21 125068 451 84 892 903 92 126651 676 [500] 758 959 127378 650 708 92 128003 794 881 89 993 129298 696 130135 344 [3000] 606 33 865 35 925 131014 15 33 269 377 707 55 842 87 132030 68 184 231 77 717 44 133287 785 903 134208 380 423 713 135022 136 57 612 736 853 136109 299 439 578 607 806 137022 138 205 [1000] 91 885 473 911 138189 312 319 [500] 678 701 822 139102 306 442 550 77 662 790 981

140059 68 270 337 582 91 141002 74 731 950 142273 143008 210 383 746 144001 178 324 472 856 57 145007 85 315 [1000] 408 519 702 936 146157 213 684 726 838 985 147081 149 680 803 148000 [500] 323 55 677 149143 [1000] 201 390 556 93 [500] 96 150005 65 73 355 61 85 556 868 [1000] 902 [1000] 151089 297 [3000] 99 [1000] 302 481 520 940 [500] 152031 47 64 163 96 249 [500] 77 356 [1000] 718 97 926 153061 125 203 80 [500] 396 502 [3000] 80 756 59 68 [1000] 860 85 154204 74 309 406 30 676 992 155067 79 [500] 165 216 97 433 636 711 50 849 156322 51 473 646 97 867 157084 93 119 244 62 790 78 [1000] 961 158327 488 13 817 26 921 159179 259 418 60 602 793 825 939 [500]

160234 56 90 99 312 54 [500] 407 595 617 35 161023 123 49 95 560 90 162001 135 694 725 800 [500] 163186 81 504 626 70 77 91 164363 562 947 165094 306 97 517 94 651 786 93 909 166325 456 507 [1000] 667 [1000] 818 37 167031 [500] 62 116 74 80 84 239 325 38 411 79 662 [1000] 751 [3000] 803 168228 373 609 4 89 733 902 169385 416 [1000] 58 [1000] 97 633 93 94 809 170029 522 812 171042 156 364 465 71 562 707 36 [500] 65 172189 204 493 173026 [3000] 354 688 963 [500] 174035 [500] 285 585 719 175004 118 57 64 67 697 98 711 817 75 911 176205 293 97 526 56 694 712 950 177019 171 335 63 532 178020 107 [500] 89 708 401 588 639 [1000] 767 [1000] 815 179290 498 512 66 67 794

180107 255 97 453 531 90 608 33 [3000] 904 5 181067 68 154 243 599 765 182130 278 407 647 718 868 183112 454 537 88 600 6 789 184078 115 72 [3000] 718 417 601 765 81 982 [3000] 185045 62 106 292 336 459 [500] 518 704 61 860 186015 421 22 [500] 588 645 [500] 81 74 847 187047 60 220 329 871 188066 231 441 507 189014 26 344 56 577 611 20 [500] 190143 752 881 [1000] 191185 404 500 30 [500] 25 647 192106 71 285 355 85 432 50 575 98 851 193265 345 427 69 516 686 865 194038 [1000] 244 312 27 513 719 929 195047 56 [1000] 427 668 [1000] 703 96 196021 76 281 417 37 521 653 854 197047 49 308 27 405 722 69 921 67 68 198022 733 199156 88 226 398 751

200095 [1000] 239 73 735 84 201374 656 888 914 202112 86 321 626 [500] 82 741 203144 603 [500] 13 700 59 862 77 937 204053 124 88 879 420 36 937 96 205042 86 252 437 [3000] 549 730 206000 237 51 309 69 458 911 207094 105 23 345 457 76 [3000] 580 56 604 861 961 208008 30 40 165 292 94 548 499 582 885 944 209019 [1000] 29 83 243 47 [1000] 690 928 210069 606 211043 177 [500] 454 500 660 828 65 [500] 212008 59 [500] 80 213 [500] 416 591 686 [500] 744 86 815 979 213205 36 344 56 577 611 20 [500] 214002 40 118 90 702 88 989 215043 213 305 524 768 828 [3000] 98 802 216008 25 98 111 392 665 873 928 [150 000] 217131 64 80 385 488 548 626 971 218005 71 156 493 [500] 508 61 914 219277 618 70 774 75 [1000]

220094 351 791 [5000] 221100 23 247 319 420 731 96 841 55 [3000] 76 222000 499 523 725 [1000] 85 868 223369 442 66 629 60 797 903 224159 [5000] 76 85 [500] 234 92 362 417 98 225005 322 82 417 74 725 829 57 226267 [500] 378 520 907 227107 80 85 [500] 611 [500] 67 902 228192 487 768 94 229148 344 371 422 725 43 50 53 837 41 230038 165 347 90 405 568 [500] 627 43 72 789 871 [500] 956 [1000] 231871 428 41 544 753 941 232122 566 778 920 984 233010 126 72 312 431 722 [500] 234016 40 305 414 590 689 799 908 78 235255 79 [500] 98 350 495 877 236266 321 [5000] 552 98 622 [500] 89 713 96 898 237814 29 469 548 728 238030 112 272 81 88 549 80 471 705 812 901 239209 338 479 [1000] 89 722 [500] 855

240091 35 311 519 47 72 241029 210 341 656 771 242450 [1000] 54 [1000] 558 710 854 83 950 76 243195 450 807 22 40 244221 861 530 615 766 [1000] 67 926 79 245103 21 302 443 [500] 99 [3000] 655 60 97 [1000] 848 908 84 246169 407 [1000] 11 38 44 665 71 720 897 981 247013 14 25 564 608 947 248140 78 217 488 693 772 78 950 249008 12 [500] 124 416 625 804 90 975 250102 202 27 317 [500] 52 546 757 860 964 93 251280 348 571 699 252045 249 353 63 505 31 765 851 940 93 253087 98 194 458 62 658 890 254089 [1000] 219 452 634 842 78 988 255071 267 436 565 628 75 85 [500] 746 800 30 92 256255 449 595 637 879 257115 44 81 88 963 258022 [500] 174 88 213 30 77 84 499 [1000] 586 [500] 609 18 830 259014 [1000] 181 247 53 382 579 679 [1000] 937

260214 59 71 351 604 857 261120 44 [3000] 473 84 542 890 262019 177 717 441 626 90 733 [500] 861 902 [500] 263053 201 6 93 264126 579 615 [3000] 720 30 831 78 86 909 14 265197 334 483 569 981 266095 106 77 207 354 63 489 97 681 713 814 267007 [1000] 83 261 407 877 268035 290 552 77 604 71 733 882 [3000] 269080 807 407 681 714 75 270070 115 320 44 671 271085 89 157 216 30 318 415 56 640 272015 76 393 690 798 927 [500] 273219 [500] 20 92 95 700 14 38 805 910 274238 669 716 860 62 275030 60 415 27 616 276001 501 51 724 830 277233 56 537 52 [3000] 278000 71 467 671 737 279186 354 445

280001 14 [500] 114 41 387 461 66 [500] 844 707 281066 131 444 500 631 989 [1000] 41 282110 235 303 61 450 526 43 98 739 64 [500] 915 283096 473 76 557 [500] 985 284091 269 472 808 71 78 285003 [3000] 65 246 461 632 87 [500] 934 [1000] 286223 35 75 509 [500] 452 501 4 630 93 969 287060 84 109 20 232 293 [1000] 98 583 693 909

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute Freitag Vortragsabend über die „Einführung in die Ideen des Sozialismus“. Gäste willkommen. Die Teilnahme an den Vortrag ist unentgeltlich. Anfang 8½ Uhr. Der Vorstand.

Pankow. Am Dienstag, den 27. November, abends pünktlich ½9 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Der Vorstand.

Trebbin (Kr. Teltow). Wahlvereinsversammlung am Sonnabend, 24. November. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Groger über: „Kirche und Sozialdemokratie im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung. 2. Mitteilungen des Vorstandes. 3. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen unbedingt notwendig. Der Vorstand.

Schenkendorf. Morgen, Sonnabend abend 8 Uhr, findet bei Pätsch die Wahlvereinsversammlung statt. Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

„B. E.-W. u. Co.“

Für das „Zusatzabkommen“ zu dem seit 1899 bestehenden Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitäts-Werke, das der Magistrat den Stadtverordneten empfiehlt, waren zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetensitzung die Aussichten dem Anschein nach recht günstig. Als aber die Sitzung zu Ende ging, hatte man die Empfindung, daß der Ueberrumpelungsversuch der B. E.-W. zum mindesten nicht so mühelos gelingen wird, wie die Gönner dieser Gesellschaft es sich gedacht haben mögen.

Jene aus Freisinnigen bestehende Stadtverordnetenmehrheit, die über privaten Erwerbsgesellschaften ihre schützende Hand zu halten pflegt, hätte den Vorschlägen des Magistrats am liebsten ohne Ausschußberatung sofort zugestimmt. Aber der Eindruck, den solche Eile nach außen hin gemacht hätte, wäre doch ein bißchen peinlich gewesen. So kam's, daß die Mehrheitsmänner im voraus sich bereit erklärten, in die Ueberweisung des vom Magistrat vorgelegten Vertragsentwurfes an einen Ausschuß zu willigen. Ihre Wortführer äußerten sich aber so begeisterungsvoll über dieses Zusatzabkommen und den angeblich für die Stadt aus ihm zu erwartenden Vorteil, daß man eigentlich gar nicht versteht, warum sie nicht die sofortige Annahme forderten.

Wie die größte Gruppe der Versammlung, die „Alte Linke“, sich zu dieser Neuordnung des Verhältnisses zwischen Stadtgemeinde und B. E.-W. stellt, das erfuhr man aus dem Munde des Herrn Jacobi. Es versteht sich von selber, daß er nicht schweigen darf, wenn die Stadtverordnetenversammlung über private Erwerbsgesellschaften debattiert. Er pries das Zusatzabkommen als „segensreich“. Bemerkenswert war seine Erklärung, er und seine Freunde seien noch lange nicht der Meinung, daß die Stadt nach Ablauf des bestehenden Vertrages im Jahre 1915 die B. E.-W. übernehmen solle. Nein, gewiß nicht! Dabei leistete er sich in ungewollter Selbstironie die Stilblüte: „Wir nageln uns da in keiner Weise fest“; er meinte: „festlegen“.

„Festgenagelt“ wurde diese Schwärmerei der Mehrheitsmänner für den Privatprofit der B. E.-W. durch unseren Genossen Singer. Ueber Jacobis Rede, sowie über die des Herrn Kullmann, der als Redner der „Freien Fraktion“ sich ganz ähnlich aussprach, fällte Singer das Urteil, das sei ein passender Toast für eine Jubiläumsfeier der B. E.-W. Unser Redner zeigte, daß den Hauptvorteil von dem neuen Vertrage nicht die Stadt hat, sondern die hinter den B. E.-W. stehende A. E.-G. In sehr interessanten Ausführungen wies er nach, daß die Stadt gar nicht nötig hat, durch einen neuen Vertrag dem Klüngel dieser Kapitalsgesellschaften Zugeständnisse zu machen und die ihr durch den alten Vertrag gesicherten Pressionsmittel aus der Hand zu geben. Der Magistrat habe sich durch den Schreckschuß der B. E.-W. ins Bockshorn jagen lassen und habe übersehen, welche Waffe er in dem alten Vertrage besitzt.

Für den Magistrat sprach nicht Oberbürgermeister Kirschner, sondern Stadtrat Ramslau. Bei dem Versuch, Singers Darlegungen zu entkräften, redete der Herr Stadtrat sich in einen nervösen Eifer hinein, der auf kein großes Vertrauen zu seiner eigenen Position schließen ließ. Herr Kirschner, der sonst so gern den Retter in der Not macht, saß dabei und — schwieg, wie schon gesagt. Herr Ramslau sicherte sich dann einen leidlichen Abgang, indem auch er mit einem Hymnus auf die B. E.-W. schloß. Er nannte sie den „Sozius“ der Stadtgemeinde — und das sollte kein Witz sein.

Eine feine Firma, die Firma „B. E.-W. u. Co.“, die der Herr Stadtrat da pries! Sehr viel weniger begeisterungsvoll äußerten sich über sie die beiden folgenden Redner Herr Rosenow („Neue Linke“) und Herr Preuß (Sozial-Fortschr.). Beachtung verdient die Rede des Herrn Preuß, der in Uebereinstimmung mit den Darlegungen Singers betonte, daß nicht die Stadtgemeinde sich in einer Zwangslage befindet, sondern die B. E.-W. — sofern die Stadt auf Grund des bestehenden Vertrages ihr Recht nachdrücklich geltend macht.

Wird sie es tun? Der Ausschuß, dem diese Mahnung mit auf den Weg gegeben wurde, soll sofort zusammentreten, weil bis zum 1. Dezember — so will es die Gesellschaft B. E.-W. — alles fix und fertig sein muß. Wird Singers Alarmruf gegen den Ueberrumpelungsversuch der B. E.-W. ohne Eindruck auf den Ausschuß bleiben?

Die Urlaubsbeschränkung der städtischen Arbeiter. Am 20. September wurde von den Stadtv. Arons und Genossen (Soz.) der Antrag im Stadtverordnetenkollegium gestellt, „den Magistrat zu ersuchen, die Verfügung vom 17. August 1906 betreffend die Beschränkung der Urlaubsberechtigten unter den städtischen Arbeitern schleunigst aufzuheben.“ Die angezogene Verfügung besagte:

„Unter Bezugnahme auf die Verfügung vom 6. Januar 1904, wonach allen städtischen Arbeitern, die sich fünf Jahre lang in städtischen Diensten befinden, jährlich ein Urlaub von einer Woche unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren ist, bestimmen wir hiermit, daß den Arbeitern, die in der laufenden Urlaubsperiode bereits wegen Krankheit längere Zeit beurlaubt gewesen sind, ein besonderer Erholungsurlaub nicht zu gewähren ist, wenn die Art der Krankheit, welche die Dienstversäumnis veranlaßte, eine Schwächung des körperlichen Gesamtbefindens nicht zur Folge hatte, sondern, wie bei geringeren körperlichen Verletzungen, bei Katarrhen, Abszessen, Ausschlägen usw. noch eine Erholung gestattete.“

Nach eingehender Begründung des Antrages durch den Stadtverordneten Dr. Weyl, der die Verfügung als im Widerspruch stehend mit dem gemeinsamen Gemeindebeschluß bezeichnete, wurde der Antrag unter Zustimmung sämtlicher Fraktionen einem Ausschuß zur weiteren Erörterung überwiesen. In der ersten Sitzung dieses Ausschusses wurde die Urlaubsverfügung nach allen Regeln der Kunst von unseren Genossen zerpflückt mit dem Resultate, daß alle Mitglieder des Ausschusses den Magistrat ersuchten, noch einmal in Erwägung darüber einzutreten, ob diese Verfügung nicht zurückzuziehen sei. Inzwischen hat sich der Magistrat in zwei Sitzungen mit der Angelegenheit beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gelangt, die beanstandete Verfügung mit folgender Motivierung zurückzuziehen:

„Unsere Verfügung vom 17. August d. J. betreffend die Urlaubserteilung an städtische Arbeiter ist an verschiedenen Stellen falsch aufgefaßt worden. Es war nicht beabsichtigt, durch die Verfügung den vom 9. Januar 1904 durch Gemeindebeschluß den Arbeitern gewährleisteten Erholungsurlaub irgendwie zu beeinträchtigen. Die Verfügung sollte vielmehr nur verhindern, daß von einzelnen Verwaltungsstellen mißbräuchlich ein doppelter Erholungsurlaub gewährt würde. Um eine unrichtige Anwendung unserer Anordnung auszuschließen, wollen wir uns in solchen Fällen für die Zukunft die Entscheidung selbst vorenthalten und weisen daher in Abänderung unserer Verfügung vom 17. August dieses Jahres die Verwaltungsstellen hiermit an, alle Fälle, in denen es zweifelhaft sein kann, ob nicht ein doppelter Urlaub in Frage kommt, weil bereits eine als Erholungsurlaub zu erachtende Arbeitsunterbrechung stattgefunden, fortan uns zur Entscheidung vorzulegen. An sämtliche Verwaltungsstellen. Kirschner.“

Während die Vertreter der liberalen Fraktionen im Ausschuß in diesem Vorgehen des Magistrats ein besonderes Zugeständnis erblickten und sich mit der Erklärung des Bürgermeisters Reike, daß bei der Beurteilung eines etwa vorkommenden Falles in der peinlichsten Weise verfahren werden solle, beruhigten, wandten sich unsere Genossen noch einmal mit großer Entschiedenheit gegen die Maßnahmen des Magistrats. Es wurde hervorgehoben, daß auch der jetzige Zustand viele Unzuträglichkeiten im Gefolge haben werde. Auch in staatsrechtlicher Beziehung sei alles beim alten geblieben. Die alte Verfügung sei durch eine andere ersetzt, nur mit dem Unterschiede, daß an Stelle der unteren Verwaltungsbehörde der Magistrat als Entscheidungsinstanz tritt. Aber selbst von dem rechtlichen Standpunkte abgesehen, müsse nach wie vor ausgesprochen werden, daß der hier vertretene Standpunkt kleinlich und unverständlich ist. Vergeblich war alles Bemühen. Ein von dem Stadtverordneten Cassel eingebrachter Antrag: „Die Versammlung hält die Verfügung vom 17. August als mit dem Gemeindebeschluß betreffend Gewährung eines Erholungsurlaubs an die Arbeiter nicht im Einklang befindlich, erachtet indes diese Verfügung durch die Verfügung des Magistrats vom 7. November 1906 der Sache nach für erledigt,“ wurde in seinem ersten Teil einstimmig, in seinem zweiten gegen fünf Stimmen angenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion wird alles daran setzen, bei der Verhandlung dieser Frage im Plenum der Versammlung, gegen den zweiten Teil des Ausschußantrages anzukämpfen. Gleichviel ob uns ein voller Erfolg beschieden sein wird, so viel steht sicher fest, daß die Zurücknahme der ursprünglichen Magistratsverfügung mit ihrer engherzigen und rückständigen Aufforderung an die unteren Vorgesetzten lediglich der Initiative der sozialdemokratischen Partei zu danken ist. Es wird Sache der städtischen Arbeiter sein, wenn wider Erwarten einzelne Fälle unberechtigter Urlaubsbeschränkung sich ereignen sollten, der zuständigen Stelle davon Kenntnis zu geben.

Der Oberbürgermeister über die Schaffung eines „Groß-Berlin“.

Der Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg hat vor einiger Zeit dem Oberbürgermeister Kirschner unter Bezugnahme auf eine Aeußerung in der Stadtverordneten-Versammlung vom 21. September 1905 um eine ausführliche Darstellung über die Schaffung eines „Groß-Berlin“ und um seine Ansicht über die Verwaltung dieses großen Körpers ersucht, besonders darüber, welche tatsächlichen Mängel nach seiner Ansicht aus dem Fehlen einer verwaltungsrechtlichen Verbindung zwischen Berlin und seinen Vororten vom Standpunkte von Berlin aus hervorgehen, wie ihnen abzuhelfen sein möchte, insonderheit ob dies durch Herstellung einer solchen dann auch in ihren Formen zu beschreibenden Verbindung zu geschehen haben würde. Dabei hat der Minister vorweg bemerkt, daß er im Einklang mit der kgl. Staatsregierung den Weg der Eingemeindung der Berliner Vororte nicht für gangbar erachte und auch dem etwaigen Plane der Bildung einer Provinz Berlin aus Berlin und seinen Vororten unter Ausscheidung der letzteren aus der Provinz Brandenburg nicht würde zustimmen können. Beide Eventualitäten würden deshalb außer Betracht gelassen werden können. Der Oberbürgermeister Kirschner hat darauf eine Denkschrift ausgearbeitet und dem Minister übersandt. In dieser heißt es u. a.: „Meine Aeußerung wie der Ministerialerlaß setzen zwei verschiedene Begriffe „Berlin“ als gegeben voraus. Der erstere Begriff „Berlin im engeren Sinne“ ist durch die Gesetzgebung bestimmt festgestellt; es ist der neben den Provinzen, Regierungsbezirken und Kreisen des preußischen Staates einen besonderen Verwaltungsbezirk bildende Gemeindebezirk (Stadtbezirk) Berlin. Der andere Begriff „Groß-Berlin“ umfaßt dieses Berlin und die mit ihm lediglich tatsächlich, nicht auch rechtlich zu einer Einheit verbundenen Vororte. Der Begriff Vorort von Berlin und damit der Begriff „Groß-Berlin“ umfaßt, dieses Berlin, ist aber von der Gesetzgebung nicht fixiert und tatsächlich von verschiedenen Beurteilern zu verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Anlässen verschieden bestimmt worden.“ Oberbürgermeister Kirschner geht hierauf nicht näher ein, führt aber zum Beweise für die äußere und innere Verbindung eine Menge von umfangreichem zum Teil neuem statistischen Material begleitete Tatsachen an. So u. a. „daß in einer Länge von 20 220 Meter, also von mehr als 2½ Meilen die Berliner Weichbildgrenze in Straßen liegt, die der Stadt Berlin und den angrenzenden Vororten gemeinsam sind. Man braucht nur über die Straße zu gehen, um in einem anderen Orte zu sein. 48 Berliner Straßen setzen sich ohne jede Unterbrechung in die Vororte fort, 31 Innungen erstrecken sich auf eine mehr oder minder große Zahl Vororte, ebenso Betriebs- und andere Krankenkassen. Rund 8000 Beamte haben ihren ständigen Wohnsitz in den Vororten. Groß ist die Zahl der Schüler und Schülerinnen, die in Berlin die Schulen besuchen, obgleich sie ständig außerhalb wohnen. Alle diese Verhältnisse lassen „Groß-Berlin“ als eine tatsächliche Einheit erkennen. Daß bei dieser Sachlage die geschäftliche Behandlung der verschiedensten Angelegenheiten fortdauernd zu zahlreichen Irrtümern und damit zu unnützen Weiterungen, Arbeiten, Zeitverlusten, Aergernissen und Schäden führen muß, ist selbstverständlich. Hierfür werden in der Denkschrift Beispiele angeführt und auf die verschiedenen Behörden, Post, Polizei, Justiz, Handelskammer usw. hingewiesen, deren Zuständigkeit eine sehr ungleichmäßige ist. In einzelnen Fällen erfordert die Ueberwindung der hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten ein förmliches Studium. Von erheblich größerer Bedeutung ist es jedoch, daß in Groß-Berlin für alle zur Zuständigkeit der Gemeinde gehörigen Angelegenheiten, also auch für diejenigen, die in der tatsächlich vorhandenen wirtschaftlichen Einheit einer einheitlichen Regelung bedürfen, die rechtlichen Organe fehlen, eine solche sachlich notwendige einheitliche Regelung herbeizuführen. Von welcher Bedeutung dieser Mangel ist, kann man von vornherein ermessen, wenn man die großen und wichtigen Verwaltungsgebiete ins Auge faßt, welche die deutsche und die preußische Gesetzgebung der Autonomie der Gemeinden überlassen hat und der immer zahlreicher und immer bedeutungsvoller werdenden Aufgaben gedenkt, welche die moderne Entwickelung, insbesondere auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete den Städten und namentlich den Großstädten stellt. Nach meinen Erfahrungen gibt es kaum einen Zweig der Berliner städtischen Verwaltung, bei dem nicht das Fehlen einer rechtlichen Organisation von Groß-Berlin als Mangel empfunden würde“. Auch hierfür bezieht sich der Oberbürgermeister auf einzelne Vorkommnisse bei der Aufstellung von Bebauungsplänen, Verkehrsunternehmen, gewerblichen Anlagen usw., Prozeßführung, Grundstückserwerbung und bei der Durchführung einer weitanschauenden Bodenpolitik. Der Stadt Berlin stellen sich bei der Ausführung von Verkehrsplänen infolge des Mangels einer Organisation von Groß-Berlin kaum überwindliche Schwierigkeiten entgegen. Jede einzelne Gemeinde betreibt eigene Verkehrspolitik und nimmt keine Rücksicht auf das Ganze oder die Nachbargemeinde. Auf die Mängel der Armen- und Armenkrankenpflege wird ebenfalls aufmerksam gemacht und dann das Schulwesen Berlins und der Vororte in den Kreis der Betrachtung gezogen. Ferner weist der Oberbürgermeister auf die Verschiedenheit in der kommunalsteuerlichen Behandlung der einzelnen Teile von Groß-Berlin hin. Die Zuschläge schwanken bei den Gemeindeeinkommensteuern von 15—233⅓ Proz., Schmargendorf erhebt sogar 331 Proz. Zuschlag zur staatlichen Grund- und Gebäudesteuer, während Grunewald nur 1⅓ Proz. erhebt. Dann betont der Autor noch, daß sehr viele Einrichtungen, Anlagen, Repräsentationspflichten usw. auch den Vororten zugute kommen, während die Kosten von Berlin allein getragen werden müßten. Selbst die Statistik leide unter dem Mangel einer Organisation von Groß-Berlin erheblich. Polizeiliche Verordnungen für Berlin haben in der Regel in den Vororten keine Gültigkeit und umgekehrt. Dasselbe gilt vom Feuerschutz usw. usw.

Oberbürgermeister Kirschner tritt dafür ein, daß zunächst die §§ 33 und 35 des Kommunalabgabengesetzes geändert werden, damit die Ungerechtigkeiten in der Besteuerung derjenigen Personen, die außerhalb wohnen, aber in Berlin ihre Beschäftigung haben, beseitigt werden können. Da der Minister von vornherein zwei Wege zur Besserung der Zustände als ungangbar bezeichnet, so bleibt als die einzige Möglichkeit danach nur übrig die Bildung eines oder mehrerer Zweckverbände von Berlin mit im Provinzialverband verbleibenden Vororten. Dieses Vorgehen ist auf zwei Wegen denkbar, nämlich auf Grund des bestehenden Rechtszustandes ohne Aenderung der Gesetzgebung oder in neuen gesetzlichen Formen mit Hülfe der Gesetzgebung.

Die Darlegungen des Herrn Oberbürgermeisters, die auf die Schaffung eines Groß-Berlin durch Eingemeindung der Vororte hinauslaufen, sind so verständige, daß sachlich nichts dagegen einzuwenden ist. Diese Forderung deckt sich im wesentlichen mit denen, die von der letzten Konferenz der sozialdemokratischen Vertreter Berlins und der Vororte aufgestellt worden sind. Nur muß immer wieder betont werden, daß die Mehrheit der Vertreter im Roten Hause mit dem Magistrat den richtigen Zeitpunkt versäumt hat, als man im Ministerium des Innern der Eingemeindung nicht nur sehr sympatisch gegenüberstand, sondern sogar die Eingemeindung wünschte und förderte. Heute weht, wie die Bemerkungen des Ministers des Innern beweisen, in dieser Beziehung ein anderer Wind.

Nicht allzu hart wollen wir es nach alledem dem Herrn Oberbürgermeister ankreiden, was er über die politische Wirkung der auch von uns unterstützten Forderung auf Eingemeindung der Vororte in seiner Denkschrift sagt. Nachdem er betont hat, daß auch nach Bildung eines Groß-Berlin die politische Konstellation bei Reichstags- und Landtagswahlen die gleiche wie bisher bleibe, sagt er:

„Wenn wirklich jemals der unglückselige Tag kommen sollte, an dem die Bevölkerung von Groß-Berlin in ihrer Mehrheit **staatsgefährliche Ziele in der Gemeindeverwaltung** oder außerhalb derselben verfolgte, würde es solchen Bestrebungen an einer Organisation für Groß-Berlin nicht fehlen, und es könnte verhängnisvoll werden, wenn derartigen organisierten Bestrebungen nicht in einem organisierten Groß-Berlin **einheitlich entgegengetreten** werden könnte.“

Wir glauben nicht, daß Herr Kirschner mit diesem Argument bei der Regierung die Wirkung erreicht, die er sich davon verspricht. So sehr man dort geneigt ist, alles zu unterstützen, um unserer Bewegung Abbruch zu tun und ihr entgegenzuarbeiten, so bezweifeln wir in diesem Falle den Erfolg. Nichtsdestoweniger aber und trotzdem wird uns Herr Kirschner bei Vertretung der von ihm aufgestellten Forderung auf seiner Seite finden.

Fünfundzwanzig Jahre Waisenpflegerin ist am 29. d. Mts. die Frau Johanna Sutter, deren Gatte Stadtverordneter war. Im Auftrage des Magistrats und der Stadtverordneten wird ihr eine Adresse überreicht werden.

Zuallererst das Hausbesitzerinteresse!

Wenn der Hausbesitzer an seinem Hause Verbesserungen vornehmen soll, die ihm „nichts einbringen“, weil sie nicht sofort in eine Mietssteigerung umgemünzt werden können, dann schreit er's in die Welt hinaus, daß er sich wieder eine neue Belastung aufpacken lassen muß. So lamentieren die Hausbesitzer nun schon seit mehreren Jahren darüber, daß von ihnen gefordert wird, Vorkehrungen zu treffen zur Verhütung des Rücktritts von Schmutzwasser aus den Abflußleitungen in die Zuflußleitungen für Reinwasser. Der Apparat, den sie zu diesem Zweck in die Leitungen einbauen sollen, der „Rohrunterbrecher“, ist auch wieder eine so modern-hygienische Errungenschaft, die den „notleidenden“ Hausbesitzern „nur Geldausgaben verursacht“. Früher hat kein Mensch etwas von solchen „Faxen“ gewußt, heute aber verlangt in seiner nimmersatten Begehrlichkeit sogar der Arbeiter, daß man ihm die Möglichkeit schaffe, „hygienisch zu leben“.

Das Verdrießlichste an dem Streit um die Rohrunterbrecher ist für die Hausbesitzer das, daß sie diesmal selber geholfen haben, sich diese Suppe einzubrocken. Als vor fünf Jahren die Behauptung laut wurde, das Schmutzwasser der Klosetts könne in die Zuflußleitungen für Reinwasser gelangen und so auch das zum Trinken bestimmte Wasser verunreinigen, ließ der Bund der Berliner Grundbesitzervereine durch Experimente prüfen, was daran Wahres sei. Die von einer Kommission angestellten Versuche ergaben, daß in der Tat die Möglichkeit einer Verunreinigung des Trinkwassers und hiermit die Gefahr einer Verseuchung vorliegt. Die Kommission des Bundes begriff, daß eine Geheimhaltung der Versuchsergebnisse unmöglich sei; das Aufsehen wäre ja auch um so größer gewesen, wenn das Geheimnis „hinten herum“ schließlich doch in die Oeffentlichkeit

gelangt wäre. Sie sprach aber die Ansicht aus, daß der Fall einer Verunreinigung nur selten eintreten könne. Für die Polizei konnte das kein Grund sein, die zweifelsfrei nachgewiesene Gefahr als unerheblich zu betrachten. Im Januar 1902 erließ der Polizeipräsident von Berlin eine Verordnung, die zur Verhütung des Rücktrittes von Schmutzwasser in die Reinwasserleitungen die Einfügung von Rohrunterbrechern als erforderlich bezeichnete. Der Bund der Grundbesitzervereine verzichtete damals auf den aussichtslos scheinenden Widerstand gegen die Verordnung. „Durch diese Haltung sollte", so lesen wir jetzt in einem Aufsatze des Bundesorgans „Grundeigentum", „die Oeffentlichkeit und vornehmlich die große Zahl derer, die die Hausbesitzer zur Kennzeichnung ihrer vermeintlich höchst einseitigen Interessenpolitik durch den Ausdruck „Hausagrarier" verunglimpfen, über die Bestrebungen der im Bunde vereinigten Hausbesitzer aufgeklärt werden." Sehr schön gesagt! Es fragt sich nur, wer den „Hausagrariern" das glauben wird.

Als die Polizeibehörde zunächst noch zögerte, jene Verordnung durchzuführen und die Hausbesitzer zur Beschaffung der Rohrunterbrecher anzuhalten, schöpfte manches Hausbesitzerherz wieder Mut. Man gab sich der Hoffnung hin, der Herr Polizeipräsident habe nachträglich eingesehen, wie schweres Unrecht er den armen Hausbesitzern angetan, und er wolle nun die Sache unbemerkt einschlafen lassen. Das Zögern hatte indes ganz andere Gründe. Die Polizei meinte, die Durchführung komme nicht ihr selber zu, sondern dem Magistrat. Doch in Berlin ist die Polizeiverwaltung schon lange nicht mehr städtisch. Zwar war 1875 der Stadt wenigstens die Straßenbaupolizei zurückgegeben worden, die unter anderem die Entwässerung der Grundstücke zu beaufsichtigen hat, aber die Rohrunterbrecherfrage gehört zur Bewässerung. So wurde es nötig, der Stadt die polizeiliche Beaufsichtigung auch der Bewässerung zu übertragen. Erst 1905 kam es hierzu. Inzwischen hatten die Hausbesitzer sich längst mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß es „auch so gehe" und die Rohrunterbrecher überflüssig seien. Was die Experimente ergeben hatten, das werde, so sagten sie, in Wirklichkeit nie vorkommen. Zwar wurde diese Annahme durch die Tatsache widerlegt; denn in den Jahren 1904 und 1905 wurden in drei Häusern der Frankfurter Allee, der Fischerstraße und der Schlesischenstraße (das Bundesorgan verschweigt die Hausnummern) eine Verseuchung der Reinwasserleitungen festgestellt, die nicht durch Experiment, sondern auf natürliche Weise zustande gekommen war. Aber für das Gros der Hausbesitzer war auch das noch kein Grund, sie von der Notwendigkeit der Rohrunterbrecher zu überzeugen. Für die Behörde dagegen waren diese Vorkommnisse ein Grund mehr, an der Ueberzeugung festzuhalten (die übrigens auch bereits vom Oberverwaltungsgericht in zwei Entscheidungen ausgesprochen worden ist), daß die Verseuchungsgefahr mehr als bloße Vermutung ist. Die Verordnung wurde im Januar 1906 wiederholt, und die Durchführung wurde jetzt der nunmehr zuständigen „städtischen Polizeiverwaltung", d. h. dem Magistrat, zugewiesen.

Wer gedacht hatte, nun werde wenigstens der Magistrat die Erfüllung dieser Pflicht beschleunigen, der sah sich bald eines anderen belehrt. Bis zum Herbst 1906 hatte die „städtische Polizeiverwaltung" erst 1100 Hausbesitzern die Aufforderung zur Beschaffung der Rohrunterbrecher zugehen lassen, und dann hörte sie plötzlich ganz damit auf. Ein neuer Hoffnungsstrahl fiel in geängstigte Hausbesitzerherzen. Wollte die Behörde doch noch Zugeständnisse machen? Jetzt wird bekannt, daß die Aufforderungen bis auf weiteres eingestellt worden sind, weil man meint, sonst sei eine ordnungsmäßige Abwickelung des Geschäftsbetriebes nicht möglich. Es wird behauptet, die Einfügung der Rohrunterbrecher in die Leitungen könne nur ganz allmählich ausgeführt werden, weil die Betriebe auf Massenaufträge nicht eingerichtet seien. Das hat man allerdings gesagt, in einigen dieser Betriebe sei von Ueberlastung nichts zum merken gewesen, und sehr bald nach Sistierung der Aufforderungen sei sogar Beschäftigungsmangel eingetreten. Wäre es nicht angemessener, wenn unser Magistrat, der sich so sehr um die Hausbesitzer beziehungsweise um die Unternehmer sorgt, es den beteiligten Unternehmern überließe, wie sie sich mit den Massenaufträgen abfinden wollen? Es ist, wie gesagt, zweifelsfrei festgestellt, daß Verunreinigung des Trinkwassers durch Rücktritt aus Klosetteileitungen tatsächlich vorgekommen ist. Das sollte für den Magistrat ein Ansporn sein, lieber die Hausbesitzer zu schleunigster Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten. Wie wird mancher Hausbesitzer sich freuen, daß der Magistrat das nicht tut! Der richtige „Hausagrarier", der seine Mieter als ein Objekt rücksichtsloser Ausbeutung betrachtet, fragt den Teufel was nach „gesundheitlichen Gefahren", die den Mietern drohen.

Der Bund der Grundbesitzervereine sieht in der neuen Verzögerung nur eine Galgenfrist. Er mahnt die Seinen, sich keinen Hoffnungen hinzugeben und jeden Gedanken an Widerstand endgültig aufzugeben. Damit aber der Verzicht auf Widerstand nicht ganz ohne Nutzen für die Hausbesitzer bleibe, rühmt das Bundesorgan, in der Rohrunterbrecherfrage habe der Bund sich „frei von jeder engherzigen und einseitigen Interessenpolitik" gezeigt, nun werde man hoffentlich auch in Reich, Staat und Kommune den Klagen der Hausbesitzer über ihnen zu Unrecht auferlegte Lasten dasselbe Verständnis entgegenbringen. Die Bundesleitung scheint die Berliner Hausbesitzer schlecht zu kennen. Eben jetzt wird bekannt, daß ein Hausbesitzerverein vor dem Frankfurter Tor beschlossen hat, auf Aufhebung der Rohrunterbrecher-Verfügung zu klagen. Die Mitglieder sollen, wenn sie zur Beschaffung von Rohrunterbrechern aufgefordert werden, Stundung beantragen. Auch einige andere Hausbesitzervereine rüsten sich zum Widerstand. Es ist der Magistrat, der ihnen durch sein Entgegenkommen erst Mut zu diesem Vorgehen gemacht hat. Die Bevölkerung hat jetzt eine weitere Verschleppung zu erwarten.

Fahrkartenblocks im Berliner Stadt- und Ringbahnverkehr. Zur Bequemlichkeit der Reisenden und zur Erleichterung der Abfertigung sollen versuchsweise im inneren Stadt- und Ringbahnverkehr, zunächst nur für die erste Preisgruppe (15 Pf. zweiter bezw. 10 Pf. dritter Klasse für fünf Stationen), Edmonsonsche Fahrkarten zweiter und dritter Klasse in Blocks von je zehn Stück verausgabt werden. Die einzelnen Karten dieser Fahrkartenblocks, die im Format und Aufdruck den Karten des Stadt- und Ringbahnverkehrs entsprechen, sind an der unteren, schmalen Seite perforiert und zu je zehn Stück durch eine Drahtklammer zu einem Block vereinigt. Bei der Inzahlungnahme werden die Karten an der perforierten Stelle von dem Reisenden abgetrennt. Die neuen Fahrkartenblocks werden zunächst nur bei den Fahrkartenausgabestellen Charlottenburg, Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz und Schlesischer Bahnhof aufgelegt werden; sie werden zu den tarifmäßigen Preisen — 1,50 M. für die zweite und 1 M. für die dritte Wagenklasse — verkauft. Mit der Ausgabe soll am 1. Dezember d. J. begonnen werden.

Der Berliner Volkschor wiederholte am Bußtag in der Neuen Welt die Aufführung des mächtigen Oratoriums „Judas Maccabäus" von G. F. Händel. Die musikkritische Besprechung ist nach der ersten Aufführung im Oktober erfolgt. Wir können uns daher heute hier darauf beschränken, mitzuteilen, daß die Wiederholung gut gelang und daß die enggedrängte Menge, die den Riesensaal bis auf den letzten Platz füllte, das Gebotene mit der bei künstlerischen Darstellungen vor Arbeitern gewohnten musterhaften Ruhe sowie mit lebhafter Anteilnahme und rauschendem Beifall aufnahm. Der große Chor, der freilich für den Riesensaal noch bedeutend größer zu wünschen ist, und der durch einen lieblichen und gut geschulten Kinderchor ergänzt wurde, die Solisten Frl. Helene Günther, Frau Paula Weinbaum und die Herren Rudolf Jäger und Paul Knüpfer von der Hofoper zu Dresden und Berlin sowie das auf 55 Musiker verstärkte Neue Tonkünstler-Orchester wirkten unter der umsichtigen Leitung des Dirigenten Dr. E. Zander zum guten Gelingen zusammen. Möge sich der Wunsch der Leitung erfüllen, daß die Mitgliedschaft des Chors wachse und damit seine künstlerische Leistungsfähigkeit und seine finanzielle Fundierung gefestigt werde, so daß er weiter imstande ist, der Berliner Arbeiterschaft solche musikalische Genüsse zu übermitteln.

Ein neues Fernsprechamt ist unter der Bezeichnung „Fernsprechvermittelungsamt IIIa" in der Oranienburgerstraße in Betrieb genommen. Das neue Amt ist von dem Amt III abgezweigt und macht eine teilweise Umnumerierung der Teilnehmer erforderlich. Die Neueinrichtung ist jedoch nur eine provisorische und wird bis zur Fertigstellung des im Neubau befindlichen Amtes III, das ebenfalls das sogenannte kurzellose System erhalten wird, in Betrieb bleiben. Das neue Nummernverzeichnis wird mit dem in wenigen Tagen erscheinenden neuen Verzeichnis der Fernsprechteilnehmer herausgegeben. Das im Neubau befindliche Amt III wird räumlich so groß angelegt, daß es den weitgehendsten Ansprüchen genügen und die Herstellung von nicht weniger als 24 000 Anschlüssen ermöglichen wird. Bei der Umwandlung der Aemter in das kurzellose System werden diese auf ein Fassungsvermögen von je 24 000 Anschlüssen erweitert, so daß nach beendeter Fertigstellung der verschiedenen Umbauten die Berliner Vermittelungsämter rund 150 000 Teilnehmern innerhalb des Fernsprechgebietes Berlin Anschlüsse ermöglichen können.

Mit dem Untergrundbahnbau wird in der nächsten Woche auch am Hausvogteiplatz begonnen werden, wo die Bahnlinie, von der Mohrenstraße kommend, einmünden soll. Die Bäume und Sträucher der Anlage des Hausvogteiplatzes werden jetzt entfernt und die Rasenflächen abgestochen. Sobald der Platz eingezäunt ist und die Baumaterialien zugeführt sind, werden im Zuge der Mohren- und Niederwallstraße Brückenbauten nach dem Muster am Leipziger Platz angelegt, die ein ungestörtes Arbeiten an der Tunnelsohle ermöglichen, ohne daß der Straßenverkehr dadurch eine Beeinflussung erfährt.

Die Absperrung des Aufmarschterrains am Viktoriapark ist seit Wochen Gegenstand lebhafter Klagen und Beschwerden der Anwohner der Gegend im Südwesten. Ueber den Grund der Absperrung gehen im Südwesten die widersprechendsten Gerüchte um. Die einen wollen wissen, daß der Fiskus das Gelände der Bebauung erschließen werde, die anderen sagen, ein Unglücksfall sei die Veranlassung zu der Maßregel gewesen, es wären daher auch die Löcher gefüllt und die Wege geebnet worden. Hiergegen aber wendet man ein, daß der Fiskus doch für alle Unfälle auf einem Gelände, dessen Betreten verboten ist, nicht haftbar gemacht werden könne. Eine dritte Version, die einige Wahrscheinlichkeit für sich hat, geht dahin, daß das Gelände dem Verkehr zeitweilig entzogen werden solle, um die kahlen Stellen und sandigen Wege mit Rasen zu belegen. In der Tat haben die Anwohner seit Jahren Klage über die Belästigung durch Staubwolken, die bis in die Wohnungen eindringen, geführt.

Welche von den angegebenen Gründen zutreffend sind, ist schwer festzustellen. In der Tat müssen diejenigen, die in den Viktoriapark gelangen wollen, einen weiten Umweg machen und es sind schon die verschiedensten Vorschläge gemacht worden, um hier Abhülfe zu schaffen. In einer Versammlung eines sogen. Verkehrsausschusses der Grundbesitzer-Bezirksvereine usw. des Südwestens und Südens wurde dieser Tage von anwesenden Stadtverordneten mitgeteilt, daß der Magistrat wegen Ankaufs jenes Terrains nochmals mit dem Militärfiskus in Verhandlungen einzutreten beabsichtige; lasse sich eine Einigung herbeiführen, so läge es in der Absicht der städtischen Behörden, das „Aufmarschterrain", das diesen Namen ja seit einem Jahrzehnt nicht mehr verdient, dem Viktoriapark anzugliedern. In einer der hierzu vorliegenden Anregungen der Anwohnerschaft wird dieser Plan in anziehender Form ausgemalt. Es sind aber auch wunderliche Pläne wieder aufgetaucht; so schlägt jemand vor, inmitten der zu schaffenden Parkanlage eine Kirche zu errichten und ein anderer möchte hier ein Denkmal für den „Reitergeneral Prinzen Friedrich Karl" erstehen sehen, das bis zur Jahrhundertfeier des Nationaldenkmals auf dem Kreuzberg (1913) fertig gestellt sein könnte, und ein dritter empfiehlt, ein Immediatgesuch an den Kaiser zu richten. Der Verkehrsausschuß hat den zahlreichen Anregungen wenigstens insoweit Folge geben zu müssen geglaubt, daß er beschloß, aufs neue mit einer Petition an den Magistrat heranzutreten, damit die Angelegenheit nicht wieder einschlafe.

Unserer Meinung nach sollte der Fiskus dieses Terrain der Stadt überlassen, damit dasselbe für die Anwohner zu entsprechender Benutzung hergerichtet werden kann, wenn er dies nicht selber tun will; aber ein solches Entgegenkommen ist vom Fiskus nicht zu erwarten. Die Forstverwaltung holzt die Wälder ab und liefert sie der Bauspekulation aus und der Militärfiskus verfährt mit „seinem Terrain" in gleich rücksichtsloser Weise. Von ihm erwarten, auf die Wünsche und Interessen der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, hieße sich großer Täuschung hingeben.

Ein durchgehendes Gespann raste am Bußtag durch die Rosenthalerstraße und verbreitete Angst und Schrecken. Ein Schutzmann warf sich den Pferden entgegen und brachte sie zum Stehen.

Ein Opfer seiner Spekulationswut ist der Prokurist Glaser von der Firma A. u. B. Ellisch, Neue Friedrichstraße, geworden. Glaser, der 20 Jahre bei A. u. B. Ellisch tätig war, heiratete vor etwa 14 Jahren und erhielt zirka 60 000 M. Mitgift. Um schneller reich zu werden, ließ er sich auf Fixgeschäfte ein und verlor sein ganzes Vermögen. Am Sonnabendmittag verließ er seine Wohnung, angeblich um ins Geschäft zu gehen, statt dessen teilte er der Firma durch einen Brief mit, daß er infolge großer Verluste an der Börse sich das Leben nehmen müsse. Seine Leiche werde man im Tiergarten finden. Angestellte der Firma fanden denn auch den Selbstmörder schwer verletzt auf einer Bank im Tiergarten und schafften ihn ins Krankenhaus, wo er am nächsten Tage einer Lysolvergiftung erlag. Die Verluste sollen außer den 60 000 M. noch sehr beträchtlich sein.

Unter dem Verdacht des Gattenmordes ist der 28 Jahre alte Arbeiter Gustav Godglück aus der Admiralstr. 85 verhaftet worden. Frau Godglück, Marianne geb. Mutzynska, wurde am Sonntagmorgen in ihrer Wohnung tot am Bettpfosten hängend aufgefunden. Auf dem Tische lag ein Abschiedszettel mit den Worten: Lieber Mann, ich kann nicht mehr leben. Denke oft an Deine liebe Frau. Der Befund und die zunächst ermittelten Umstände ließen auf einen Selbstmord schließen, nach und nach aber kamen Dinge ans Licht, die den Verdacht nahelegen, daß Godglück seine Frau umgebracht habe. Vorliegende Verdachtsgründe veranlaßten die Kriminalpolizei, die Beerdigung der Leiche zu verhindern, um diese obduzieren zu lassen. Durch eine Schriftprobe wurde der Verdacht noch weiter bestärkt, so daß Godglück festgenommen und gestern mittag der Staatsanwaltschaft vorgeführt wurde. Das Diktat, das der Verdächtige schreiben mußte, gleicht auf ein Haar dem Zettel, den seine Frau geschrieben haben soll. Das Ende hat genau denselben Schnörkel, und auch alle Fehler in der Rechtschreibung stimmen überein. Dagegen weicht die Schrift des Zettels von der Handschrift der Frau ab. Es wird vermutet, daß Godglück seine Frau erschlagen oder sonst irgendwie umgebracht und an den Bettpfosten gehängt habe, um den Anschein eines Selbstmordes zu erwecken.

In der Hennig-Affäre hat der Verteidiger Rechtsanwalt Kennes von einem Weichensteller aus der Potsdamer Gegend ein Schreiben erhalten, in dem der Absender erklärt, bezeugen zu wollen, daß er Hennig am Mordtage in Begleitung eines Mannes in Wannsee gesehen habe. Diese Nachricht, die für eine Wiederaufnahme nicht bedeutungslos wäre, veranlaßte das Kammergericht, den vorläufigen Aufschub der Strafvollstreckung zu verfügen und die Oberstaatsanwaltschaft mit Recherchen nach dem „Komplicen Franz", der der Mörder sein soll, zu beauftragen.

Erhängt und vergiftet. Durch Selbstmord geendet hat Mittwoch abend der Doktor der Chemie St., der in der Passauerstr. 29-30 wohnte. Doktor St. war erst vor einigen Tagen von Hamburg nach Berlin gekommen, um an einem hiesigen chemischen Laboratorium tätig zu sein. Am Mittwoch schrieb er mehrere Abschiedsbriefe, brachte sie selbst nach dem Postkasten und schloß sich dann in sein Zimmer ein. Als die Wirtin abends vergeblich Einlaß begehrte, schöpfte sie Verdacht und ließ die Tür gewaltsam öffnen. Vor dem Bett lag Dr. St. völlig leblos. Er hatte sich vergiftet und sich zur Sicherheit noch an einer seidenen Halsbinde am Bettpfosten erhängt. Der Tod war bereits eingetreten. Was den Unglücklichen zu diesem verzweifelten Schritt getrieben hat, vermag sich niemand zu erklären. Vielleicht geben die Abschiedsbriefe, die nach Hamburg gerichtet waren, Aufschluß über die Motive zu dem Selbstmord.

Todessturz im Restaurant. Bei einem bedauerlichen Unglücksfall hat am vorgestrigen Abend die Ehefrau des Dr. Schrinner ihr Leben verloren. Sie war in einem Restaurant in der Kaiser Allee gewesen und als sie es später wieder verlassen wollte, geriet sie an einen falschen Ausgang, irrte an die Kellertür und stürzte kopfüber die Treppe hinab. Bewußtlos trug man die Verunglückte vom Platze und rief den Arzt von der Unfallstation vom Zoologischen Garten herbei. Frau Sch. hatte jedoch einen so schweren Schädelbruch erlitten, daß sie kurz darauf starb.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern morgen in der Müllerstraße. Der 40jährige Arbeiter Franz Wieczoreck, Weimarerstraße 31, wollte den Motorwagen Nr. 1921 der Linie 28 besteigen, um nach Tegel zu fahren. Noch während sich der Wagen in Bewegung befand, trat W. hinzu, wurde umgestoßen und unter die Plattform geschleudert. Er zog sich eine schwere Gehirnerschütterung sowie erhebliche Verletzungen an der Stirn und am Kopf zu und wurde nach der Charité gebracht.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Heute abend findet der Unterricht in sozialer Gesetzgebung statt. Der heute ausfallende Unterricht in Nationalökonomie wird am Sonntag, den 25. d. M., vormittags 10½ Uhr, nachgeholt. — Sonntag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15: Niederländischer Dichter-Abend unter besonderer Berücksichtigung von Heyermans und Multatuli. Vortrag und Rezitation von Frau Rubens-Hamburg.

Der Fortschrittskursus in Nationalökonomie beginnt am nächsten Sonntag, den 25. November, pünktlich um 9 Uhr früh (nicht 9½ Uhr). Der Unterricht am Montag, den 26. d. M. abends, fällt dafür aus.

Der Wintergarten war am Dienstag von Weihrauchdüften geschwängert und soll es eine Zeitlang jeden Abend sein, da die Direktion die bisher in der Komischen Oper auftretende Miß Ruth St. Denis zu einer Gastspielrolle verpflichtet hat. Das Wintergarten-Publikum, das sonst gern, mit Operngläsern bewaffnet, die dünnen Beine der Mitglieder der Tillertruppe bewundert, wird nunmehr einen Teil Aufmerksamkeit den Hindutänzen der Miß Ruth St. Denis zuwenden, Tänzen, deren Charakter wir bereits anläßlich ihres Auftreten in der Komischen Oper näher schilderten. Auch die übrigen Nummern des Novemberprogramms enthalten recht gute Kunstleistungen. Hierher gehören besonders Dr. Angelos lebende Kunstwerke, die Opernsängerin Marie Vinent und Millmanns Trio mit seinem La Matschiche auf einem Drahtseil.

Ein Künstlerkonzert, und zwar sein drittes, hatte am Bußtag der Gesangverein „Nordwacht" in den „Germaniasälen", Chausseestraße, veranstaltet. Dem bekannten Dirigenten Richard Blobel hatten sich neben seinen Sängern Frau H. Geipelt als Oratoriensängerin und Herr G. Vogel mit einer tüchtigen Solistenkapelle zur Verfügung gestellt, deren Darbietungen ein wohlverdienter Beifall zu teil wurde. Der in Arbeiterkreisen beliebte Violinvirtuose Herr Altmann brachte auf seinem Instrument bei gespanntester Aufmerksamkeit der zahlreichen Zuhörerschaft prächtige Stücke zu Gehör. Auch sonst gaben die übrigen Mitwirkenden ihr Bestes. Hervorgehoben sei das „Ave Maria" von Bach-Gounod, vorgetragen von Frau Geipelt und den Herren Altmann, Arndt (Klavier), Blobel (Orgel), ferner das Largo von Händel (Orgel und Violine) und die „Legende" und „Papillon" (Violine). Herr Blobel hat sich mit diesen Arrangements um das Interesse der Arbeiterschaft für bessere Kunstgenüsse ein Verdienst erworben. Größere Ruhe, Aufmerksamkeit und Pünktlichkeit stellen sich hoffentlich in Zukunft auch ein. Der Kunstgenuß wird dann um so vollständiger werden!

Im Berliner Prater-Theater wird heute „Der Pfarrer von Kirchfeld" von Anzengruber zur Aufführung gelangen, während im Luisen-Theater „Präciosa" in Szene geht.

Feuerwehrbericht. Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte Mittwoch abend die 2. Kompagnie in der Wienerstr. 45. Die Feuerwehr von mehreren Seiten alarmiert, rückte gleich mit mehreren Löschzügen aus. Als sie an der Brandstelle ankam, schlugen die Flammen schon an verschiedenen Stellen aus dem Dache empor. Brandinspektor Dransfeld ließ deshalb sofort mehrere Schlauchleitungen vornehmen und kräftig Wasser geben. Es gelang, eine weitere Ausdehnung der Flammen zu verhüten und dadurch den Brand auf den Dachstuhl, der erneuert werden muß, zu beschränken. Die Entstehung des Brandes ist noch nicht ermittelt. Der 20. Zug hatte am Werderschen Markt 10 tun, wo Schwefel in einem Keller brannte. In der Michelkirchstr. 27 hatte der 5. Zug einen Brand zu löschen, der auf einem Boden ausgekommen war. Ein gefährlicher Brand kam in der Wasserkorstr. 40 zum Ausbruch, dort brannten Packmaterialien, Regale u. a., so daß längere Zeit Wasser gegeben werden mußte, um die Gefahr zu beseitigen. Unter einer Treppe in der Swinemünderstraße 124 brannte Werg u. A. Als die Wehr erschien war die Treppe total verqualmt. Ferner hatte die Wehr in der Kybelstraße 5, am Koppenplatz 1, in der Posenerstr. 1, Dresdenerstr. 2, Lichtenbergerstr. 17 und verschiedenen anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Vom Wohnungselend. Die Anschauung, daß es in Charlottenburg keine Wohnungsnot mehr gibt, erfährt eine schlagende Widerlegung durch die von der Armenverwaltung veranstaltete Enquete über die Mietspreise der Armenwohnungen. Der Durchschnittspreis von 70 im Jahre 1905 neu gezählten Armenwohnungen von Stube und Küche hat 21,06 M. monatlich — 0,18 M. mehr als 1904 = betragen; in der ersten Hälfte des laufenden Jahres 1906 zeigt sich bei den hier neu gezählten 52 Wohnungen zwar ein geringfügiger Rückgang des Durchschnittspreises aus der ersten Hälfte des vorigen Jahres, der Preis selbst aber ist mit 21,23 M.

sogar noch etwas höher als des ganzen Jahres 1905. Von den gezählten 122 Wohnungen von Stube und Küche kosten 51 über 20 M., 10 über 25 M. und eine über 30 M. monatlich. Unter den übrigen befindet sich offenbar eine verhältnismäßig große Zahl minderwertiger Wohnungen; denn nur so läßt es sich erklären, daß der an sich sehr hohe Durchschnittspreis noch niedrig erscheint gegenüber den weiter ermittelten Preisen. Durch das statistische Amt sind aus den Zählkarten der Armenverwaltung, soweit angegeben, die Wohnungsverhältnisse der Armenbevölkerung ermittelt worden. Dabei sind 410 Wohnungen von Stube und Küche mit Angabe des Preises ermittelt, 75 im Vorderhause, 335 im Hinterhause. Auffällig ist zunächst, daß die Preise der Wohnungen im Vorderhause fast durchweg niedriger sind als im Hinterhause — ein deutliches Zeichen, daß es sich bei den wenigen solchen Wohnungen im Vorderhause überwiegend um minderwertige Wohnungen handeln muß. Der Durchschnittspreis im Vorderhause beträgt 20,30 M., im Hinterhause 21,50 M. Weiter ergibt sich aus den Zählungen die Tatsache, daß Familien, die Aftermieter halten, durchweg für die gleiche Wohnung von Stube und Küche mehr, zum Teil erheblich mehr, zahlen müssen als andere ohne Aftermieter. Der Betrag der Aftermiete wird also zu einem Teile wieder aufgezehrt durch den höheren Preis, der für das Recht, Untermieter halten zu dürfen, gezahlt werden muß.

Mit Recht betont der amtliche Bericht, daß die Höhe der Mieten naturgemäß fortdauernd eine große Anzahl von Familien zwingt, sich mit dem denkbar geringsten Raum zu begnügen und daß kinderreiche Familien bei der Lage der Dinge auch heute noch nicht selten Schwierigkeiten haben, eine geeignete Wohnung zu einem für sie erschwinglichen Preise zu finden. Unter 363 Wohnungen von Stube und Küche waren im Jahre 1905 60 von mehr als 5, 14 sogar von mehr als 7 Personen bewohnt. Der Einfluß solcher Ueberfüllung auf den Gesundheitszustand bedarf keiner näheren Darlegung.

Wunder nimmt es nur, daß angesichts dieser Tatsachen die städtischen Körperschaften müßig die Hände in den Schoß legen. Zwar existiert in Charlottenburg seit langen Jahren eine Deputation zur Beschaffung von Wohnungen für die minderbemittelten Klassen, aber sie steht nur auf dem Papier und tritt anscheinend überhaupt nicht zusammen. Es wäre höchste Zeit, daß diese Deputation endlich einmal wieder berufen wird.

Wilmersdorf.

Die Rolle des Sozialistenbekämpfers scheint die sich der Wilmersdorfer Bevölkerung so sehr in empfehlende Erinnerung bringende „unparteiische" „Wilmersdorfer Zeitung" zu übernehmen. Das zeigt sich so recht bei den gegenwärtigen Vorbereitungen zu den Stadtverordnetenwahlen. Nicht genug, daß in recht „unparteiischer" Weise von einer „höheren Zinne" einer vollen Einmütigkeit aller nationalen Richtungen gegenüber der „einseitigen ewig verneinenden Wühlarbeit der Sozialdemokratie" das Wort gepredigt wird, leistet sich genanntes Blättchen in seiner Dienstagnummer sogar ein Artikelchen, überschrieben: „Die Abwehr der sozialdemokratischen Klassenherrschaft". Sie gibt hierzu einem A. Lieske das Wort, dessen wirre Enthüllungen sicher nur von wenigen verstanden werden dürften. Um möglichst abschreckend zu wirken, dichtet er der Sozialdemokratie den bekannten vulgären Gleichheitsfanatismus an. Das kennzeichnet schon zur Genüge die Verworrenheit des Schreibers, der von Sozialismus nicht einen blassen Schimmer hat. Bei diesem Herrn ist die bürgerliche Gesellschaftsordnung der Boden des „natürlichen Rechts" und die kommunistischen Bestrebungen der Sozialdemokratie sind reaktionär, versinnbildlichen den Eigentumsdiebstahl in gewaltsamer Form. Wir beglückwünschen die „Wilmersdorfer Zeitung" zu dieser geistigen Leuchte und hoffen, daß sie in ihrem Bestreben, durch solche Mitarbeiter den Sozialismus zu bekämpfen, nicht erlahmen möge. Der Wilmersdorfer Sozialdemokratie leistet sie dadurch unschätzbare Dienste.

Steglitz.

Arbeiter! Parteigenossen! Die Stichwahl zwischen unserem **Genossen Richard Kruz** und dem bürgerlichen Oberpostassistenten Templiner findet **am Montag, den 26. November, nachmittags von 4—9 Uhr,** statt.

Wie überall, wo ein Sozialdemokrat mit einem Bürgerlichen in Stichwahl steht, wird auch hier der Kampf nicht zwischen den beiden Parteien ausgefochten, sondern das gesamte Bürgertum zieht gegen uns zu Felde. Wie wir vorausgesagt hatten, so ist es eingetroffen: Die feindlichen Brüder von gestern sind heute ein Herz und eine Seele. Die Grundbesitzerpartei ließ schon am Tage nach der Hauptwahl durch ihr Organ verkünden, daß sie es für ihre patriotische Pflicht halte, in der Stichwahl für den Mieterkandidaten zu stimmen, um der vaterlandslosen Sozialdemokratie eine Niederlage zu bereiten. Es gilt also für unsere Genossen und Anhänger, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den ungleichen Kampf mit aller Energie aufzunehmen. Das Studium der Wählerlisten liefert den Beweis, daß die Arbeiterschaft mit Leichtigkeit selbst die vereinigten Gegner schlagen kann, wenn nur jeder Arbeiterwähler sein Wahlrecht ausübt. Hunderte von Wählern sind der Wahlurne ferngeblieben. Diese Säumigen, die entweder aus Bequemlichkeit oder weil sie die Wichtigkeit der Gemeindewahlen unterschätzen, ihr Wahlrecht nicht ausübten, müssen bei der Stichwahl auf die Beine gebracht werden; ihnen muß begreiflich gemacht werden, daß es ihnen nicht gleichgültig sein darf, ob ein Oberpostassistent oder ein Arbeiter ins Rathaus einzieht. Zu diesem Zweck muß jeder Parteigenosse sein Bestes tun, jeder muß Agitator sein. Die Hauptwahl hat leider gezeigt, daß in dieser Hinsicht viel gesündigt worden sein muß. Weit über hundert Wähler, die bei der Wahl im März für uns gestimmt hatten, sind am 12. November der Wahl ferngeblieben. Hierdurch war es möglich, daß wir einen Stimmenrückgang von 57 zu verzeichnen hatten, trotzdem wir fast ebenso viel Wähler neu gewonnen haben. Wenn auch eine ganze Anzahl Anhänger von hier verzogen sind, mußte das Resultat ein besseres sein, wenn jeder Genosse seine Pflicht erfüllt hätte. Diese Scharte muß ausgewetzt werden. Parteigenossen, benutzt die wenigen Tage noch dazu, die Säumigen aufzumuntern, der Erfolg wird dann nicht ausbleiben!

Lichtenberg.

Die Arbeitgeber streiken! Das konstatierte in der am Sonnabend stattgefundenen Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Vorsitzende Hentschel. Verschiedene Herren scheinen eingesehen zu haben, daß sie mit untauglichen Mitteln einen Feldzug unternommen haben, der im Grunde genommen den Zweck verfolgte, die unbequeme Rathausopposition, die sich gegen Sonderbestrebungen und Interessenwirtschaft richtet, zu stürzen. Daß unsere Genossen für die Zukunft weiter noch sehr auf dem Posten sein müssen, um Winkelzügen von gewisser Seite erfolgreich begegnen zu können, das hat aufs neue die Krankenhausfrage, an der die Kassenmitglieder naturgemäß stark interessiert sind, bewiesen. Der Vorsitzende Hentschel gab den Delegierten ferner Mitteilung über Vorarbeiten zu weitergehender Zentralisation der Krankenkassen, die der Verteidigung des Selbstverwaltungsrechtes dienen soll. Daß der Vorsitzende solche Frage anregte, wurde als erfreulich bezeichnet, das hebe zweifellos das Interesse der Delegierten für die die Kasse berührenden Lebensfragen. — Ueber die Gestaltung der Kassenverhältnisse konnte der Rendant ein erfreuliches Bild geben. Den kürzlich beschlossenen Mehrleistungen hat die Regierung nicht voll die Zustimmung erteilt, sie beanstandete die Zahlung des Krankengeldes für die Sonntage. Um den Kranken wenigstens die übrigen beschlossenen Mehrleistungen zugute kommen zu lassen, beschloß die Versammlung, auf die Sonntagsbezahlung vorläufig zu verzichten. Nach kurzer Zeit wird die Regierung, bei weiterer günstiger Entwickelung der Kassenverhältnisse, die bestimmt zu erwarten ist, der jetzt beanstandeten Mehrleistung wohl zustimmen. Im weiteren kam noch zur Erörterung ein Plan, für mehrere Kassen gemeinsam ein Erholungsheim zu errichten. Ein Delegierter machte darauf aufmerksam, daß bei dieser Sache eine gewisse Vorsicht geboten sei, da die Erwerbung einer Erholungsstätte in Betracht komme, die der Besitzer zu einem ungebührlich hohen Preise an den Mann zu bringen suche. Da die Angelegenheit sich erst noch im Stadium der Vorberatung befindet, die betreffende Kommission bindende Abmachungen nicht treffen wird, wurde von einer weiteren Diskussion in dieser Sache Abstand genommen.

Adlershof.

Die Ortskrankenkasse von Köpenick, Adlershof und Umgegend hat 40 bis 45 Delegierte zu wählen; es ist deshalb erforderlich, daß in den versicherungspflichtigen Betrieben bereits geeignete Mitglieder ausgesucht werden, um sie dem Obmann unterzeichneten Kartells zwecks Aufstellung einer gemeinsamen Liste zu übermitteln. Die Nachträge zum Statut bitten wir von den Arbeitgebern sich aushändigen zu lassen. Am Dienstag, den 27. November, abends 7 Uhr, findet bei Meißner, Bismarckstr. 60 in Adlershof, eine Generalversammlung statt, in welcher vier Vorstandsmitglieder gewählt werden.

Der Obmann des Gewerkschaftskartells.
W. Arndt, Adlershof, Hackenbergstr. 8.

Bei der gestrigen Schöffenwahl wurde der bisherige Schöffe Ernst Syring mit 18 Stimmen wiedergewählt.

Pankow.

Die Gemeindevertretung hatte in ihrer letzten Sitzung eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Die angekündigte Beratung über die Erhöhung der Beamten- und Lehrergehälter hatte die Tribünen vollständig gefüllt. Dem Antrage auf Verleihung des Gemeinderechts an den Bürgermeister Kuhr und den besoldeten Schöffen Lampe wurde, nachdem ihn Genosse Freiwaldt begründet hatte, zugestimmt. Die Wahl eines Kreistagsabgeordneten — in geheimer Sitzung — fiel auf den Bürgermeister Kuhr; unsere Genossen gaben weiße Zettel ab.

Zur Neuregelung der Lehrer- und Beamtengehälter lagen die Vorschläge der Beamten und der Finanzkommission vor, nach welchen die Mietsentschädigung der Lehrer von 550 auf 650 M., ferner die Alterszulagen von 200 auf 250 M. erhöht werden sollen. Die bisherigen Grundgehälter der Lehrer (1400 M.) sollen bestehen bleiben, die Endgehälter dagegen um 550 M. steigen, bei den Rektoren sogar um 850 M. Den an der Realschule angestellten Vorschullehrern soll die pensionsfähige Funktionszulage von 200 M. auf 300 M. erhöht werden.

Die Beamtengehälter sollen in der Weise aufgebessert werden, daß die Grundgehälter der Assistenten von 1800 auf 2100 M. und die der Sekretäre von 2100 auf 2400 M., die Alterszulagen von 200 auf 300 M. erhöht werden sollen. Die Endgehälter sollen erhöht werden bei den Rendanten und Rechnungsrevisoren um 700 Mark, bei den Assistenten und Sekretären um 600 M., dem Polizeiwachtmeister, dessen Grundgehalt um 300 M. erhöht wird, soll das Endgehalt um 1200 M. aufgebessert werden. Den Polizeibeamten soll das Grundgehalt um 200 M., das Endgehalt um 500 Mark aufgebessert werden. Vollziehungsbeamten, Steuereinholern, Gemeindedienern und Schuldienern will man nach 18 Dienstjahren nur 200 M. bewilligen. Technische Beamte, Nachtwächter mit 500 Mark Jahresgehalt, sowie die Gemeindearbeiter sind von den Kommissionen unberücksichtigt geblieben. Zur Begründung der Vorlage wies Bürgermeister Kuhr darauf hin, daß der Antrag auf Aufbesserung der Gehälter der unteren Beamten und Lehrer bereits vor einem Jahre durch den Gemeindevertreter Freiwaldt gestellt sei. Es sei schwer gewesen, eine gerechte und annehmbare Gehaltsskala aufzustellen. Der finanzielle Effekt der Vorlage bedeute für die Gemeinde eine Mehrbelastung von 65 000 M. pro Jahr. Redner gab den zahlenmäßigen Nachweis, daß die Gemeinde die Mehrbelastung tragen und trotz der Mehrausgaben der kommunale Steuerzuschlag von 110 auf 100 Proz. herabgesetzt werden kann. Es wird dabei erwähnt, daß, wenn die Gemeinde im Jahre 1905 die Wertzuwachssteuer eingeführt hätte, sie bereits in diesem Jahre mit einer Mehreinnahme von 551 714 M. rechnen könnte. Genosse Kubig präzisierte die Stellung seiner Freunde zu dieser Vorlage. Die Notwendigkeit der Erhöhung der Gehälter sei gegeben durch die unerhörte Hottpolitik der Regierung und einer einflußreichen kleinen Junkerclique, welche das Volk aufs äußerste auspowere; die Gemeinden werden durch diese Politik aufs schwerste belastet. Trotzdem müsse er sich gegen die Vorlage wenden, welche einseitig nur die bessergestellten Beamten berücksichtige und den unteren Beamten nur wenig und den Gemeindearbeitern gar nicht Rechnung trage. Nicht Gehälter über 3000 M. sind zuerst zu berücksichtigen, sondern Jahresgehälter von 600 M. und Stundenlöhne von 30 bis 40 Pf. Nach langer Debatte wurde folgender Antrag unserer Genossen angenommen: „Die Vorlage ist an die Kommission zurückzuverweisen, die Hoch- und Tiefbaukommission hat die Löhne der Gemeindearbeiter einer Verbesserung zu unterziehen, um in nächster Sitzung gemeinsam über die Vorlage zu entscheiden."

Spandau.

Der Achtuhr-Ladenschluß wird auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Potsdam vom 2. Januar 1907 ab für alle Spandauer Bäckereigeschäfte in Kraft treten.

Verein für die Interessen der Hausangestellten. Oeffentliche Versammlung am Sonntag, den 25. November bei Obst, Schöneberg, Martin Lutherstr. 51. Vortrag von Frl. Ida Baur über: „Schutz den Dienstboten". Anfang 6 Uhr. Gäste willkommen.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Abteilung Pankow. Freitag, den 23. November: Abteilungsversammlung bei Abendroth, Mühlenstr. 26.

Vermischtes.

Die Pocken in Breslau. In den letzten acht Wochen sind in Breslau neun Fälle von echten Pocken, wenn auch — so heißt es in der amtlichen Bekanntmachung — in der modifizierten Form (Variolois) zur Beobachtung gekommen. Infolge der schlechten Wohnungsverhältnisse unter denen die arbeitende Bevölkerung Breslaus vielfach zu leiden hat, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß diese außerordentlich leicht übertragbare Krankheit noch weiter um sich greift. Um der Weiterverbreitung der Krankheit entgegenzutreten, erinnert das Breslauer Polizeipräsidium daran, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen jede Erkrankung und jeder Todesfall an Pocken, sowie jeder Fall, welcher den Verdacht dieser Krankheit erweckt, dem zuständigen Polizeikommissariat angezeigt werden muß, daß ferner jetzt auch Windpocken als pockenartige Erkrankungen zu gelten haben und ebenfalls angezeigt werden müssen. Schließlich wird die Schutzpockenimpfung bezw. Wiederimpfung als bestes Schutzmittel gegen die Erkrankung an Pocken empfohlen und mitgeteilt, daß der Magistrat von Breslau beschlossen hat, kostenlose öffentliche Impfstellen einzurichten. —

Von Pearys Nordpolfahrt. „New York Herald" bringt Einzelheiten über die Expedition Pearys, aus denen hervorgeht, daß die Erreichung einer noch höheren Breite nur dadurch vereitelt wurde, daß infolge Sturmes das Eis in beträchtlicher Ausdehnung hinter Peary aufbrach und ihn so der Möglichkeit beraubte, von seinen Hülfsabteilungen Unterstützung zu erhalten. Er machte nun mit seinen Begleitern einen Vorstoß, sah sich aber, nachdem am 21. April die Breite von 87° 6' erreicht war, mit Rücksicht auf das Schwinden seiner Lebensmittel und auf die Möglichkeit, auf dem Rückwege offene Wasserlöcher anzutreffen, zum Rückmarsch veranlaßt. Auf 84° Breite hielt ein ausgedehnter Streifen offenen Wassers die Expeditionstruppe fünf Tage auf; infolgedessen mußten hier Schlitten als Feuerungsmaterial zum Kochen von Hundefutter benutzt werden, auf das man als letztes angewiesen war. Schließlich gelang es, die Wasserspalte, als sie sich mit dünnem frischen Eis bedeckt hatte, zu passieren. Mühsam durch Trümmereis sich einen Weg bahnend, erreichte die Gesellschaft am 12. Mai die grönländische Küste, wo sie auf den Expeditionsgenossen Clarke mit drei Eskimos stieß.

Ein Schiffsunfall. Der Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kaiser Wilhelm der Große" stieß beim Verlassen des Hafens von Cherbourg mit dem Royal Mail-Dampfer „Orinoco" zusammen. „Kaiser Wilhelm der Große" wurde vorn an Steuerbordseite beschädigt, indem verschiedene Platten im Zwischendeck durchbrochen wurden. Bei der Kollision wurden vier Zwischendeckpassagiere getötet, fünf verwundet. Das Schiff ist in allen Teilen dicht, der Schaden nicht erheblich.

Eine Schnaps-Sintflut. In Glasgow barst gestern ein Spiritusbehälter, der sich in einer Branntweinbrennerei befand und 70 000 Gallonen frisch gebrannten Spiritus enthielt, und überflutete die Muirheadstraße zwei Fuß tief. Durch die Gewalt der ausströmenden heißen Flüssigkeit wurden eine Anzahl Arbeiter gegen die Häuser geschleudert, und mehrere Fuhrwerke, deren Pferde den Boden verloren, fortgetrieben. Vierzehn Personen wurden verwundet, von denen elf in ein Krankenhaus geschafft wurden, außerdem wurde eine Person getötet.

Krieg im Frieden. Infolge Reißens einer Kette auf dem Kriegsschiff „Admiral Baudin" wurden in Toulon neun Matrosen schwer und sechs leicht verletzt.

Ein heftiger Sturm hat in der Gegend von San Sebastian große Verheerungen angerichtet.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68—73 pr. 100 Pfd., IIa 62—67, IIIa 56—61, IVa 50—55. Kalbfleisch, Doppellender 115—125, Ia 88—95, IIa 76—86, IIIa 68—74, holl. 54—60. Hammelfleisch Ia 70—78, IIa 54—67. Schweinefleisch 58—65. Rehwild Ia per Pfd. 0,50—0,70, IIa 0,30—0,48. Rotwild Ia 0,40—0,49, do. IIa 0,30—0,35, do. Hälfter 0,40 bis 0,55. Damwild 0,45—0,50, do. Hälfter 0,55—0,60. Wildschweine 0,00. Frischlinge 0,00. Hasen per Stück 3,00—3,40, do. klein und IIa 1,75—2,90. Kaninchen pr. Stück 0,50—0,90. Wildenten pr. Stück 1,25—1,65. Krickenten 0,00. Rebhühner, junge Ia 0,90—1,10, junge IIa 0,00—0,00, alte 0,90, junge kleine 0,00. Hühner, alte per Stück 1,50—2,25, alte IIa 1,20—1,40, junge per Stück 1,00—1,50. Tauben per Stück 0,47—0,77, ital. 0,80—0,85. Enten, junge per Stück 2,00—2,85. Hamburger, junge per Stück 3,10. Gänse, Oderbrucher, per Pfd. 0,56—0,61, do. Ia per Stück 3,75, IIa 0,00. Hechte per 100 Pfd. 75—80, groß 63. Karpfen matt 0,00. Schleie mittel 96, große 0,00, kleine 0,00. Aale, kleine 54. Aale, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, unj. 0,00. Plötzen 36—47. Karpfen, 25er 0,00, do. 40er 0,00, do. 80—100er 66—67, do. 50—60er 69—70. Barse 66—71. Karauschen 0,00. Bleifische 00,00. Weiße 00,00. Bunte Fische 55—58. Amerikan. Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 20—25. Sprotten, Kieler, Mall 0,90—1,00, Danziger, Mall 0,60—0,80. Flundern, pommersche Ia, per Schock 3—6, do. pommersche IIa 2—4, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3. Hamb. Stiege 4—5, halbe Kiste 1,50—2. Büchlinge, per Mall Kieler 5,50—6,00, Stralsunder 0,00. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,60—0,00. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 5—6, do. ½ Kiste 2,75—3. Kabliau, p. 100 Pfd. 20—25. Heilbutt 0,00. Sardellen, 1906er per Kiste 95, 1904er 95, 1905er 93, 1906er 73. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 00—120. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe, Büchse (4 Liter) 1,50—1,75. Neunaugen, Schockfaß 11, kleine 5—6, Riesen- 14. Hummern, kleine, per Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 0,00. Austern, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Hands, per Schock 4,00—4,50. Butter per 100 Pfd. Ia 123—125, IIa 115—120, IIIa 110—114, abfallende 95—105. Saure Gurken Schock 3,50—4,00, Wassergurken 3,50—4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 1,90—2,10, Daberische 1,90—2,10, Rosen 0,00, weiße 1,60—2,00, Salatkartoffeln 4,00—5,00. Spinat per 100 Pfund 5,00—8,00. Karotten per Schockbund 2,50—3,00. Sellerie, hiesige, per Schock 3,00—4,00, do. pommersche 4,00—5,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00—3,50, do. kleine 2,00—2,50, do. hiesige (Perl-) 0,00. Eßkartoffeln 50—60. Petersilie, grün, Schockbund 1,25. Kohlrabi per Schock 0,50—0,80. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Radieschen per Schockbund 0,50—0,80. Salat, per Schock 2,00—2,50, do. „Escarole", per Mandel 0,75—1,50, do. „Endivien" 1—1,50. Mohrrüben per 100 Pfd. 2—2,50. Teltower Rüben per 100 Pfd. 10—12. Weiße Rüben große 2—3, kleine 6—7. Blumenkohl per Mandel 2,50—3,00, do. Erfurter Kopf 0,00. Wirsingkohl per Schock 3,00—6,00. Rotkohl p. Schock 3,00—5,00. Weißkohl 100 Pfd. 2,00—4,00. Rosenkohl p. 100 Pfd. 10—18. Grünkohl per 100 Pfd. 3—5. Steinpilze per 100 Pfd. 0,00. Kohlrüben, Schock 2—3. Kürbis 3—4. Birnen, per 100 Pfd. hiesige 7—20, böhmische 6—21. Aepfel, per 100 Pfd., hiesige 3—20, Grafenstein 8—20, Tiroler in Fässern 17—30, Kiste 12—30, Amerik. 17—30. Preiselbeeren, schwedische 0,00, Gebirgs- 30—35. Wallnüsse per 100 Pfd. 10—20, do. rumänische 24—30, do. franz. Cornes 32—35. Paranüsse 60—65. Haselnüsse lange 44—47, runde 31—36. Zitronen, Messina, 300 Stück 9,00—14,00, 360 Stück 7,00—16,00, 200 Stück 10—12, 420 Stück, klein 5—8, 500 Stück klein 5—8.

Hauptgeschäft Bahnhof Börse, Bogen 9–10
Landsbergerstrasse 52
Wilmersdorferstrasse 113 Telegr.: Charlottenburg 6713
Potsdamerstrasse 112a, Telephon: Amt VI, 7196
Moabitstrasse 32 Mittelstandstraße 18

Teures Fleisch
Billige Seefische

Hoher Nährgehalt
Bester Fleisch-Ersatz

Seefisch-Kochbücher gratis

Deutsche Dampf-Fischerei-Gesellschaft
Nordsee
Prinzenstrasse 29
Fernsprecher: Amt III, 8904

Seefisch-Kochbücher gratis

Kabeljau ohne Kopf . Pfd. **33** Pf.
Seelachs mit Kopf . . . . . Pfd. **25** Pf.
Bratflundern . . . . . Pfd. **25** Pf.
" . . . . . 3 Pfd. **70** Pf.
Ger. Riesen-Lachsheringe . . Stück **15** Pf.

Wir klagen an!

„Blut und Eisen"

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit

von

Hugo Schulz.

Erscheint in 50 Lieferungen a 20 Pfennig.

Soeben ist Heft 8 ausgegeben!

Zu beziehen durch die **Expedition** des **Vorwärts**, Lindenstr. 69 (Laden), alle Parteispeditionen und Kolporteure.

Monats-Garderoben-Haus

6 Prinzenstraße 6

Bitte auf Hausnummer achten!

Die schönsten

Herren-Winter-Paletots und **-Anzüge**

in getragener, speziell Monats-Garderobe.

Von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben

im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**

2961L* **Hochbahnstation: Prinzenstraße.**

Aufgepaßt!

Noch immer die bill. Bezugsquelle für **Monats-Anzüge, Winter-Paletots** u. Hosen, von Reisenden und feinsten Kavalieren angekaufte, ebenso **neue**, sehr schik u. modern gearbeitete, in neuesten Stoffmustern vorhanden. **Herren- und Knabengarderoben.** Große Auswahl in **Winterpaletots u. warme Winterjoppen.** Ein gr. Post. einzelne Jacketts, einzelne Westen und einzelne Hosen zu sehr billigen Preisen. Zu haben bei *

Moldauer

Prinzenstraße 64

Ecke Alexandrinenstraße, im Laden.

H. Zimmermann

Berlin SO. **Juwelier** Oranienstr. 206

Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung. 2522L*

Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Streng reell. — Billigste Preise.

Das schönste Weihnachtsgeschenk ist ein **echter Orthophon-Sprechapparat** aus der rühmlichst bekannten Fabrik der Deutschen Telephonwerke. Plattenapparate in jeder Preislage, prima Schallplatten. Zu jeder Platten-Sprechmaschine drei doppelseitige Schallplatten gratis.

[2947L*]

Eugen Krämer,

BERLIN C., Königstraße 53.

Spezialvertrieb der Orthophonapparate der Deutschen Telephonwerke G. m. b. H.

Fleischteuerung,

Lebensmittelteuerung, Hungersnot, Revolution stehen im **engsten Zusammenhang.** Von **einem Ereignis zum andern** ist nur **ein Schritt.**

Wer sich für diese **gefährlichen Vorgänge** im **Wirtschaftsleben** interessiert, verlange Proestlers Broschüre: **„Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft". Vollständige Ausgabe** in besserer Ausstattung M. 2.—, **Teil- und Volksausgabe** 60 Pfg. Zu beziehen durch **alle Buchhandlungen** (Komm. **Otto Weber, Leipzig**), woselbst auch Prospekte und Zirkulare umsonst abgegeben werden, ausserdem sind solche direkt vom Herausgeber der Broschüre, Kaufmann Michael Proestler in Würzburg, portofrei zu beziehen.

Greift zu! 27522*

den besten

Monatsanzüge . . . v.	9,50 M.	Monatspaletots . . v.	9,50 M.
Abonnementsanzüge „	10,50 „	Abonnementspaletots „	12,50 „
Anzüge, Ersatz f. Maß „	20,00 „	Paletots, Ersatz f. Maß „	19,50 „
Pfandleihanzüge . . „	12,50 „	Joppen 5,00, Beinkleider	2,00 „

Getragene Kleidungsstücke von Kavalieren, Reisenden aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Hoflieferanten, alles auch für korpulente Figuren.

Zentral-Keller, Berlin 35, Neanderstraße 35.

3 Min. von Stadtb. Zannowitzbr., an der Köpenickerstr. Straßenb.-Bergüt.

Stolas

über 500 Stück (alle Pelzarten), sowie alle sonst. Pelzwaren.

Muffen, Kolliers

Nur eig. Fabrikat aus best. Material.

Streng reell.

Kein Zwischenhändler, daher sehr billig.

F. Kalman

Kürschnermstr.

75. Dresdenerstraße 75

vorn II, 2. Haus v. Thalia-Theater.

Verkf. auch Sonntags, u. Wochentags v. 8 Uhr früh bis 9 Uhr abds. *

Offeriere in nur frischer Ware:

Hasen

große schwere für nur . . . M. 3,00
große wilde **Kaninchen** . . „ 0,90
Reh-Keulen von . . . „ 4,00
Rücken . . . . „ 5,50

Gänse 179/5*

Pfd. 60 u. 65 Pf. in riesiger Auswahl.

Wegner, SO., Mariannenstr. 34.

Die allerbeste Puppe

erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der

Puppen-Fabrik **Otto Kreyssig**

jetzt nur **Brunnenstr. 83** früher Brunnenstr. 119.

Billigste Preise! **Reparaturen** bei Einkauf von Ersatzteilen **gratis.**

Arbeiter-Gesang-Vereine

finden die grösste und beste Auswahl an **Musikalien** bei **J. Günther, Verlag, Dresden,** Ziegelstr. 24. Reichste Auswahlsendungen zu allen Gelegenheiten. Kataloge gratis.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 268/14*

Musikwerke, Sprechmaschinen. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Skalitzerstraße 40. 19369L

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 18432L

Gänse! Gänse! frischgeschlachtet, äußerst billige Preise, sind zu verkaufen Samariterstraße 21. Bettfedern-Verkauf. Paul Hoff. 180/10*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00, Joppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. 2857b*

Schankgeschäft krankheitshalber zu verkaufen Tilsiterstraße 27. †121*

Restauration mit Fahlstellen Umstände halber zu verkaufen Breslauerstraße 28. †121*

Federbetten, Stand 10,50, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken. Winterpaletots, Uhren, Goldsachen spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 20678L*

Imitiseidene Steppdecken 4,85 (Seidenersatz), Wollatlas-Steppdecken 4,25. Bunte Kretonnesteppdecken 2,85. Teppichhaus Emil Lefèvre, nur Oranienstraße 158. 20258L*

Hochvornehme Herrenanzüge, Herrenpaletots aus feinsten Maßstoffen 18 bis 38,00, Hosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. *

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 19885L*

Möbelfabrik Dresdenerstraße 8 (Kottbuser Tor). Wohnungs-Einrichtungen, Küchenmöbel, Polstermöbel, nachgedunkelte Mahagonimöbel, Möbeleintausch (Ratenzahlung). Scheibt, Tischlermeister. 19765L*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Puppenwagen, zurückgesetzte, spottbillig. Sommer, Wienerstraße 51. *

Winterpaletots in enormer Auswahl 18 bis 50 Mark bei Herrmann Schlesinger, Turmstraße 58. 19688L*

Winterpaletots, Gehrockanzüge, Taschenuhren, Pfandleihpreise. Weidenweg neunzehn.

Winterpaletots, Jackettanzüge, Trauringe, Pfandleihpreise, Weidenweg neunzehn.

Winterpaletots, Winterhosen, Teppichverkauf, Spottpreise, Weidenweg neunzehn.

Winterpaletots, Wintercapes, Winterjackets, Damenmäntel, Weidenweg neunzehn. 181/6

Zahle bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †32*

Nähmaschinen 10 Mark bar, wer kauft oder nachweist. Neumeister, Ramlerstraße 38. 28655

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher, Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Anklideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Udekes Anhalter Bahnspeicherei. *

Gaskronen, Petroleumkronen, Woche 1 Mark, Fabrikpreise. Große Frankfurterstraße 92 und Ravenestraße 6 (Wedding). 18529L

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Satteltaschensofa 45, Paneelsofa 55, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 29, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 16, Muschelspind, Vertiko 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1523K*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst). — Spezialhäuser: Borbagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247 (Hermannplatz.) 19890L*

Damenhemden, Herzfasson, aus gutem Hemdentuch, Vierteldutzend 4,00, drei weiße Herrenhemden 3,50. Bettwäsche, Arbeiterhemden, Normalwäsche sowie einzelne Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz.

Federbetten 11,00, bessere spottbillig. Michel, Dresdenerstraße 38.

Federbetten, schöne breite, Stand 20 Mark, 5 Zimmer wenig gebrauchte Möbel sofort zu verkaufen Dresdenerstraße 38, vorn II links. 181/7*

Schamottofen, hoher, mit Ringen verkauft billig Kirscht, Kopenhagenerstraße 71. †61

Gasheizsparöfen! Gasbrateöfen! 7,00. Zweilochgaskocher 3,00. Gasplätteisen, Gasbügelapparat! Gasuhren 1½, Gaszuglampen! 9,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32.

Achtung, Bier! Durch günstigen Abschluß bin ich in der Lage, prima helles und dunkles Lagerbier zu billigem Preise abzugeben, und bitte ich werte Kollegen, wegen Lieferung sich vertrauensvoll an mich zu wenden. Gefällige Offerten unter E. 5 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Verschiedenes.

Elsholz, Komiker, Gesellschaft, Gropiusstraße 6. 2777b

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 927b*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. [19068L*

Rixdorf, Bruses Festsäle, Kniesebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †114*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Umsonst! Zementfüllungen, zahnärztliches Institut, Chausseestraße 2 B, Hof II. 269/11*

Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. 18729L

Vereinshaus Invalidenstraße 146, Saal zu Hochzeiten, Versammlungen, Vereine, auch Sonnabends zu vergeben. †113*

Altes Kleiderspind, Kommode, Küchenspind kauft Verwalter, Palisadenstraße 95. 181/4*

Handwaschanstalt „Chlorfrei", Köpenick, liefert tadellose Wäsche, Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10. Abholung Sonnabend, Montag, Dienstag. Siegemund, Barnimstraße.

Verein sucht Spinde, 1,30 bis 1,50 hoch. Postkarte erbeten. Tasche, Putbusserstraße 9. †61

Waschanstalt M. Rudolph, Köpenick, Grünauerstraße 36. Garantiert chlorfreies Waschen. Kein Vertauschen. Laken, Leibwäsche 0,10, 3 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Abholung Montag. 20706L

Ehrenerklärung! Nehme Beleidigung zurück, erkläre Frau Dan für anständig. Fr. Adler. 20690L

Vermietungen.

Wohnungen.

Cudenarderstraße 36, 37, 38, Wohnungen, monatlich von 17,00 an. Näheres beim Wirt, Nummer 37. *

Zimmer.

Möbliertes Zimmer vermietet sofort Frau Jacoben, Kolbergerstraße 26 III. 2510b

Große Stube billig Ebelingstraße 15, vorn 4 Treppen links. †121*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle vermietet Schaal, Ritterstraße 124, Hof II links.

Mietsgesuche.

Handwerker sucht zum Ersten kleines möbliertes Zimmer, Nähe Rosenthaler Tor. Offerten mit Preisangabe Spedition, Ackerstraße 36.

Alleinige Schlafstelle, bis 16 Mark, sucht junger Mann. Nähe Bülowstraße, Yorkstraße. Offerten: L. K., Spedition, Bülowstraße 52, Schmidt.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 14686

Stellenangebote.

Tüchtige Bohrer verlangt Piano-Mechanikfabrik Reichenbergerstr. 63a.

Goldarbeiter verlangt Lange, Neuenburgerstraße 20. 28805

Vergolder auf Handarbeitrahmen, der in Wien gearbeitet hat, gesucht. Offerten unter Chiffre F. 5 an die Expedition des „Vorwärts". 28955

Farbigmacher verlangt Rixdorf, Jägerstraße 66. †115

Grundierer verlangt Wienecke, Görlitzer Ufer 23. †11*

Rockarbeiterin auf Damenröcke verlangt Haupt, Kleine Andreasstraße 16. 181/5

Zigaretten-Arbeiterin verlangt Albrador, Prinzessinnenstraße 28. 216/1

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Arbeitsburschen

14 Jahre alt, verlangt Harmonikafabrik **Kalbe,** Gipsstr. 13. 30132*

Erfahrener, mit Nahmehmen und Kalkulationen durchaus vertrauter

Werkführer für Bautischlerei

der durchaus selbständig einen Betrieb von 30—40 Leuten leiten kann, sofort gesucht.

Offerten mit Angaben bisheriger Tätigkeit, Gehaltsansprüchen unter D. 5 an die Expedition d. Bl. 28705

Tüchtige Verkäuferinnen

für unsere Abteilung

Pfefferkuchen

zum eventl. sofortigen Antritt gesucht. Meldungen mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr.

A. Jandorf & Co.

Belle-Alliancestr. 1/2.

Tüchtige Verkäufer

für unsere Abteilung

Pfefferkuchen

zum eventl. sofortigen Antritt gesucht. Meldungen mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr.

A. Jandorf & Co.,

Belleallliancestr. 1/2.

Tüchtiger Kehler

perfekt im Messermachen und im Einstellen,

sofort gesucht.

Anfangslohn M. 35.— pro Woche.

Schmidt & Co., Goldleistenfabrik, **Amberg,** Bayern.

Balgenmacher

finden dauernde, lohnende Beschäftigung bei Kalbe, Gipsstraße 13. 30212*

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin).

Achtung! **Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen.**

Die Buchdruckerei von **E. Bartels,** Weißensee, Generalstr. 8, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs

gesperrt.

Achtung! **Präger.**

Die Reklame-Kartonprägerei der Firma **M. Beck,** Kartonfabrik, Adalbertstraße 59 ist gesperrt.

Zuzug ist streng fernzuhalten!

26/5 **Die Ortsverwaltung.**

Werkführer

für Bäckerei und Konditorei, tüchtiger Fachmann, zum sofortigen Antritt verlangt. Offerte H. 7, Postamt 31.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

Ueber die Pianofabrik **Bell & Co., Andreasstr. 32** und **Grüner Weg 79,** die unter der Firma **Neugebauer Nachf.** Arbeitswillige sucht, ist nach 14wöchigem Streik die

Sperre dauernd

verhängt. 141/16*

Zuzug streng fernhalten.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung! Achtung!

Maurer!

Die Bauten der

Firma Kuhn

in **Wildau** bei **Königs-Wusterhausen (Familienhäuser der Schwarzkopffschen Fabrik)** sind **wegen Akkordarbeit** von unterzeichneter Organisation gesperrt und werden alle Maurer ersucht, von diesem Beschluß Kenntnis zu nehmen und diese Arbeitsstellen zu meiden.

Der Vorstand

des Zweigvereins Kgs.-Wusterhausen des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands.

J. A.: Aug. Hermann.

Achtung, Töpfer!

Wegen Lohndifferenzen ist hiermit über die Firma

August Berndt,

Wilmersdorf, Hildegardstr. 15, die Sperre verhängt. In Betracht kommen die Bauten **Jungfr. 14/15,** in **Friedrichsberg, Schloßstr. 32** in **Steglitz** und **Kaiserstr. 6 u. 7** in Berlin. 211/11

Die Verbandsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen **Streik** und **Lohndifferenzen sind gesperrt:**

Für **Tischler:**

Gärtner, Dresdenerstraße.
Völkel, Markgrafenstr. 8.
Schulz (Wenkels Nachf.), Marienborf, am Teltowkanal, und Berlin, Potsdamerstr. 9.

Für **Perlmutt- u. Knopfarbeiter:**

Grinot, Dresdenerstraße.
Lebach & Comp., Reinickendorf, Tegeler Weg.

Für **Kammacher, Perlmutt-** und **Knopfarbeiter:**

Alle Betriebe Berlins und Vororte! Arbeitskräfte werden nur vom **Arbeitsnachweise, Engelufer 15** vermittelt.

Für **Bodenleger:**

Bau Kaiser-Allee, Ecke Wilhelmsaue, Firma **Pumplun.**

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.